AL-DJABHA

DIE FRONT

nr. 8 | Preis:
Jahr: 1970 | 1 DM

Herausgeber: SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE HEIDELBERG
SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE WESTBERLIN

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o AStA

Zum 5. Juni 1970:

Dokumente der palästinensischen und israelischen Linken

FPDLP und Matzpen

EDITORIAL

Seit der Juniaggression haben die Militaristen und Chauvinisten in Israel immer offener das Ruder in die Hand genommen, selbst auf die Gefahr hin, in taktische Widersprüche zur imperialistischen Strategie der USA im Nahen Osten zu geraten. Die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in den arabischen Ländern, die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Israel, die forcierte Ausbeutung des jüdischen Proletariats und die Unterdrückung selbst liberal-zionistischer Proteste gegen die Mißachtung sämtlicher humaner Grundsätze weisen der herrschenden zionistischen Bürokratie klar den Weg in griechische Verhältnisse. Die Verfilzung von Militär- und Staatsapparat, naturwüchsiges Produkt des zionistischen Kolonisierungsprozesses, wird in dem Maße, wie einerseits der antiimperialistische Kampf in den arabischen Ländern, andererseits der Klassenkampf in Israel voranschreitet, auf den Begriff ihrer bislang chauvinistisch verbogenen Klassenherrschaft zurückgeführt, in dem sie sich nun gegen das eigene Proletariat richten und dieses mit Waffengewalt unterdrücken muß.

Die arabische Kleinbourgeoisie kann heute so wenig wie im Juni 1967 der zionistischen Aggression wirksam Widerstand entgegensetzen. Sie ist unfähig und von ihrem Klasseninteresse her garnicht willens, die Arbeiter und Bauern für einen revolutionären Volkskrieg zu mobilisieren. Sie sucht deshalb einen Kompromiß mit dem Imperialismus und dem zionistischen Staat zu schließen. Ihr gesellschaftliches Bewußtsein kann ihre Vermittlerrolle zwischen dem Binnenmarkt und dem imperialistischen Markt nicht überspringen. Sie ist der Gefangene der sozio-ökonomischen Verhältnisse ihrer Länder.

Während früher die arabische Reaktion die Palästinafrage dazu benutzt hat, die Massen vom Klassenkampf abzulenken, um sich ihre traditionellen Privilegien zu erhalten, so versucht heute die arabische Kleinbourgeoisie der palästinensischen Widerstandsbewegung Grenzen zu setzen und sie als Druckmittel zur Erzwingung einer "friedlichen Lösung" zu mißbrauchen.

Die sogenannte Nichteinmischungspolitik einiger Widerstandsorganisationen verschleiert gerade den Verrat der arabischen Herrschaftsapparate an der palästinensischen Revolution. Diese werden nicht zögern, die palästinensische Revolution zu liquidieren, sobald die Massen begriffen haben, daß sie alle, auch die arabischen, Bastionen des Imperialismus im Nahen Osten zu zerschlagen haben, wenn die Palästinafrage demokratisch gelöst werden soll. Einige Widerstandsgruppen gehen davon aus, daß der Kampf des palästinensischen Volkes nicht losgelöst vom Kampf gegen den Imperialismus geführt werden kann. Diese Richtung wird am konsequentesten von der FPDLP vertreten. Sie richtet ihre gesamte Arbeit als marxistisch-leninistische Avantgarde darauf aus, die Arbeiter und Bauern zu organisieren, indem sie den revolutionären Volkskrieg entfaltet, die Massen schult und sie mit einer revolutionären Theorie bewaffnet. Sie stellt den bewußtesten Kern des antiimperialistischen Kampfes dar und strebt in der Palästinafrage eine proletarische Lösung an, die Schaffung eines Arbeiter- und Bauernstaates

proletarische Lösung an, die Schaffung eines Staates der jüdischen und arabischen Arbeiter und Bauern.

Die einzige Organisation in Israel selber, die eine entsprechende Linie vertritt ist die Israelische Sozialistische Organisation (Matzpen).

Der kleinbürgerliche

Der kleinbürgerliche Nationalismus, der die Parole vom "demokratischen Staat Palästina" aufstellt, "in dem Juden, Christen und Moslems" zusammenleben, wobei nicht von Klassen und Nationalitäten, sondern nur von Konfessionen gesprochen wird, zeigt die Unfähigkeit, bestehende Widersprüche als Klassenwidersprüche zu erkennen.. Das ist die

erkennen. Das Ziel ist es, im Namen der nationalen Befreiung des Volkesdie materiellen Grundlagen für die eigene Klassenherrschaft zu schaffen.

Der Prozeß der Vereinheitlichung des revolutionären Kampfes der innerisraelischen und palästinensischen Organisationen steht noch am Anfang. Unter den Bedingungen der chauvinistischen zionistischen Integrationspolitik entwickelt sich die sozialistische antizionistische Bewegung nur sehr langsam. Deshalb und weil Matzpen gegenwärtig noch nicht die Führung in den bisher bloß ökonomischen Kämpfen des israelischen Proletariats übernehmen konnte, hat sie auch keine praktische Perspektive für die nationale Frage entwikkeln können. Trotzdem betont sie zu Recht, daß die Juden in Palästina eine eigene Nation bilden.

Die in dieser Nummer vereinigten Beiträge von Matzpen und FPDLP sind nicht nur Dokumente der progressivsten Gruppen im antiimperialistischen Kampf. Sie zeigen auch der Linken, daß der Sieg der palästinensischen Revolution eng verknüpft ist mit dem Wachstum dieser Avantgarde in den jüdischen und arabischen Massen.

Die Rezeption der palästinensischen Widerstandsbewegung durch Teile der Studentenbewegung macht es notwendig, darauf hinzuweisen: Es gilt, sich allein am Klasseninhalt der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus zu orientieren.

- Die Matzpen-Dokumente stammen zum großen Teil aus der Zeit kurz vor und nach dem Junikrieg 1967. Die Dokumente der FPDLP beschäftigen sich hauptsächlich mit der Praxis dieser Organisation in den Massen. Sie zeigen deutlich eine zweifache Richtung: Das Bündnis der palästinensischen mit den arabischen Massen und die Auflösung traditioneller Familien- und Sozialstrukturen im Klassenkampf.

Kein Sisco-Besuch in Amman

Zum verhinderten Besuch des amerikanischen "Vermittlers" Sisco in Amman.

Eine Woche vor dem Besuch des amerikanischen "Vermittlers" im Nah-Ost-Konflikt Joseph Sisco legte die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP dem ZK der Volksmilizien einen Antrag zur Organisierung von Demonstrationen, Massenversammlungen und Protstaktionen gegen diesen Besuch vor. Das ZK der Volksmilizien befasste sich mit dem FPDLP-Antrag und beschloß, diesen Besuch zu verhindern. Der FPDLP-Antrag stad dann auf der tagesordnung einer Sitzung des Vereinigten Oberkommandos, in dem elf Widerstandsorganisationen vertreten sind. Im Folgenden wollen wir die Praxis der revolutionären Organisation FPDLP darstellen, deren Rolle von der bürgerlichen Presse verschwiegen wird, um die Solidaritätskampagne der westeuropäischen Linken mit der FPDLP zu schwächen:

+ Am Montag des 13.Aprils befasste sich das Vereinigte Oberkommando mit dem Gesuch der FPDLP. Das Oberkommando zögerte und weigerte sich, einen eindeutigen Beschluß zur Verhinderung des Besuchs zu fassen. Die FPDLP kritisierte das Zögern des Oberkommandos und rief die jordanisch-palästinensischen Massen auf, in Aktion zu treten.

+ Am Dienstag des 14.Aprils organisierten die Schuler und Studenten in Amman eine Demonstration, die die folgenden Parolen und Losungen der FPDLP trug:

- Dreckiger Imperialist , go home
- Die amerikanischen Phantoms können unser Volk nicht terrorisieren !
- Keine Macht über die Macht der Widerstandsbewegung!
- Es leben die frei gewählten Volksräte !
- Die einheimische Reaktion ist ein Verbündeter des US-Imperialismus !

+ Zur gleichen Zeit organisierte die nationale jordanische Studenten- und Schülervereinigung, die mit der FPDLP verbunden ist, eine Reihe von Demonstrationen und Veranstaltungen in der nordjordanischen Stadt Irbid.

+ Am Abend des 14.April trat das Vereinigte Oberkommando der Widerstandsbewegung zusammen und befasste sich mit den von der FPDLP entfachten Massenaktionen. Nach langer Diskussion beschloß das Oberkommando folgendes Programm:

1. Aufruf zum Besuch Sisco.
2. Organisierung großangelegter Demonstrationen.
3. Generalstreik in den Schulen Jordaniens für den Donnerstag den 16.4.1970
   tag den 16.4.1970.
4. Generalstreik am Freitag den 17.4.1970 und Lahmlegung des Verkehrs für eine halbe Stunde.
5. Organisierung von Massenveranstaltungen.

+ Am Mitwoch, den 15.April, breiteten sich die Demonstrationen über das ganze ostjordanische Gebiet aus. Die Demokratische Front verteilte tausende von Flugblättern und steigerte die Demonstrationen zu Massenaktionen. Die Mitglieder anderer Organisationen beteiligten sich an der Verteilung der FPDLP-Flugblätter. Die Demonstranten marschierten zur amerikanischen Botschaft, die von der jordanischen Polizei hermetisch abgeriegelt wurde. Nach einer kurzen Diskussion mit der Polizei verbrüderte diese sich mit den Demonstranten . Teilweise trugen die Demonstranten die Polizisten auf den Schultern und stürmten in gemeinsamer Aktion die Botschaft des US-Imperialismus. Die amerikanische Fahne und das amerikanische Wappen wurden heruntergeholt, die palästinensische Fahne gehisst. Die Botschaft des US-Imperialismus wurde in Brand gesteckt. Nach dieser Aktion marschierten die Massen auf das amerikanische kulturimperialistische Zentrum und zerstörten es. Die Rolle der Demokratischen Front FPDLP war eindeutig dominierend.

+ Als es der FPDLP gelang, die Demonstrationen in Massenaktionen zu überführen, verkundete sie die Parole, die die Macht der Volksmassen demonstrierte: Sisco wird Amman nicht betreten ! Diese Parole hatte die Funktion, den jordanischen Herrschaftsapparat zu zwingen, Sisco auszuladen. Unter Führung der Demokratischen Front setzten die Volksmassen diese Forderung durch.

+ Am Donnerstag den 16.April wurden mehrere Veranstaltungen organisiert, auf denen FPDLP-Mitglieder und Vertreter anderer Organisationen sprachen. Demonstrationen in Irbid, Jeresh, Al-Zarqa, Al-Baqaa, Al-Karak usw. wurden organisiert.

+ Im Verlauf der sich ständig steigernden Massen-Aktionen entwickelte sich ein Konflikt zwischen Vertretern der jordanischen Regierung einerseits und dem amerikanischen Botschafter andererseits, der der jordanischen Regierung vorwarf, den amerikanischen Vermittler Sisco und die amerikanischen Interessen nicht schützen zu können.

Als Folge der Massendemonstrationen gab das amerikanische Außenministerium Sisco die Anweisung, den geplanten Jordanienbesuch zu verschieben. Daraufhin ersuchte die jordanische Regierung den amerikanischen Botschafter mit der Begründung Jordanien zu verlassen: " Der Botschafter hat seiner Regierung falsche Informationen übermittelt, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen beider Staaten stören."

+ Am Abend des 16.4.1970 beschloß das Vereinigte Oberkommando den Generalstreik weiterhin durchzuführen. Die FPDLP erklärte: Die Verhinderung des Sisco-besuches ist eine Niederlage des US-Imperialismus und der einheimischen Reaktion und ein Ausdruck der Macht

der revolutionären Volksmassen. In einem Aufruf an die Arbeiter, Bauern und revolutionären Soldaten erklärte die Demokratische Front :

"Ihr habt der ganzen Welt heute bewiesen, daß in unserem Land eine Doppelherrschaft besteht, die der Widrstandsbewegung und des Volkes einerseits und die der Reaktionäre und Diener des US-Imperialismus andererseits....Vereinigt euch in einer entschlossenen revolutionären jordanisch-palästinensischen Einheitsfront zur Wahrung eurer Macht und zur Festigung der Volksherrschaft."

In diesem Aufruf verkundete die FPDLP die Parole, die von der jordanisch-palästinensischen Volksmassen sofort aufgenommen wurde: " Alle Macht den frei gewählten Volksräten ."

+ Am Freitag den 17.4. wurden in Amman Demonstrationen organisiert, die die Parolen der FPDLP auf Transparenten trugen. Auch an diesem Tag war die führende Rolle der Demokratischen Volksfront eindeutig.

W.I.Lenin-Kommando-Aktion der FPDLP, 20.4.1970

+ Die Kämpfer der Demokratischen Front feiern den 100. Geburtstag des großen sozialistischen Lehrers und Führers der ersten proletarischen Revolution, Genossen Lenin.

+ Unsere Revolutionäre greifen die feindlichen Stellungen in Kuneitera auf den Golan-Höhen an.

+ Unsere Befreiungskräfte zerstörten die Unterkunft des israelischen Bezirksstabes auf den Golan-Höhen, einen Teil des militärischen Hospitals, einen Wachposten und sprengten eine Verbindungsbrücke zwischen Kuneitera und den benachbarten Ortschaften, Al Hamiedeyeh und Al-Houria.

In den ersten Morgenstunden des 20.4.1970 bereiteten sich die Volkskräfte der Demokratischen Volksfront auf die Durchführung einer Kommando-Aktion vor, die den Namen des Genossen Wladimir Iljitsch Lenin trug.

Einige Kommando-Einheiten der FPDLP drangen in die von Israel auf den Golan-Höhen besetzte syrische Stadt Al-Kuneitera ein. Ohne vom Feind bemerkt zu werden, bezogen unsere Kommando-Einheiten Stellung. Um 5 Uhr begann der großangelegte Angriff gegen die feindlichen Stellungen:

1. Die erste Kommando-Einheit attackierte die Unterkunft des Bezirksstabes der israelischen Armee mit Raketen, und zerstörte Teile dieser Unterkunft.
2. Zur gleichen Zeit griff eine andere Einheit die Unterkunft der israelischen Offiziere an.
3. Eine dritte Einheit begann Minen in dem Militärhospital der israelischen Armee in Al-Kuneitera zu legen. Die Minen explodierten und zerstörten Teile des Hospitals.
4. Eine vierte Kommando-Einheit kreiste eine Stellung der israelischen Armee in der Stadt ein und griff sie mit Raketen und Granaten an. Mit leichten Maschinengewehren führte diese Einheit einen Angriff gegen die umliegenden Stellungen der israelischen Soldaten durch.
5. Bei dem Rückzug sprengten unsere Kommando-Einheiten eine Verbindungsbrücke zwischen Alkuneitera und den benachbarten Ortschaften Al-Hamideyeh und Al-Houria. Die Kämpfe zwischen unseren Einheiten und der israelischen Armee, die große Verluste hinnehmen mußte, dauerten von 5 Uhr bis 9 Uhr. Alle unsrer Feddayin kehrten in ihre Basis ohne Verluste zurück.

Der 100. Geburtstag des Genossen W.I.Lenin liegt in einer Zeit, in der sich der Kampf der unterdrückten Völk unter Führung der Arbeiterklasse gegen die imperialistischen Mächte verschärft. Die revolutionären Arbeiter und Bauernmassen, die den Geburtstag des großen Genossen Lenin feiern, zeigen mehr denn je zuvor ihre Entschlossenheit, den Weltimperialismus und den Kapitalismus zu zerschlagen.

In unseren Ländern führen wir unter dem Banner des Marxismus-Leninismus einen unermüdlichen und unnachgiebigen Kampf gegen den Imperialismus, Israel und die lokale Reaktion durch. Mit der Lehre Marx und Lenin bewaffnet werden wir für den Aufbau des volkdemokratischen palästinensischen Staates unter der Führung der Arbeiterklasse weiterkämpfen.

Es lebe der 100. Geburtstag des Genossen Lenin !
Es lebe seine revolutionäre Lehre !
Lasst uns unter dem Banner des Marxismus-Leninismus den Befreiungskampf führen und die revolutionären Volksräte aufbauen !

Das andere Israel
–Zum Palästina-Problem

Die israelischen Interpretationen des arabisch–israelischen Konfliktes können in zwei Kategorien aufgeteilt werden:

1. **Die offizielle, d.h. zionistische Version, die von der Mehrheit der Bevölkerung, u.a. von Politikern, Erziehern, Intellektuellen, Schriftstellern, Journalisten akzeptiert wird. Diese Version deutet sowohl die Geschichte Israels als auch die Geschichte der Juden als (jüdischen) 'Überlebenskampf'.**
2. **Die Version, wie sie im folgenden Artikel dargestellt ist, und von einer israelischen Minorität akzeptiert wird. Sie interpretiert sowohl die Geschichte Israels als auch die Geschichte der Juden nach politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Faktoren.**

Die erste Version akzeptiert die permanente Existenz des Antisemitismus. Ihre Grundlage ist die Auffassung, daß die Verfolgung von Minderheiten ein der menschlichen Natur inhärenter Bestandteil ist. Sie besteht auf der Bewahrung der 'Jüdischen Eigenheit'. Sie ist nationalistisch.

Die zweite Version geht von der Annahme aus, daß der Mensch seine Geschichte selbst gestaltet, deren Interpretationen und seine 'Eigenheiten' selbst bestimmt. Zionismus und 'Jüdische Eigenheit' betrachtet diese Version als Formen der Entfremdung. Sie ist internationalistisch.

Das Palästinaproblem.

Unter all den Problemen, die der europäische Imperialismus der Welt hinterlassen hat, gehört Palästina zu denen, die am schwierigsten zu fassen sind. An das Palästinaproblem wird meistens mit reinen Emotionen herangegangen, nicht nur von denjenigen, die unmittelbar davon betroffen sind. In der westlichen Welt hat die moralische Last, die Hitlers Verbrechen am jüdischen Volk hinterlassen haben, eine Barriere errichtet, die die von den Palästina–Arabern erlittenen Ungerechtigkeiten nicht überschreiten können. In vielen arabischen Ländern wird häufig der drohende innere Kampf gegen reaktionäre Regime in die Parole vom "Heiligen Krieg" abgelenkt. Westliche ökonomische Interessen im Mittelosten und die Tendenz von Ost und West, die Situation für ideologische und militärische Vorteile auszunützen, komplizieren das Problem noch. Schließlich wird die Sache dadurch verschlimmert, daß sowohl in Israel als auch in den arabischen Ländern eine fast vollkommene Ignoranz gegenüber des anderen Geschichte, Volk, Hoffnungen und Wünsche herrscht.

Emotionen jedoch, ob berechtigt oder unberechtigt, können komplizierte politische Probleme nicht lösen; stattdessen führen sie häufig ins Verderben. Bei allen Emotionen, mit denen das Palästinaproblem belastet ist, sind zwei Tatsachen nicht mehr wegzuwischen: die heimatlos gewordenen Palästina–Araber, die bis heute in Flüchtlingslagern leben; und die neue Nation Israel, die inzwischen eine voll ausgeprägte eigene Klassenstruktur entwickelt hat und die durch unaufhörliche Propaganda (und bis zu einem gewissen Grad auch durch eigene Leistung) dabei ist, einen festen Platz in dieser Welt einzunehmen. Weder der eine noch der andere Fakt kann vergessen, übersehen oder weggewischt werden. Früher oder später muß eine politische Lösung gefunden werden, die sowohl realistisch als auch gerecht ist. Die Alternative dazu bedeutet Krieg, der die politischen Probleme bestenfalls verschieben, nicht aber lösen kann.

Eine realistische Lösung kann nur basieren auf einer grundlegenden historischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Analyse des Problems. Dies ist jedoch noch zu leisten. In den folgenden Abschnitten sollen einige Ansatzpunkte für eine solche Analyse gegeben werden . . .

Von 1870 bis zum Zweiten Weltkrieg

Drei wesentliche Elemente sind als Ursache für die Entstehung des Zionismus festzuhalten:

1. Das ökonomische Element, d.h., die schnelle Entwicklung des Kapitalismus in Europa während des 19. Jahrhunderts und der Niedergang des österreichischen und russischen Reiches. In den weniger industrialisierten Ländern wie Polen und Rußland führten die neuen sozialen Kräfte dazu, daß die Juden aus ihren traditionellen Arbeitsbereichen herausgerissen wurden. Der niedergehende Feudalismus benutzte die Juden als Sündenbock um den Kampf der Bauern in die Kanäle des Rassismus abzulenken. Diese Entwicklungen führten zu einer großen Welle jüdischer Emigration von Ost- nach Zentraleuropa. Etwa fünf Millionen emigrierten nach Amerika und in andere "neue Länder". Einige Tausend gingen nach Palästina. In Westeuropa, wo die Juden hauptsächlich Händler und Kleinbürger waren, machte der Druck der wirtschaftlichen Konkurrenz es ihnen zunehmend schwierig, sich in die dortige bürgerliche Gesellschaft zu integrieren und zwang sie, ihre eigenen sozialen Institutionen zu schaffen.

2. Das politische Element: Die kapitalistische Entwicklung in Europa brachte zwei politische Phänomene mit sich – Nationalismus und Kolonisierung der unterentwickelten Kontinente. Unter genau diesem Einfluß entwickelte und prägte sich die zionistische Idee. Sie war die nationalistische Antwort auf das Problem, das durch die Judenverfolgung in Europa entstanden war. Sie bot die Gründung eines nationalen jüdischen Staates an – und zwar durch die Kolonisierung eines unterentwickelten Gebietes. In beiden war die zionistische Idee ein Produkt ihrer Zeit.
3. Das ideologische Element: Die beiden in 1. und 2. genannten Tendenzen fanden einen günstigen ideologischen Nährboden in der jüdischen Religion. Im Gegensatz zum Christentum und dem Islam – beides universelle kosmopolitische Glaubensrichtungen – ist der viel ältere Judaismus eine Stammesreligion. Er trägt in sich bereits einen nationalistischen Charakter. Er betrachtet Palästina als das dem "auserwählten Volk" von Gott "versprochene Land". Nach der Lehre des Judaismus würden die Leiden des jüdischen Volkes beendet sein, wenn es erst in das Heilige Land zurückgekehrt sein wird. Aber während religiöse Juden darauf warteten, daß Gott diesen Akt der Rückkehr leiten werde, gaben die Zionisten den alten traditionellen Themen eine säkulare, politische Form. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts betrug die Bevölkerung von Palästina etwa 700.000; die überwiegende Mehrheit waren Araber. Es gab verschiedene Gemeinschaften von ethnischen Minderheitsgruppen, darunter etwa 70.000 Juden. Ökonomisch und politisch waren diese Juden ein integraler Teil der Bevölkerung, lediglich mit einer anderen Religion. Sie hatten nichts zu tun mit Kolonisation oder Zionismus.

Der erste Schritt in der modernen jüdischen Kolonisierung Palästinas wurde 1870 unternommen, als Baron Edmund von Rothschild von Frankreich aus Land in der Nähe von Jaffo erwarb und eine Landwirtschaftsschule (Mikveh Israel – "Sammler Israels") gründete. Danach wurden etwa 20 Dörfer gebaut, in denen rund 5000 Juden, hauptsächlich aus Rußland, lebten. Bis 1900 investierte Baron Rothschild etwa 2 Millionen Pfund in Palästina. Die Rothschild gehörten (und gehören noch) zu den führenden Finanzkreisen der Welt und hatten in der Wirtschaft Englands und Frankreichs einflußreiche Positionen inne. Baron Edmund verband seine jüdischen Empfindungen mit seiner Unterstützung für die französischen Interessen, Palästina gemäß dem algerischen Modell zu kolonisieren. Er wollte die Emigration osteuropäischer Juden mit den kolonialen Interessen des französischen Imperialismus verbinden. Er war kein begeisterter Verfechter der Idee eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina (er war kein Zionist), sondern benutzte seine finanzielle Macht im Ottomanenreich, um neue Einflußsphären für französische Interessen zu gewinnen und benutzte dabei die jüdischen Immigranten als Siedler. Als die zionistische Bewegung entstand, hatte er bereits seit 30 Jahren in Palästina Kolonisationsarbeit geleistet.

Der politische Zionismus wurde 1897 auf einem Kongreß in Basel gegründet. Er unterschied sich deutlich von der Rothschild–Kolonisierung dadurch, daß er seine Intention erklärte, das jüdische Problem durch die Schaffung eines nationalen jüdischen Staates zu lösen. Der Wiener Journalist Th. Herzl, Begründer und erster Führer der zionistischen Bewegung, betrachtete Palästina keineswegs als den einzigen Ort für die Errichtung eines solchen Staates. Im Gegenteil, er befürwortete Uganda als den besten Ort für jüdische Kolonisierung. Aber die Mehrheit der Zionisten verwarf den Uganda–Vorschlag und wollte dem jüdischen religiösen Empfinden für Palästina Rechnung tragen.

Von Anfang an versuchte der Zionismus, seine Ziele auf dem Wege von Verhandlungen mit dieser oder jener imperialistischen Macht zu erreichen. Das Grundprinzip zionistischer Diplomatie war immer, sich mit der Weltmacht gutzustellen, in deren Einflußsphäre Palästina gerade lag. Herzl umwarb hauptsächlich den türkischen Sultan und den deutschen Kaiser. Nach dem Ersten Weltkrieg verband der Zionismus sich mit dem britischen Imperialismus; nach dem Zweiten Weltkrieg mit Amerika, gelegentlich flirtete er auch mit Frankreich.

Die Tatsache, daß Palästina bereits von Arabern bewohnt war, spielte in den frühen Diskussionen des politischen Zionismus kaum eine Rolle. Der Philosoph Martin Buber berichtet, daß "als Max Nordau zum ersten Mal Näheres über die Existenz einer arabischen Bevölkerung in Palästina erfuhr, er ganz entsetzt zu Herzl kam und ausrief: 'Ich habe niemals daran gedacht – wir sind dabei, ein großes Unrecht zu begehen!' " Diese moralischen Bedenken (die immer wieder die Humanisten im zionistischen Lager quälten) erwiesen sich letztlich jedoch nur als schwache Barriere gegen den Nationalismus.

Als zu Beginn dieses Jahrhunderts organisierte zionistische Einwanderungen Palästina zu überschwemmen begannen, konnte die überraschende Tatsache, daß das Land bereits bewohnt war, nicht länger ignoriert werden. Wie jede Kolonialgesellschaft mußten auch die zionistischen Siedler eine definitive politische Haltung gegenüber der Eingeborenenbevölkerung einnehmen. An diesem Punkt trifft man auf das spezifische Charakteristikum des Zionismus, das ihn von allen anderen Kolonialformen der modernen Zeit unterscheidet. Die europäischen Siedler in anderen Kolonien waren daran interessiert, die Reichtümer des Landes auszubeuten, einschließlich der Arbeitskraft der "Eingeborenen". Dadurch verwandelten sie zwangsläufig die dort lebende Bevölkerung in eine Proletarierklasse in einer neuen kapitalistischen Gesellschaft. Aber der Zionismus wollte nicht bloß die Reichtümer Palästinas ausbeuten (die ohnehin nicht besonders bedeutend waren), sondern war an dem Land überhaupt interessiert, um einen neuen Nationalstaat zu schaffen. Die-

se neue Nation sollte ihre eigenen gesellschaftlichen Klassen haben, einschließlich einer Arbeiterklasse. Die arabische Arbeitskraft sollte deshalb nicht ausgebeutet, sondern vollkommen ersetzt werden.

Die Rothschild–Kolonisation geriet mit den Palästina–Arabern nur in einem Punkt in einen fundamentalen Widerspruch – in dem Ankauf arabischen Bodens. Der Baron kaufte Land von den feudalen Effendis, manchmal sogar durch Bestechung der ottomanischen Verwaltung, und vertrieb dann die Fellachen von dem Land, das diese bebaut hatten. Die von ihrem Boden vertriebenen Fellachen wurden danach als Landarbeiter auf den Besitztümern des Barons beschäftigt – genau so wie es in anderen kolonisierten Ländern üblich war. Die zionistische Kolonisation jedoch propagierte den Slogan der "jüdischen Arbeit". In der Absicht, eine jüdische Arbeiterklasse als Teil einer neuen Nation zu schaffen, war der Zionismus daran interessiert, Menschen mit traditionellen Beschäftigungen des Kleinbürgertums in manuelle Arbeitsbereiche einzugliedern und bestand darauf, daß jüdische Unternehmen nur Juden beschäftigten. Dadurch gerieten die Zionisten nicht nur mit enteigneten arabischen Bauern in Widerspruch, sondern ebenso mit den Interessen der Baronsiedler, die es vorzogen, die billigen arabischen Arbeitskräfte zu beschäftigen. Während der ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts war dieser Punkt ein wesentlicher Konfliktstoff innerhalb der Siedlergemeinschaft. Der Hauptprotagonist der Politik der "jüdischen Arbeit" war der linke Flügel innerhalb des zionistischen Lagers. Die bürgerlichen Elemente waren immer versucht, die billigere arabische Arbeitskraft zu beschäftigen. Hätten die bürgerlichen Elemente in dieser Auseinandersetzung gesiegt, dann hätte Palästina sich wahrscheinlich so ähnlich entwickelt wie Algerien, Südafrika oder Rhodesien. Aber die weitere Entwicklung Palästinas wurde gerade dadurch geprägt, daß sich der linke Flügel durchsetzte. Die Fonds der zionistischen Bewegung wurden oft dazu verwandt, die Differenz zwischen den Kosten der billigen arabischen und der teureren jüdischen Arbeitskraft auszugleichen.

Die aufkommende zionistische Gesellschaft geriet letztlich mit allen Klassen der palästinensischen Gesellschaft in einen fundamentalen Widerspruch. Die Zionisten brachten von Europa Kapital, technologisches knowhow und Fähigkeiten mit. Jüdisches Kapital verdrängte nach und nach die feudalen Elemente dadurch, daß es ihre Ländereien aufkaufte. Zionistische Regelungen verbaten es, Land wieder an Araber zu verkaufen. Durch ihre technologischen und finanziellen Vorteile konnte die zionistische kapitalistische Gesellschaft das Emporkommen einer arabischen kapitalistischen Klasse von vornherein abwürgen. Nachdem der Zionismus die arabischen Bauern von ihrem Land vertrieben hatten, machte er es ihnen unmöglich, Proletarier innerhalb des jüdischen wirtschaftlichen Sektors zu werden. Da die kapitalistische Entwicklung innerhalb des arabischen Sektors weit zurück und zudem noch stark behindert war, wurde es für die Bauern (ebenso wie für die arabische Intelligenz) äußerst schwer, irgendeine Beschäftigung zu finden – außer in den öffentlichen Diensten und der Verwaltung der britischen Mandatsmacht.

Die gesamte wirtschaftliche und soziale Struktur des arabischen Palästinas wurde durch die zionistische Kolonisierung vollkommen deformiert. Die Folgen dieser Deformation sind bis heute zu erkennen.

Diese sozio–ökonomische Deformation spiegelte sich in der politischen Sphäre wider. Da die Bourgeoisie, das Proletariat und die Bauern keinen normalen Entwicklungsweg beschreiten konnten, konnten sie aus sich heraus auch keine politischen Parteien und bedeutende Führer stellen. Die politische Führerschaft der Palästina–Araber blieb somit unweigerlich in den Händen der landbesitzenden Klasse, die, trotz der Tatsache, daß sie sich selbst als Klasse durch den Landverkauf an die Zionisten nach und nach liquidierte, enorme finanzielle Vorteile aus dieser Transaktion zog. Sie behielt weiterhin die politische Führerschaft der Palästina–Araber durch geheime Kooperation mit den Zionisten und den Engländern. Um nicht als Verräter entlarvt zu werden, nahm sie in der Öffentlichkeit die extremste anti–zionistische Haltung ein und erklärte den Landverkauf an die Zionisten sogar als Verrat.

Typisch waren die Husseins, eine der reichsten landbesitzenden Familien. Insgeheim verkauften sie Land an die Zionisten. Offiziell war Amin el–Hussein der religiöse Führer der palästinensischen Moslems und Vorsitzender des Arabischen Komitees (der offiziellen politischen Repräsentation der Araber in Palästina). Sein Cousin, Jasmal el–Hussein, war einer der wichtigsten Abgeordneten dieses Komitees und Führer einer der bedeutendsten arabischen politischen Parteien. Ganz ähnlich war es bei dem Führer einer anderen Partei ("Al Istiklal"), Auni Abdul Hadi. Die Abdul Hadis waren die größten Landbesitzer in Palästina. Im Jahre 1928 schloß Auni Abdul Hadi ein geheimes Abkommen mit den Zionisten und sorgte dafür, daß die auf allen Konferenzen übliche Verurteilung der Balfour–Deklaration in der 7. arabischen Konferenz nicht erfolgen würde.

Eine ähnliche und noch weiterreichende Verständigung bestand zwischen den Zionisten und den Hashemiten–Königen, den Hauptverbündeten des britischen Imperialismus im Nahen Osten. Im Jahre 1922 unterzeichnete König Feisal (der Sohn des Sherifs Hussein von Mekka) in London ein politisches Agreement mit Weizmann, dem Führer der zionistischen Bewegung. Artikel 3 dieses Agreements unterstützte die Balfour–Deklaration, Artikel 4 besagte: "Alle notwendigen Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Einwanderung nach Palästina in erweitertem Umfang zu ermu-

tigen und voranzutreiben." Dieses Abkommen war der Vorläufer des Geheimabkommens von 1948 in dem Ben Gurion und Abdallah Palästina unter sich aufteilen und damit das Ergebnis des Krieges arrangierten.

Typisch für die Haltung des britischen Foreign Office war die Ernennung von Amin el–Hussein als Mufti von Jerusalem (im April 1921) und später als Präsident des "Supreme Muslim Council" (1922) durch Sir Herbert Samuel, dem ersten britischen Hohen Kommissar in Palästina, einem pro–zionistischen Juden. Der Mufti war von einer kleinen Anzahl Wählern zu wählen, die selbst wiederum von der kleinen Minderheit der Bevölkerung gewählt worden waren, die das Wahlrecht für das Ottomanen–Parlament hatte. Drei andere Kandidaten erhielten je 18, 17 und 12 Stimmen. Auf Haj Amin entfielen nur 9 Stimmen. Der Hohe Kommissar hat das "Recht", einen der drei ersten zu ernennen. Einer dieser drei ersten Kandidaten wurde gezwungen, die Wahl nicht anzunehmen, so daß Haj Amin auf den dritten Platz aufrückte. So wurde er dann als neuer Mufti ernannt. Seine reaktionäre politische Haltung wurde durch einen religiösen Fanatismus und extremen Nationalismus ergänzt. Während des Zweiten Weltkrieges ging er nach Berlin und fand in den Nazis enge und natürliche Verbündete. Er hatte niemals einen Titel von El Ashar oder einem ähnlichen Institut erworben und ermangelte jeglicher religiöser Qualifikationen für sein Amt. Die Mehrheit der Palästina–Araber nahm niemals an diesen oder anderen Wahlen teil und übte niemals irgendwelche demokratischen Rechte aus.

Die entscheidende Phase in der Entwicklung des Palästina–Problems begann mit dem Aufkommen des Faschismus in Europa, der drei wesentliche Faktoren ins Spiel brachte:

1. Die jüdische Immigration aus Europa wuchs rapide an, wie aus der folgenden Tabelle der Anzahl jüdischer Einwohner in Palästina zu ersehen ist:

Jahr	Anzahl der Juden in Palästina
1922	83.790
1931	174.606
1944	553.600
1945	579.227
1946	608.225

Der Anstieg zwischen 1922 und 1931 folgte dem Aufkommen des Faschismus in Polen, der noch steilere Anstieg zwischen 1931 und 1944 dem Sieg Hitlers. Der Triumph des europäischen Faschismus war einer der wichtigsten, vielleicht sogar der entscheidende Faktor in der folgenden Geschichte Palästinas.

2. Diese neue Welle jüdischer Immigration unterschied sich in ihrer Klassenstruktur qualitativ von vorhergehenden und nachfolgenden Einwanderungswellen. Während die anderen hauptsächlich kleinbürgerliche Elemente ohne viel Kapital brachten, kamen durch diese Einwanderungswelle viele kapitalistische Elemente nach Palästina. Die folgende Tabelle gibt die Zahl jüdischer Immigranten an, die offiziell als Kapitalisten eingestuft wurden (d.h., diejenigen, die 1.000 Pfund oder mehr in Bargeld besaßen).

Jahr	Anzahl kapitalistischer jüdischer Einwanderer	Jahr	Anzahl kapitalistischer jüdischer Einwanderer
1932	727	1937	1.275
1933	3250	1938	1.753
1934	5124	1939	2.606
1935	6309	1940	802
1936	2970	1941	314

3. Die religiösen und nationalistischen Führer der Palästina–Araber sahen im Faschismus einen natürlichen Verbündeten gegen den britischen Imperialismus. Sie folgten der Maxime: "Meines Feindes Feinde sind meine Freunde." Diese Wahl erwies sich später sowohl im Prinzip als auch in der Praxis als falsch.
Unterdessen erreichte der anti–imperialistische Kampf in den arabischen Ländern noch nicht dagewesene Ausmaße. In Syrien wurde 1936 ein Generalstreik gegen den französischen Imperialismus ausgerufen. Dieser Streik erwies sich als wirksam und letztlich erfolgreich. Er brachte Syrien der politischen Unabhängigkeit wesentlich näher.

Dies machte großen Eindruck in Palästina und auch dort wurde ein langer Generalstreik ausgerufen. Die Bedingungen für dieses Mittel des politischen Kampfes waren jedoch in Palästina völlig andere als in Syrien, da sich die zionistische ökonomische Infrastruktur natürlich nicht an dem Streik beteiligte. Mehr noch, die Zionisten zogen sogar aus der Tatsache, daß arabische Arbeiter in Verwaltung und öffentlichen Diensten (z.B. Häfen, Eisenbahn usw.) sich im Streik befanden und daß der arabische Handel lahmgelegt war, ihren Nutzen, indem sie einen Teil dieses großen und wichtigen wirtschaftlichen Sektors unter ihre Kontrolle brachten. Während also der arabische wirtschaftliche Sektor einen Schlag erlitt, von dem er sich nie wieder erholte, sicherten sich die Zionisten einen neuen und entscheidenden Rückhalt in der Gesamtwirtschaft.

Der britische Imperialismus wandte auch in Palästina die vertraute Formel des "teile und herrsche" an, indem er bis zum letzten die Möglichkeiten ausnutzte, die miteinander rivalisierende nationalistische Bewegungen bieten. Den Massen gegenüber benutzte er nationalistische und religiöse Anstachelungen und Aufhetzungen, die sich auch als wirksam erwiesen. Er hetzte jüdische Polizei gegen arabische Bevölkerung und umgekehrt. Für die politischen Führer benutzte er das Mittel der Diplomatie, der "Weißbücher", der Konferenzen. Am runden Tisch gab er beiden Seiten sich widersprechende Versprechungen und spielte sich als "Vermittler" auf. Es gelang ihm, das, was sich zu einem anti–imperialistischen Kampf auszuweiten drohte, in die Kanäle nationalistischer Kämpfe umzuleiten. Die erste wichtige Stellungnahme der britischen Politik bezüglich Palästina erfolgte in einem privaten Brief von Arthur James Balfour, Außenminister im Kabinett Lloyd George's, an Lord Rothschild . . .

Wir wollen hier nicht im Einzelnen den Wortlaut dieses Dokuments analysieren, sondern nur kurz seine Hauptmotive aufzuzeigen versuchen. Die britische Regierung war zu jener Zeit in den Krieg gegen Deutschland verwickelt, dessen Verbündeter im Nahen Osten die Türkei war. Die Balfour–Deklaration sollte die Juden überall in der Welt (einschließlich jener in Deutschland, Amerika, Österreich und Palästina) auf die britische Seite ziehen. Mehr noch: in der klaren Erkenntnis der Zielsetzungen des arabischen Nationalismus sollten die zionistischen Hoffnungen auf Gründung eines jüdischen Staates unterstützt werden, der dann für Großbritannien als Gegengewicht gegen den arabischen Nationalismus fungieren sollte. Ähnliche Versprechungen für nationale Unabhängigkeit wurden an die Araber gegeben. Entscheidenden Einfluß in der britischen Politik hatte damals Herbert Samuel, der später in den ersten Jahren der Mandatszeit Hoher Kommissar für Palästina wurde. Selbst ein Zionist (wenn auch kein Extremer), erläuterte er im März 1915 in einem Memorandum an das Kabinett die Errichtung einer jüdischen Heimstätte als Bastion für die britische Politik im Nahen Osten. Die sich widersprechenden Versprechungen waren ein typischer Ausdruck der Politik des "teile und Herrsche" des britischen Außenministeriums.
Noch bevor diese Versprechungen an die "Eingeborenen" gemacht wurden, hatten der französische und britische Imperialismus bereits das ganze Gebiet in dem Sykes–Picot–Abkommen (1915) unter sich aufgeteilt und so das Ottomanenreich bereits zwei Jahre vor seinem Untergang aufgelöst. Im Jahre 1922 ergänzte die britische Regierung noch den Balfour–Brief durch ein offizielles Weißbuch und gewährte, um die wegen des Sykes–Picot–Abkommens und des Balfour–"Verrates" aufgebrachten Araber zu befrieden, Transjordanien im Jahre 1923 die "Unabhängigkeit" und bestätigte Abdallah als Herrscher.

Die wohl berechneten Doppelzüngigkeiten und Widersprüche in der britischen Außenpolitik verstärkten die Feindschaft unter Juden und Arabern und verschuldeten beträchtliches Blutvergießen. Die religiösen, feudalen und bürgerlichen Elemente im arabischen Nationalismus begrüßen das Aufkommen des Faschismus in Deutschland und Italien als gemeinsame Feinde des britischen Imperialismus. Kontakte zwischen diesen beiden Lagern beunruhigten die Briten. Die Ölfelder, Pipe–Lines und der Suez–Kanal schienen in Gefahr. Andererseits mußten zionistische Forderungen nach mehr Unabhängigkeit und größeren Einwanderungsquoten für die vor der Verfolgung fliehenden europäischen Juden in Rechnung gestellt werden. Aber da das Außenministerium sicher sein konnte, daß die Nazis die Zionisten niemals als Verbündete betrachten würden, gab es 1939 ein anderes Weißbuch heraus, das darauf abzielte, von den Arabern positiv aufgenommen zu werden. Es erklärte:

> "Die Regierung seiner Majestät erklärt jetzt unwiderruflich, daß es nicht Bestandteil ihrer Politik ist, daß Palästina ein jüdischer Staat werden soll . . . Es soll ein Staat werden, in dem beide Völker Palästinas, Araber und Juden, gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen sollen, damit die Lebensinteressen jeder Gemeinschaft gesichert sind . . ."

Dies war in großen Zügen die Situation am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.

Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart

Während des Zweiten Weltkrieges hatten neue ökonomische und politische Faktoren eine grundlegende Veränderung in Palästina zur Folge. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaft Palästinas (besonders im Industrie– und Manufaktursektor) durch die Wirtschaft der britischen Monopole beherrscht. Die Entwicklung einer lokalen Leichtindustrie wurde besonders durch den Import von Konsumgütern aus Großbritannien behindert. Teils als Ergebnis dieser Situation begannen sich sogar in der jüdischen Gemeinschaft (die kurz vor dem Ausbruch des Krieges bei einer Gesamtbevölkerung von 1.750.000 etwa 500.000 umfaßte) nicht zu übersehende antibritische Tendenzen zu entwickeln.
Der Krieg brachte für die Wirtschaft Palästinas einen noch nicht dagewesenen Boom, Palästina wurde zur wichtigsten Basis für die britische Armee im Nahen Osten, die untergebracht, gekleidet, ausgestattet und ernährt werden mußte. Da die britischen Wirtschaftssektoren durch die Kriegsanstrengungen überlastet waren, mußten die Briten sich weitgehend auf die lokale Wirtschaft Palästinas stützen und waren somit selbst an einer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert. Im arabischen Sektor verschwand die Arbeitslosigkeit, da Tausende von Arbeitern für den Bau von Lagern, Straßen und Flughäfen beschäftigt wurden. Aber während die arabische Industrie noch nicht so weit war, um wirklich von der enorm angestiegenen Nachfrage zu profitieren, war der jüdische Sektor bereits nach modernen Richtlinien organisiert und verfügte über beträchtliche Reserven aus-

gebildeter Menschenkräfte. Er zog daher den größten Profit aus der steigenden Nachfrage und trat in eine Periode starker Expansion ein. Innerhalb von 4–5 Jahren entwickelten sich ganze Industrien aus bescheidenen Anfängen zu beträchtlicher Größe. Im Jahre 1942 gab es rund 6.600 jüdische Industrieunternehmen, die etwa 56.000 Arbeiter beschäftigten und jährlich einen Wert von 20 Millionen Pfund produzierten. In der Nahrungs–, Textil–, Metall–, Maschinen– und chemischen Industrie belief sich die Produktion im Jahre 1942 auf mehr als das Doppelte, in der Elektroindustrie sogar auf mehr als das Dreifache des Jahres 1939.

Palästinas Diamantenindustrie (ausschließlich in jüdischer Hand) entwickelte sich sogar in noch größerem Maße, da die europäischen Zentren von ihren Rohmaterialien (in Südafrika) abgeschnitten waren: von 1.000 Karat (gleich 25.000 Pfund) im Jahre 1940 auf 58.000 Karat (gleich 2,6 Millionen Pfund) im Jahre 1943 und schließlich auf 138.000 Karat (gleich 6 Millionen Pfund) im Jahre 1945.

Nach Beendigung des Krieges kam die industrielle Entwicklung zu einem plötzlichen Stillstand und Importe aus Großbritannien bedrohten wieder die lokale Industrie; aber inzwischen hatte die Entwicklung während der Kriegsjahre den jüdischen wirtschaftlichen Sektor zu einem Faktor werden lassen, mit dem man zu rechnen hatte. Der jüdische Sektor war nicht bereit, zu der Vorkriegssituation (d.h., der wirtschaftlichen Vorherrschaft Großbritanniens) zurückzukehren. Diese neue Situation lieferte den ökonomischen Impetus dafür, daß die jüdische Gemeinschaft nach dem Krieg die politische Unabhängigkeit forderte. Im Gegensatz zu den Arabern hatte die jüdische Gemeinschaft solche Forderungen vor dem Zweiten Weltkrieg nicht erhoben, da es klar war, daß in einem unabhängigen palästinensischen Staat die Araber zahlenmäßig die Mehrheit bilden würden. Die neue jüdische Vorherrschaft im Wirtschaftsbereich war eine der wichtigsten Faktoren, der in diesem Punkt ein Wandel in der Politik der Zionisten brachte.

Noch wesentlicher waren neue politische Faktoren, die sich hauptsächlich aus dem Erfolg und der Niederlage des Faschismus in Europa ergaben: Während der dreißiger Jahre hatten viele arabische Nationalisten die deutschen und italienischen Faschisten als Verbündete in ihrem Kampf gegen den britischen Imperialismus betrachtet. Wie andere Nationalisten im britischen Empire behielten sie diese Haltung während des Krieges bei. Im Jahre 1945 erwies sich diese Politik vom Prinzip her als falsch und auch als ein schwerer taktischer Fehler, der zudem noch eine moralische Belastung mit sich brachte. Nur wenige Araber hatten in der britischen Armee gedient und infolgedessen hatten die Araber es im Gegensatz zu den Juden versäumt, Erfahrungen in der modernen Kriegsführung zu sammeln. Außerdem waren die arabischen Nationalisten, die die Verliererseite unterstützt hatten, durch den Alliierten–Sieg so demoralisiert, daß es ihnen schwer fiel, den Kampf für politische Unabhängigkeit von vor dem Krieg wieder aufzunehmen.

Für die Juden stellte sich die Frage, welche Seite sie in dem Krieg unterstützen sollten, kaum. Während der dreißiger Jahre hatte zwar eine faschistische zionistische Partei existiert und eng mit dem italienischen und polnischen Faschismus zusammengearbeitet, aber die Mehrheit der Zionisten behielt ihre pro–britische Orientierung bei. 1939 zwang schließlich die Nazi–Politik gegenüber den Juden auch die faschistische Fraktion in das britische Lager. Von den 500.000 Juden in Palästina waren 50.000 Freiwillige in den britischen Streitkräften. So hatten nach dem Ende des Krieges 10% der jüdischen Bevölkerung beträchtliche militärische Erfahrungen.

Schließlich noch gaben die Nazi–Verbrechen an den Juden den Zionisten einen völlig neuen Status in der internationalen Politik. Zuvor waren die Zionisten nur eine Minderheit unter den 18 Millionen Juden in der Welt: die Mehrheit war entweder indifferent oder sogar gegen die zionistische Idee. Nach der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa durch den Nationalsozialismus fühlten sich wesentlich mehr zu der Idee eines unabhängigen jüdischen Staates hingezogen. Zionismus, der Antisemitismus immer als naturgegeben hingenommen hatte, wurde so zu einem wichtigen Faktor sogar bei den Juden, die nicht die Intention hatten, selber nach Palästina zu gehen. Die Westmächte begannen, den Zionismus als den Sprecher des ganzen jüdischen Volkes zu betrachten.

Der Krieg hinterließ in Europa eine große Anzahl jüdischer Flüchtlinge, von denen viele – nicht zuletzt durch die Propaganda der Zionisten – nach Palästina auswandern wollten. Die Palästina–Araber wollten natürlich nicht in ihrem eigenen Lande zu einer Minderheit werden und übten deshalb Druck auf die britische Regierung aus, der jüdischen Immigration ein Ende zu setzen. Die Zionisten begannen, in großem Umfang geheime Einwanderungen zu organisieren. Die Briten versuchten, diese nicht nur wegen des arabischen Drucks zu verhindern, sondern auch, weil sie über die wachsenden Tendenzen einer Unabhängigkeitsbewegung unter den Juden in Palästina beunruhigt waren. Die Weltmeinung, besonders in Europa und Amerika, war immer noch von dem Schock beeinflußt, der die Bekanntwerdung der ungeheuren Naziverbrechen hervorgerufen hatte und bekundete unweigerlich ihre Unterstützung für die Flüchtlinge. So richtete sich die allgemeine politische Atmosphäre sowohl gegen die britische Regierung als auch gegen den arabischen Nationalismus. Diese Atmosphäre dauert bis heute an und ist einer der wichtigsten Rückhalte für den Zionismus.

Nachdem die USA aus dem Zweiten Weltkrieg als eine Großmacht hervorgegangen und der britische Imperialismus untergegangen war, war auch eine allmähliche Neuorientierung des Zionismus zu beobachten. Eine einflußreiche zionistische Lobby richtete sich in Washington ein und zur selben Zeit setzte sich im zionistischen Lager der pro–amerikanische Flügel gegen die pro–britische Fraktion durch.

Das gleichzeitige Zusammenwirken dieser ökonomischen und politischen Faktoren beschleunigte den Zusammenstoß zwischen den Zionisten und der britischen Regierung. Der Krieg hatte die jüdische Gemeinschaft in Palästina in eine Nation mit eigener Wirtschaft, Armee, politischer Organisation, Sprache und Ideologie verwandelt. Eine direkte koloniale Herrschaft ließ sich mit den wirtschaftlichen Interessen der neuen Nation nicht mehr vereinbaren. Außerdem stieß der Zionismus in einem Moment, wo die Weltmeinung hinter ihm stand, mit der von allen Seiten kritisierten britischen Einwanderungspolitik zusammen. Die zionistische Neuorientierung nach den USA und das wachsende Interesse Amerikas am Nahen Osten beschleunigte den Prozeß der Auseinandersetzungen.

In dieser neuen Situation forderten die Zionisten die politische Unabhängigkeit in Palästina. Die Rechtsextremen verlangten sofortige Unabhängigkeit für ganz Palästina unter Vorherrschaft der jüdischen Minderheit; die Gemäßigten befürworteten die Teilung Palästinas zwischen Arabern und Juden; die Linken (unter ihnen Teile der heutigen "Mapam"—Partei) wollten die Unabhängigkeit hinausschieben bis zu dem Moment, wo die Juden durch wachsende Einwanderung eine Mehrheit geworden wären.

Eigentlich gab es drei Parteien, die in das Palästina—Problem verwickelt waren; der britische Imperialismus, die jüdische Minderheit und die arabische Mehrheit in Palästina. Jede dieser Parteien hatte ihre eigenen Forderungen und Interessen, die mit denen der beiden anderen zusammenprallten. Aber als Folge der Deformation der arabischen Gesellschaft durch die jüdische Kolonisierung traten die Palästina—Araber in der Zeit von 1945 — 1947 nicht als eine bedeutende unabhängige politische Kraft in Erscheinung. Der Kampf wurde hauptsächlich zwischen Zionisten und Briten ausgetragen.

Während dieser Zeit ereigneten sich zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der britischen Verwaltung eine Reihe von Konflikten, die häufig mit Gewalttätigkeiten endeten. Die Palästina—Araber blieben nur selten relativ passiv — ganz im Gegensatz zu der Situation während der zwanziger und dreißiger Jahre, als der arabische Unabhängigkeitskampf einen Massencharakter angenommen hatte und sie ihr Ziel häufig mit Gewalt verfochten. Die britische Regierung, die gerade in den indischen Unabhängigkeitskampf verwickelt war, befand sich in einer äußerst schwierigen Lage.

1947 übertrug Großbritannien das Palästina—Problem der UNO und erwartete dabei, daß die Uneinigkeit innerhalb der UNO zu einer Erneuerung des Mandats führen würde. Dies würde der angeschlagenen britischen Autorität in diesem Gebiet neuen Auftrieb geben. Im November 1947 nahm die UNO eine Resolution an, die die Teilung Palästinas in zwei unabhängige, aber wirtschaftlich verbundene Staaten befürwortete. Diese Resolution wurde von den Zionisten als Sieg gefeiert. Ihr widersetzten sich aufs schärfste die Araber, die natürlich ein ungeteiltes unabhängiges arabisches Palästina forderten, und die Briten, die ihren Einfluß— und Machtbereich aufrechterhalten wollten. Sowohl die USA als auch die UdSSR unterstützten die Resolution: Die USA, weil sie hier eine günstige Gelegenheit sah, im Nahen Osten Fuß zu fassen und an die Stelle des britischen Imperialismus zu treten; die UdSSR, weil sie hier den einfachsten Weg sah, den britischen Imperialismus aus einer seiner Festungen zu vertreiben. Offensichtlich unterschätzte die UdSSR die engen Verbindungen zwischen Zionismus und amerikanischem Imperialismus. Das britische Außenministerium war nicht nur dadurch beunruhigt, daß Großbritannien durch die Gründung eines zionistischen Staates Einfluß an die USA abgeben müßte, sondern auch darüber, daß die Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates in Palästina Rückwirkungen auf die arabische Welt haben könnte.

Nach der UNO—Teilungs—Resolution versuchte Großbritannien, die Palästina—Araber gegen die jüdische Bevölkerung aufzuhetzen, um so zeigen zu können, daß die britische Anwesenheit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig sei. Dieser Versuch schlug fehl. Daraufhin organisierten die Briten in Syrien eine illegale Freiwilligenarmee (angeführt durch Fawzi el Kaukji), die in Palästina eindrang und jüdische Siedlungen angriff. Als auch dieser Versuch scheiterte, beschlossen die Briten, die regulären Armeen Transjordaniens, Syriens, Ägyptens und des Irak einzusetzen, um einen Krieg gegen den zionistischen Staat, der gemäß der UN—Resolution am 15. Mai 1948 seinen Gründungstag haben sollte, zu entfachen. Der politische und militärische Plan für diese Invasion wurde zu Beginn des Jahres 1948 von General I.C.Clayton (einem der wichtigsten britischen Kolonialagenten im Nahen Osten) bei einem Treffen mit den arabischen Generalstäblern in Bludan (Syrien) dargelegt.

Der Krieg von 1948 wurde als militärischer Konflikt zwischen den Zionisten und Arabern ausgetragen. Die arabischen Armeen hatten jedoch nicht die Funktion, für die Unabhängigkeit eines arabischen Palästinas zu kämpfen, sondern hatten als Armeen der Marionettenregime eines Farouk, Abdallah und Nuri Sa'id die Aufgabe, die britischen Interessen im Nahen Osten zu verteidigen. Der Krieg wurde durch diese Regime dazu benutzt, um den internen anti—imperialistischen Kampf (besonders in Ägypten und im Irak) in einen durch den Imperialismus gestützten "Heiligen Krieg" abzulenken.

Das Schicksal Palästinas wurde nicht auf dem Schlachtfeld entschieden, sondern in Geheimabkommen zwischen den zionistischen Führern und Abdallah. Diese Gespräche begannen sofort nach der Resolution in der UNO und dauerten bis 1950. In diesen Gesprächen einigten sich die beiden "befreundeten Feinde", das Gebiet, das die UNO—Resolution den Palästina—Arabern zugeteilt hatte,

und auch Jerusalem, das nach der Resolution eine selbständige Einheit unter UN–Verwaltung werden sollte, unter sich aufzuteilen. Das Waffenstillstandsabkommen stimmte im Großen und Ganzen mit den Ergebnissen der politischen Verhandlungen zwischen den zionistischen Führern und Abdallah überein.

Ein neuer fait–accompli war so in Palästina geschaffen worden: 20.000 km^2 (anstatt 14.000 km^2, wie es in der UNO–Resolution vorgesehen war) fielen nun an Israel; der Rest (außer dem Gazastreifen) wurde von Abdallah annektiert, der sein Königtum jetzt anstatt "Transjordanien" "Jordanien" nannte. Diese neue Gebietsaufteilung spiegelte zugleich die neuen Einflußsphären der Westmächte wider. Das Gebiet des zionistischen Staates war dem britischen Imperialismus als Einflußgebiet verlorengegangen und kam unter amerikanische Einflußsphäre; das Gebiet, das von Abdallah annektiert worden war, stellte hingegen den Rest des britischen Einflußgebietes dar. Diese neue Einteilung der Einflußsphären wurde noch durch die Drei–Staaten–Erklärung (USA, Großbritannien, Frankreich) vom Mai 1950 offiziell bestätigt.

Da Israel daran interessiert war, den status quo aufrechtzuerhalten, geriet es in immer größere Abhängigkeit von den Westmächten, die gerade diesen status quo garantierten. Dasselbe gilt natürlich für das Regime in Jordanien, das aufgrund seiner militärischen Schwäche indirekt von Israel abhängig ist. Trotz ihrer scheinbaren Feindschaft haben diese beiden Regime ein gemeinsames Interesse, – den status quo zu bewahren. So wurde das, was sich bis 1948 das "Palästina–Problem" nannte, d.h., die gegenseitigen und gemeinsamen Verwicklungen in Imperialismus, Zionismus und verschiedenen arabischen Interessen – 1948 in den "israelisch–arabischen Konflikt" übergeleitet, d.h., in nichts anderes als in die direkte Fortsetzung (in lediglich anderer Erscheinungsform) des vorherigen Konflikts.

Die Verlierer und Opfer des Krieges von 1948 waren die Palästina–Araber, die sich kaum an dem Krieg beteiligt hatten. Ihr Recht auf Selbstbestimmung, das vorher niemand – noch nicht einmal die zionistischen Führer – geleugnet hatten, war mit Füßen getreten worden. Die meisten von ihnen wurden heimatlose Flüchtlinge. Das Schicksal derer, die in dem von Israel beherrschten Gebiet blieben, war kaum besser. Sie mußten lange Jahre unter Militärverwaltung leben und sind weiterhin ständig das Objekt irgendwelcher Repressionen. Das Land, das noch in arabischer Hand geblieben war, wird ebenfalls nach und nach enteignet – häufig aufgrund irgendwelcher "Verwaltungsmaßnahmen" – um der zionistischen Entwicklung Platz zu machen. Die Araber sind in ihrem eigenen Land Bürger zweiter Klasse geworden.

Während der fünfziger Jahre verstärkte sich der anti–imperialistische Kampf in der arabischen Welt. Im arabischen Osten war dies das Ergebnis des Palästina–Krieges. Da Großbritannien schon zu schwach war, seine alten Positionen zu verteidigen, mußte es die Tatsache hinnehmen, daß die USA in diesem Teil der Welt wie auch anderswo zur Vorherrschaft gelangt war. Die amerikanische Politik, die westliche Welt durch eine Kette von militärischen Basen und Pakten von der UdSSR abzuschirmen, wurde im Nahen Osten mit der traditionellen britischen Kolonialpolitik zu einer einzigen anti–sowjetischen und imperialistischen Politik zusammengeschmiedet. Während der fünfziger Jahre versuchten diese beiden Mächte ein militärisches Bündnissystem der Nahost–Staaten zu schaffen, um das Glied in der langen Kette der anti–sowjetischen Allianzen, die von Skandinavien bis Korea reichen sollte, zu fungieren und um die westlichen Positionen im Nahen Osten zu stärken.

Diese Politik sah sich einer Menge von Schwierigkeiten ausgesetzt, da die arabischen Massen ihren imperialistischen Charakter erkannten und sich ihr energisch widersetzten. Auf Regierungsebene brachte die ständige Weigerung Ägyptens und Syriens, sich an solchen Pakten zu beteiligen, die gesamte westliche Politik in diesem Gebiet in Gefahr. Die Israelische Regierung hingegen war jederzeit bereit, sich aktiv an solchen Pakten zu beteiligen, nicht nur wegen des traditionellen Bündnisses zwischen Zionismus und Imperialismus, sondern hauptsächlich, weil Israels Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo es zu einem natürlichen Verbündeten des Imperialismus machte – ein Verbündeter, der seine eigenen nationalen Interessen – in der Tat: seine Existenz – mit der Anwesenheit des Imperialismus im Nahen Osten identifizierte.

Die israelische Position wurde von den Westmächten gut erkannt und ausgenützt. Wann immer die Regierungen Ägyptens, Syriens oder Jordaniens die anglo–amerikanischen Interessen durchkreuzten, wurde Israel als Drohung gegen sie benutzt. Die Drohungen manifestierten sich häufig in der Gestalt von Kommandounternehmen durch die israelischen Streitkräfte. Insbesondere Jordanien wurde in der Zeit, als die Nabulsi–Regierung eine antiwestliche Politik betrieb, von diesen Unternehmen betroffen. Im Allgemeinen wandte sich die jeweilige arabische Regierung nach einem solchen Kommandounternehmen an die Westmächte und bat um Waffenlieferungen. Die Antwort war immer dieselbe: "Tritt dem Bagdad–Pakt bei und du wirst Waffen bekommen." Die westliche Politik erlitt schließlich ihre Niederlage, als Nasser sich nach dem besonders gewalttätigen Kommandounternehmen in Gaza vom 28. 4. 1955 weigerte, sich dem westlichen Druck zu beugen und sich wegen Waffenlieferungen an die CSSR wandte. Dieses Ereignis brach das Waffenmonopol des Imperialismus in diesem Gebiet und schwächte seinen politischen Einfluß in empfindlicher Weise. Seitdem erscheint die UdSSR als Protagonist auf der nahöstlichen Bühne. Diese Entwicklung, die sich in der Nationalisierung des Suez–Kanals fortsetzte, brachte Großbritannien und Frankreich in große Bedrängnis. Sie benutzten eine vorher abgesprochene israelische Invasion in Ägypten als Vorwand, einen direkten militärischen Angriff auf Ägypten zu starten, mit dem Ziel, erneut das Eigentumsrecht über den Suez–Kanal zu erlangen und um die neutralisierten und anti–imperiali-

stischen Regierungen im Nahen Osten zu stürzen. Das Ergebnis dieser Aggression ist nur zu gut bekannt.
Für Israel bedeutete das Mißlingen der Suez–Invasion, daß es nicht fähig war, der arabischen Welt mit Gewalt die Anerkennung des status quo aufzuoktroyieren. Von da an trat das Palästina–Problem in ein Stadium des "Pat".

Gegenwärtige Situation und mögliche Lösung

Nach 1956 betrachtete die offizielle israelische Politik es als realistisch, den status quo zu verfestigen und zu verewigen. Diese Politik beruhte auf drei Faktoren: Erstens, daß Israel der sicherste und zuverlässigste Verbündete des Imperialismus in diesem Gebiet ist. Als Gegenleistung garantiert der Imperialismus – der das Interesse hat, einen solchen Verbündeten zu behalten – ihm Schutz und Unterstützung. Die Hoffnung Israels ist es, daß der Westen ihm immer diesen Schutz gewähren und es niemals im Stich lassen werde. Zweitens, daß der Zionismus einen mächtigen Verbündeten in der westlichen öffentlichen Meinung hat. Die 5 Millionen amerikanischen Juden stellen eine starke pressure group dar, die nicht nur einen mächtigen Einfluß auf die offizielle amerikanische Politik, sondern auch auf die amerikanische öffentliche Meinung ausübt. Selbst der Teil der westlichen öffentlichen Meinung, der den Imperialismus heftig kritisiert, hält mit seiner Kritik an Israel immer wieder zurück. Dies ist das Ergebnis des tiefen Schuldgefühls, das auf der westlichen Welt nach den Nazi–Verbrechen an Millionen Juden lastet. Selbst Sozialisten im Westen identifizieren häufig fälschlicherweise Anti–Zionismus mit Anti–Semitismus. Die zionistische Propaganda hat einen anderen großen Vorteil: sie will den status quo aufrechterhalten und predigt deshalb Frieden. Die Araber hingegen wollen den status quo verändern, können also nicht einfach Frieden predigen, sondern haben die schwierige Aufgabe, die Ungerechtigkeit des status quo zu erklären. So erscheinen die Zionisten als Friedenssucher, die Araber hingegen als Aggressoren. Israel wird eine kleine belagerte Festung bleiben, ökonomisch abhängig von der Hilfe anderer Länder. (Über 400 Mill. Dollar fließen seit 1950 jährlich in das Land, um das konstante Defizit in der Zahlungsbilanz auszugleichen.) Seine eigenen natürlichen Ressourcen sind gering und seine Märkte äußerst begrenzt. Es kann nicht konkurrieren mit den entwickelten Industrieländern Europas, zudem sind die arabischen Märkte verschlossen. Nur die weltweite Spendensammel–Tätigkeit zionistischer Organisationen wie der Jewish Agency und die Reparationsleistungen der BRD können den Lebensstandard in Israel auf einem künstlich hohen Niveau halten. Wenn das im Westen sorgfältig gepflegte Image Israels (ein demokratisches, friedliebendes Land, das Flüchtlingen Schutz gewährt) ernsthaft verletzt würde, wären die ökonomischen Folgen beträchtlich. Der unvermeidliche Untergang des Imperialismus und die gleichzeitig fortschreitende Einigung der arabischen Welt brächten Israel in eine sich immer mehr zuspitzende Lage.

Im arabischen Lager lassen sich zwei verschiedene Haltungen unterscheiden: das der Feudalregimes und das der bürgerlich–nationalistischen Parteien. Wenn sie sich bei oberflächlicher Betrachtung auch ähneln, so unterscheiden sich jedoch beide Gruppen durch verschiedene Handlungen und Motive. Keine von beiden schlägt eine politische Lösung des Palästinaproblems vor.
Die arabischen Feudalregimes sind ebenso wie der Zionismus seit jeher natürliche Verbündete des westlichen Imperialismus gewesen. Beide bekämpften das Aufkommen des arabischen bürgerlichen Nationalismus und betrachteten deshalb den Zionismus als das kleinere Übel. Heute teilen die Feudalregimes ein gemeinsames Interesse mit dem Zionismus, da beider Existenz von dem imperialistischen Einfluß auf dieses Gebiet abhängt.
Die Feudalregimes können eine solche Politik in der arabischen Welt nicht offen betreiben, denn dort verlangen die Massen anti–imperialistische und politische Unabhängigkeit. Um ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus zu verheimlichen, führen sie eine laute anti–zionistische und antisemitische Propaganda. Ein klassisches Beispiel ist dabei der Besuch König Feisals in Washington im Juni 1966. Als er mit Präsident Johnson darüber sprach, wie man Nasser und seine Politik in Schach halten könnte und dabei Gefahr lief, seine proimperialistische Politik der arabischen Welt zu enthüllen, gab eine Frage bei einer Pressekonferenz ihm die Gelegenheit zu erklären, daß "alle Juden in der Welt Israel unterstützen und deshalb die Feinde der Araber sind". Der Bürgermeister von New York, der sich mehr als Jude, denn als Israeli betrachtet, sagte daraufhin prompt ein offizielles Essen mit ihm ab. Feisal konnte sich nur selbst zu dieser günstigen Gelegenheit gratulieren, sein angeschlagenes Image in der arabischen Welt wieder aufzupolieren.

In der Öffentlichkeit propagieren die Feudalregimes die Vernichtung Israels, insgeheim aber arbeiten sie mit ihm zusammen. In einigen Fällen (insbesondere Jordanien) hängt ihre Existenz sogar ganz von Israel ab. Wann immer die Palästina–Araber in Jordanien das Regime König Husseins (ein Enkel Abdallahs) bedrohen, setzt sich die israelische Armee in Richtung Waffenstillstandslinie in Bewegung, um bei einem Sturz Husseins sofort intervenieren zu können. Die aufständischen Massen sind sogleich "befriedet", da ja nur Husseins Armee sie vor den aggressiven Israelis schützen kann. Obwohl Husseins Thron mehr als einmal heftig geschwankt hat, konnte er bisher dank der Intervention der Israelis, die den Sturz Husseins als eine Verletzung des status quo betrachten würden, alle Attacken gut überstehen. Ein neues Regime in Jordanien könnte die Anerkennung des Abdallah–Ben–Gurion–Paktes von 1948 und der Drei–Staaten–Deklaration von 1950 verweigern. Es zeigt sich, daß die Feudalregime, die oberflächlich betrachtet als die extremsten Gegner

des Zionismus erscheinen, ebenso wie Israel daran interessiert sind, den imperialistischen Einfluß und seine Anwesenheit in dem Gebiet zu erhalten und zu verewigen. Zionismus und Feudalismus sind wie immer "befreundete Feinde".

Die Bourgeoisie und ihre Parteien in der arabischen Welt behandeln das Palästina–Problem nach den Grundsätzen der UNO–Resolutionen. Diese Politik wurde zuerst von Nasser auf der Bandung–Konferenz 1955 formuliert und einstimmig angenommen. Sie bedeutete grundsätzlich zwei Dinge:

1. Israel sollte die arabischen Flüchtlinge repatriieren (entsprechend einer Resolution der UNO von 1949).
2. Israel sollte das Gebiet, das von ihm als Ergebnis des Geheimpaktes mit Abdullah annektiert worden war, zurückgeben.

Diese Politik würde das Gebiet von Israel zwar vermindern, aber seinen zionistischen Charakter nicht verändern.
Dieses entgegenkommende Programm (das dem Zionismus eine beträchtliche Konzession machte) würde jedoch keine brauchbare Lösung des Palästina–Problems darstellen. Es würde wahrscheinlich ebenso viele Gefahren in sich bergen wie der status quo. Ein kleinerer zionistischer Staat wäre immer noch abhängig vom westlichen Imperialismus und würde als solcher weiterhin eine Bedrohung des arabischen Fortschritts auf dem Wege zur Einigung und zum Sozialismus darstellen. Dieses Programm wurde später von Bourghuiba wieder aufgenommen, nachdem Nasser es nach der Suez–Affäre fallengelassen hatte, da er einsah, daß der Slogan der Adoption von UN–Resolutionen zwar attraktiven Propagandawert, aber keine sinnvolle Lösung des Problems bot. Zudem war Nasser gezwungen, da er an das Problem der arabischen Einheit mit grundsätzlich bürgerlichen Kategorien herangeht und die Klassenwidersprüche in der arabischen Welt als nur zweitrangig betrachtet, eine Verständigung mit dem reaktionären Regime von Jordanien zu suchen. Aber dieses Regime lehnt eine Politik gemäß der UN–Teilungsresolution ebenso wie die Zionisten ab, da Jordanien selbst einen Teil des den Palästina–Arabern zugesprochenen Territoriums annektiert hatte.

Heute haben die Nasseristen und Ba'athisten keine politische Lösung für das Palästina–Problem anzubieten. Stattdessen sprechen sie in militärischen Begriffen. Damit aber gehen sie am Hauptproblem vorbei. Krieg kann bestenfalls als Mittel für eine politische Lösung dienen. Er kann nie eine solche ersetzen. Auch wenn ein Krieg gegen Israel gewonnen würde, bliebe die Frage der politischen Zukunft Palästinas ungelöst. Ein militärischer arabischer Sieg würde bestenfalls das zionistische Regime beseitigen, aber zwei Millionen Juden würden übrig bleiben und wahrscheinlich ein Problem wie das der Kurden darstellen, bis eine politische Lösung gefunden wäre. Wie man weiß, haben die Nasseristen und Ba'athisten nicht einmal eine Lösung für das Kurdenproblem.

Der Slogan von der "Befreiung Palästinas" hat, wenn auch emotionell befriedigend, mehr politischen Nachteil. In erster Linie zwingt er gemäßigte und sogar antizionistische Israelis (es gibt solche) in reiner Selbstverteidigung sich auf die Seite der zionistischen Regierung zu stellen. Das Ergebnis ist ein seltener Grad von Solidarität zwischen öffentlicher Meinung und Regierung. Innere Uneinigkeit, die unvermeidlich in einer normalen Situation bestehen würde, wird so abgewürgt. In dieser Atmosphäre wagen es wenige Israelis, die Beziehung ihres Landes zum Imperialismus, der ihre Existenz garantiert, in Frage zu stellen.

Zudem schadet dieser einfache Slogan der arabischen Sache in der Weltöffentlichkeit. Abgesehen von der Unpopularität militärischer Lösungen hat er auch den Nachteil, daß er eine gesamte Bevölkerung mit der Politik des Staates identifiziert und sie die Folgen dieser Politik tragen lassen will. Solche Vereinfachungen werden in der fortschrittlichen Weltmeinung nicht länger akzeptiert, besonders nicht von Anti–Imperialisten, die politische Lösungen für politische Probleme fordern. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Nordvietnamesen ganz bewußt den Unterschied machen zwischen der Politik Washingtons und dem amerikanischen Volk. Als Ergebnis all dieser Faktoren haben die arabischen Nationalisten, obwohl sie eine moralisch gerechte Sache verfechten, seit 1948 den Propagandakrieg dauernd verloren.

Jede ernsthafte politische Lösung des Palästina–Problems muß in Betracht ziehen, daß anders als in den europäischen Siedlungen in Südafrika, Rhodesien oder Algerien, die Juden in Palästina nicht nur eine herrschende Klasse, sondern eine gesamte Nation mit ausgeprägter Klassenstruktur darstellen. Die Tatsache, daß diese neue Nation künstlich durch zionistische Immigration geschaffen wurde, ändert nichts an ihrer Existenz.

Wenn auch das politische Gebilde dieser Gemeinschaft verändert oder zerstört werden kann, so kann die Nation selbst doch nicht eliminiert werden. Eine brauchbare Lösung muß zwei grundsätzliche Bedingungen erfüllen: Beseitigung des zionistischen Charakters Israels und Selbstbestimmung dieser Nation in Übereinstimmung mit den Interessen der arabischen Massen an Sozialismus und Einigung.

Es ist klar, daß die Existenz eines israelischen Staates (von welcher Größe auch immer) isoliert von der arabischen Welt nicht mit den Interessen der arabischen Massen zu vereinbaren ist. Ebensowenig ist er mit den Interessen der israelischen Massen vereinbar. Solch ein Staat kann ohne Unterstützung von außen nicht existieren und wird immer vom Imperialismus abhängig sein. Die beständige Unsicherheit einer solchen Nation wird immer eine Bedrohung für die Israelis darstellen. Eine brauchbare Lösung muß daher eine nichtzionistische Form von Selbstbestimmung für Israel im

Rahmen einer arabisch–sozialistischen Union anbieten. Das Palästina–Problem ist in der Tat eng verbunden mit dem Klassenkampf in der arabischen Welt und mit dem Problem der arabischen Einheit. Dies erklärt, weshalb genau die Kräfte in der arabischen Welt, die unfähig sind, das Problem der arabischen Einheit zu lösen, auch unfähig sind, das Palästina–Problem zu lösen.

Ein anderer Aspekt des Palästina–Problems ist die Selbstbestimmung der Palästina–Araber. Sollten sie sich dieses Recht nehmen und einen eigenen Staat gründen? Natürlich bekämpfen die Zionisten, ebenso Hussein, hysterisch jeden Versuch in dieser Richtung. Aber auch fortschrittliche Elemente sind unentschieden in dieser Angelegenheit, da sie befürchten, daß die Gründung eines neuen kleinen arabischen Staates einen schädlichen Einfluß auf die Entwicklung der arabischen Einigung haben würde.

Auch hier muß jede Lösung den Interessen der Einheit und des Sozialismus im Nahen Osten Rechnung tragen. Wenn eine politische Form von Selbstbestimmung für die Palästina–Araber errichtet werden soll (und sie haben ein Recht darauf), muß dies mit den Interessen der Massen im Nahen Osten konform gehen. Jede Einigung, die das Recht auf politische Selbstbestimmung verweigert, ist politisch und moralisch zu verwerfen. Jedes Mal, wenn dieses Recht in der Vergangenheit verweigert wurde, brachte dies Mißtrauen und Unruhe mit sich. Eine solche Situation kann nur dann in der Union der Mittel–Ost–Staaten beseitigt werden, wenn den fundamentalen nationalen Rechten der Mitglieder Rechnung getragen wird. Sie sollten nur durch Übereinstimmung, nicht durch Gewalt aufgegeben werden.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren glauben wir, daß die folgenden Punkte in jeder wertvollen künftigen Lösung des Problems enthalten sein müssen:

1. Die zionistischen Grundsätze Israels werden aufgegeben, d.h., alle Gesetze und Praktiken der Diskriminierung von Nichtjuden, die auf der Vorrangstellung der Juden beruht, werden aufgehoben. Insbesondere die Gesetze, die jedem Juden in der Welt automatisch das Recht auf Einwanderung nach Israel geben und jedem Neueinwanderer die Staatsbürgerschaft verleihen (während sie diese allen Nichtjuden, insbesondere den Palästina–Arabern, verweigert), werden abgeschafft. Anträge auf Einwanderung werden individuell und ohne jede rassische oder religiöse Diskriminierung entschieden. Der Staat der Juden wird so zum Staat der Israelis, d.h., zum politischen Ausdruck seiner Einwohner, unabhängig von Rasse, Nationalität oder Religion.

2. Die Palästina–Flüchtlinge werden das Recht auf Repatriierung erhalten. Alle diejenigen, die den Wunsch haben, zurückzukehren, werden voll gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich von Israel integriert. Alle diejenigen, die nicht zurückkehren wollen, werden für ihren verlorenen Besitz und ihre persönlichen Leiden entschädigt.

3. Alle bestehenden Sicherheits– und Diskriminierungsmaßnahmen gegen die israelischen Araber werden abgeschafft. Für alle durch solche Maßnahmen und Notstandsgesetze verursachten Enteignungen und Schäden an Land, Besitz und für alles erlittene persönliche Unrecht wird volle Entschädigung gewährt.

4. Israel wird zu einer anti–imperialistischen Außenpolitik übergehen und in der arabischen Welt die Kräfte in ihrem Kampf für Sozialismus und Einheit unterstützen.

5. Der arabische Kampf für Einheit und Sozialismus muß in der Bereitschaft geführt werden, einen sozialistischen und nicht–zionistischen israelischen Staat als Partner in die Union der Staaten des Nahen Ostens aufzunehmen. Das Recht auf Selbstbestimmung der Israelis wird anerkannt.

6. Während der Errichtung der Union und der Überwindung der Barrieren, die durch die Nationalstaaten in diesem Gebiet errichtet wurden, werden die arabischen Staaten eine Politik der Normalisierung ihrer ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen mit dem nicht–zionistischen israelischen Staat betreiben.

7. Die Palästina–Araber werden die Möglichkeit erhalten, selbst und ohne Einmischung von außen zu entscheiden, wie sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben wollen. Israel und die arabischen Staaten werden sich von jedem Schritt, der zu einer Einmischung oder Beeinflussung der Entscheidung führen kann, zurückhalten.

8. Sollten die Palästina–Araber sich vor oder während der Errichtung der Union (oder Föderation) für einen unabhängigen Staat entscheiden, so sollen die Staaten, die aufgrund des Waffenstillstands-Übereinkommens von 1949 Teile des Gebietes westlich vom Jordan kontrollieren, in gemeinsamer Übereinstimmung die notwendigen territorialen Schritte zur Vereinfachung der Errichtung dieses Staates unternehmen.

Dieses Programm ist von Grund auf nicht nationalistisch und es ist unwahrscheinlich, daß irgendein Nationalist in diesem Gebiet (ob Jude oder Araber) sich für seine Erfüllung einsetzen wird. Im Gegenteil sind scharfe Angriffe von Nationalisten beider Seiten zu erwarten. Doch dies wird ein gutes Zeichen für den internationalistischen Charakter des Programmes sein. Die Angriffe der Nationalisten können nur versuchen, die Tatsache zu verbergen, daß sie selbst keine politische Lösung

für dieses Problem, das ein Teil des Problems der sozialistischen Einheit im Nahen Osten ist, anzubieten haben.

Das Palästina–Problem beweist, daß nationalistische Politik nicht zu einer Bewältigung des Problems der Vereinigung von Nationalstaaten und des Problems der nationalen Unterdrückung fähig ist. Sie kann nur den Unterdrückten zum Unterdrücker machen. Die grundsätzliche Problematik bleibt bestehen. Nur jene Sozialisten, die über die nationalistische Ideologie und Politik hinausgegangen sind, haben den Schlüssel zu einer brauchbaren Lösung der gemeinsamen Probleme, die die Abschaffung nationaler Unterdrückung und die Vereinigung nationaler Staaten mit sich bringen.

Matzpen und die israelische Linke

Sozialistisches Palästinakomitee Westberlin / Matzpen

Der folgende Beitrag beinhaltet eine Kritik der Israelischen Sozialistischen Organisation (I.S.O.) an den wichtigsten Parteien und Institutionen, die als repräsentativ für den Zionismus gelten; er soll dazu beitragen, die Versuche, unter den Genossen in der Nahostfrage Verwirrung zu schaffen, zu beseitigen. Zugleich sollen auch die wesentlichen Differenzen zwischen der I.S.O. und der moskautreuen kommunistischen Partei Israels "Rakach", die keine zionistische Partei ist, behandelt werden.

Zu diesem Zweck haben wir die I.S.O.-Analyse:"Some Remarks Concerning the Left in Israel" und einen Beitrag von der "ISRACA"-Gruppe aus Frankfurt a/M:"Die israelischen Linke" herangezogen. Im ersten Teil werden wir den Charakter zweier, von der zionistischen 'Linken' am meisten gepriesenen Institutionen darlegen: die "Kibbutzim" (landwirtschaftliche Siedlungen) und die "Histadrut" (die israelische Gewerkschaft). Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Theorie und Praxis der "linken" zionistischen Parteien; abschließend sollen die oben erwähnten Differenzen zwischen der I.S.O. und "Rakach" kurz dargelegt werden.

Teil 1.
A. - Die "Kibbutzim".

Ein Kibbutz ist eine gemeinschaftlich organisierte,landwirtschaftliche Siedlung. Die Mitgliedschaft ist freiwillig, und man kann ihn jederzeit verlassen. Die Mitglieder besitzen, von ein paar Kleidern abgesehen, kein Privateigentum. Das Land, ebenso wie die Produktionsmittel, gehören der zionistischen Organisation - aber sie sind dem Kibbutz zur Verfügung gestellt worden. Jede Arbeit wird gemeinsam ausgeführt; Entscheidungen auf den Gebieten der Politik, der Weiterentwicklung, der Investitutionen, der Wahl des Vorsitzenden und aller anderen Funktionäre werden von der Generalversammlung, die aus allen Kibbutz-Mitgliedern besteht, getroffen.
Diese Elemente eines "Freien Sozialismus" haben viele westliche Intellektuelle und Sozialisten fasziniert. Wenn man jedoch genauer hinsieht, öffnen sich einige Risse in diesem harmonischen Bild:
1. der Kibbutz ist gewöhnlich die Angelegenheit einer einzigen Partei. Wähler der KP wurden aus dem Kibbutzim der HASCHOMER HATZAIR ausgeschlossen, solche der MAPAM aus dem Kibbutzim der MAPAI usw. Die politische Toleranzgrenze in den Kibbutzim ist außerordentlich niedrig.
2. der Kibbutz ist Teil einer ganzen ideologischen Konstruktion. Schlagworte wie:"Von der Kommune zum Kommunismus" oder "Laßt uns das Land mit Kommunen überschwemmen, dann wird schließlich das Übergewicht der Bevölkerung und der Wirtschaft nach Art des Kibbutz organisiert sein", propagieren den friedlichen Übergang zum Kommunismus. Diese Forderung wurde von der Wirklichkeit widerlegt. Alle Kibbutzim sind der Regierung, Privatbanken und anderen Firmen verschuldet. Ohne andauernde Unterstützung durch zionistische Institutionen wären die Kibbutzim nicht lebensfähig. Öl, Bargeld, Düngemittel, Wasser, Elektrizität, Maschinen müssen von Quellen, die außerhalb des Kibbutz liegen, bezogen werden; die Produkte müssen auf dem Markt mit den Waren anderer Produzenten konkurrieren, manchmal mit denen arabischer Fellachen. Der Kibbutz erwies sich als wettbewerbsunfähig und wurde nur durch zionistische Zuschüsse am Leben erhalten.
3. Deshalb wandte sich der Kibbutz der industriellen Produktion zu. Er begann, die landwirtschaftlichen Produkte zu veredeln, ging dann aber Schritt für Schritt zu neuen Gebieten über, zur Produktion von Plastik, Geschirr, Möbeln und anderen Formen der Leichtindustrie. Die niedrige Bevölkerungszahl eines Kibbutz (ein paar Hundert) reichte jedoch nicht aus, um die Arbeitskraft für Landwirtschaft und Industrie zu stellen. Da die Aufgabe der landwirtschaftlichen Tätigkeit gleichbedeutetnd mit dem Verrat an den Prinzipien des zionistischen Sozialismus gewesen wäre, war der Kibbutz gezwungen, Lohnarbeiter aus anliegenden Dörfern zu beschäftigen. So wurde die gemeinschaftliche Kibbutz-Gesellschaft ein gemeinschaftlicher Ausbeuter der Lohnarbeit.
Gewöhnlichsind die Kibbutzmitglieder Aufseher in ihren Fabriken, während die Lohnarbeiter weniger fachmännische Berufe ausüben. Nach der Arbeit gehen die Arbeiter wieder in ihr Dorf. Für sie ist der Kibbutz ein Dienstherr wie jeder andere Kapitalist - mit dem Unterschied, daß Kapitalisten nicht den Sozialismus predigen. Wenn es in einem Kibbutz zu einem Streik kommt, holen seine Besitzer ohne Gewissensbisse die Polizei.
Die Parole: "Von der Kommune zum Kommunismus"

erwies sich als doppelt falsch. Sie brachte keinen Übergang der israelischen Gesellschaft zum Sozialismus, schon gar nicht zum Kommunismus. Vielmehr wurden die Kommunen selbst in kollektive Ausbeuter transformiert, die aus Lohnarbeit Profit schlagen. Die Geschichte der Kibbutzim (wahrlich die Geschichte der ganzen israelischen Linken!) ist die Geschichte der Sozialdemokratie, die durch Nationalismus und die brutale ökonomische Wirklichkeit der kapitalistischen Wirtschaft korrumpiert wurde.

Oft übersehen wird die Bedeutung, der Kibbutzim für die zionistische Besiedlung. Der Geist der Pioniere, die gemeinsam organisierte Arbeit, eine Sozialstruktur, die speziell darauf vorbereitet war, Neueinwanderer zu absorbieren, sich selbst zu verteidigen und unter großen Opfern unproduktive wirtschaftliche Aufgaben durchzuführen, damit die Anwesenheit der Zionisten in einem feindlichen Gebiet gesichert werden konnte - dies alles sind Gründe, aus denen die zionistischen Organisationen die Kibbutzim finanzierten, ob sie der MAPAI, MAPAM, HERUT oder den religiösen Parteien angehörten.
Obwohl die Kibbutzim eine bedeutsame Rolle in der zionistischen Geschichte spielten, überschritt die Zahl ihrer Mitglieder in Palästina (und später in Israel) niemals 5% der jüdischen Bevölkerung.

Seit Beendigung des 6-Tage-Kriegs werden in verstärktem Maße arabische Lohnarbeiter vor allem aus den besetzten Gebieten angestellt.

B. - Die "Histadrut".

Dieser Gigant, 1922 von der zionistischen Linken gegründet, war als Instrument zur Schaffung eines jüdischen Proletariats bestimmt. Heute besitzt sie eine gewaltige Industrie. Banken, Schiffs- und Fluggesellschaften, die größte Baufirma in Israel, einen Hauptanteil an fast jeder Wirtschaftsbranche Israels, die größte Krankenversicherung (in Israel gibt es keine staatliche Krankenversicherung). Jeder dritte Israeli zahlt Mitgliedsbeiträge an die Histadrut. Wer es nicht tut, verliert seine Krankenversicherung. 90% aller jüdischen Arbeiter sind Mitglieder von Gewerkschaften, die der Histadrut unterstehen.
Obwohl die Histadrut sich auf Englisch "The General Federation of Labour in Israel" nennt, um auf diese Weise die altvertraute Vorstellung einer Föderation von Gewerkschaften zu produzieren, ist sie eine einzigartige Organisation, sowohl im Hinblick auf ihre Ziele als auch auf ihre Struktur. Ihre charakteristischen Züge als zionistische Organisation überwiegen bei weitem die der Gewerkschaft, eben weil ihre gegenwärtigen Inhalte vor vier Jahrzehnten vorweggenommen wurden.
Als die ersten zionistischen Sozialisten zu Beginn dieses Jahrhunderts in Israel ankamen, entdeckten sie, daß die früheren jüdischen Siedler (besonders in den Kolonien, die noch vor der Gründung der Zionistischen Organisation mit Hilfe des Baron Edmund de Rothschild errichtet worden waren) arabische Arbeiter beschäftigten. Sie fragten sich daraufhin, wie es möglich sei, die Juden zu Bauern und Arbeitern zu machen, solange jüdische Landbesitzer und Kapitalisten die arabischen Arbeiter bevorzugten. Ihre Antwort war die Gründung der Kibbutz-Bewegung und kurz darauf der Histadrut. Außerdem setzten sie einen nationalistischen Feldzug gegen alle Juden in Gang, die arabische Arbeiter beschäftigten. Während der zwanziger und dreißiger Jahre war ihre Hauptparole "nur jüdische Arbeiter", und sie terrorisierten den jüdischen "Arbeitgeber" ebenso wie den arabischen Arbeiter.
Die Hauptwaffe in dieser Kampagne war die Histadrut. Sie war nicht geschaffen worden, um die jüdische Arbeiterklasse zu organisieren, sondern um sie zu schaffen. Arabische Arbeiter wurden prinzipiell nicht als Mitglieder aufgenommen; die Histadrut war "ausschließlich für Juden", wie ihr hebräischer Name deutlich beweist. Ihr Ziel war nicht einmal, die Interessen der jüdischen Arbeiterklasse zu vertreten, sondern sie forderte von ihnen Opfer, härtere Arbeit, weniger Verdienst; dies alles um des Aufbaus und (heute) der Stärkung des jüdischen Staates willen.
Als die Kapitalisten sich darüber beschwerten, daß jüdische Arbeiter teuerer seien als arabische, zahlte die Histadrut den Unterschied oft aus den eigenen Fonds. Zusammen mit anderen zionistischen Institutionen brachte sie die "Kauf nur bei Juden"-Kampagne in Gang, verwirklichte einen Boykott für arabische Produkte usw. Bis heute erinnert der Mitgliedsausweis der Histadrut die Mitglieder an ihre Pflichten, von denen nicht die geringste ist, den Neueinwanderern Hebräisch beizubringen - das ist schwerlich die Aufgabe einer gewöhnlichen Gewerkschaft, sondern eher die einer nationalistischen Organisation.
Als einige sozialistische Zionisten schwachbrüstig gegen die bösartige Politik mit den arabischen Arbeitern argumentierten, wurden sie daran erinnert, daß die arabischen Arbeiter nicht organisiert waren und daß es die Aufgabe einer Gewerkschaft sei, gegen die Beschäftigung unorganisierter Arbeit zu kämpfen.
Die Histadrut ist wahrscheinlich die einzige Gewerkschaft, die eine "Abteilung für Gewerkschaften" hat. Das liegt daran, daß ihre Tätigkeit als Besitzer und "Arbeitgeber" die gewerkschaftliche weit übertrifft. In der Tat besitzt die Histadrut die Gewerkschaften genauso, wie sie die Krankenversicherung besitzt. In vielen Gewerkschaften werden die Sekretäre durch Histadrut-Funktionäre bestimmt. Wo sie gewählt werden, benötigen sie die Zustimmung der Funktionäre, bevor sie von den Arbeitgebern als Vertreter der Gewerkschaft anerkannt werden.

Als besondere Vorsichtsregel werden alls Mitgliedsbeiträge (bis zu 7% des Einkommens) unmittelbar von der Organisation erhoben. Die örtlichen Gewerkschaften erhalten ihren Anteil von der Zentrale. Auf diese Weise üben die zentralen Stellen eine scharfe Kontrolle über die gesamte israelische Arbeiterklasse aus. Wenn ein "unerlaubter" Streik stattfindet, sind die Streikenden ohne Fond und in Gefahr, ihre Arbeit zu verlieren. Manchmal, wie bei dem Streik der Seeleute 1951, mobilisierte die Histadrut alle Möglichkeiten, die ihr im Land zur Verfügung stehen, um den Streik zu brechen. Die einzig mögliche Analogie zu einem solchen Zustand ist paradoxerweise ein "unoffizieller" Streik in einem stalinistischen Regime. Wo ein Streik implizit sich gegen die offizielle Ideologie stellt, an den Grundlagen des Staates rüttelt und oft genug das Re-

gime veranlaßt, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel - einschließlich der Armee- zu mobilisieren, um den Streik umgehend zu zerschlagen.
Wenn man bedenkt, daß die Histadrut der größte Kapitalist in Israel ist und gleichzeitig die "Vereinigung der Gewerkschaften", erkennt man ihre gewaltige Macht. Historisch betrachtet ist sie der rechtsmäßige Ahnherr des Staates Israel (wie es die sozialistischen Zionisten für sich in Anspruch nehmen). Sie war der Vorgänger des Staates und schuf durch ihre nationalistische Politik die jüdische Arbeiterklasse.
Wer die Histadrut kontrolliert, kontrolliert Israel. Es ist kein Zufall, daß Ben Gurion einer der Gründer der Histadrutund während der Mandatszeit in Palästina ihr Generalsektetät, der hervorstechendste Premierminister Israels war. Premierminister Eschkol und andere zionistische Führer wie Lavon und Namir hatten eine ähnliche Laufbahn Die Rechte hat niemals eine ähnliche mächtige Institution wie die Histadrut geschaffen, und noch heute istsie für diese kein ernsthafter Gegner. Der einzig mögliche Gegner der sie an Macht übertreffen könnte, ist der Staat selbst. Aber ein Kampf zwischen der Staatsverwaltung und der Histadrut setzt entweder eine Spaltung in der MAPAI oder einen Wahlsieg der Rechten voraus.
Wenn man bedenkt, daß in den Wahlen ökonomische Köder ausgeworfen und gleichzeitig Druckmaßnahmen angedroht werden, wenn man die gewaltigen finanziellen, ökonomischen und organisatorischen Mittel der Histadrut in Rechnung stellt, sieht man, daß die Rechte nur eine geringe Chance hat. Eine militärische Diktatur durch MAPAI-Generale (die ihre Kontrolle über die Armee während der Amtszeit Ben Gurions befestigte) hat größere Wahrscheinlichkeit.

Teil II

Theorie und Praxis der "Linken" zionistischen Parteien

A. - Allgemeines:

Die zionistische "Linke" entstand im zaristischen Rußland und in Polen gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Verfolgung von Juden in diesen Ländern rief soziale und ökonomische Interessen ins Leben, die sich schließlich in der Gründung einer Anzahl von jüdischen politischen Parteien konkretesierte. Es entfaltete sich ein ganzes Spektrum neu gegründeter linker Parteien die die Not der Juden-als Proletarier wie als nationale Minderheit zu lindern suchten. Der Hauptunterschied zwischen diesen Parteien war der zwischen Zionisten (die Minderheit) und Nichtzionisten.
Die größte Partei war der nicht zionistische Bund (Brüderlichkeit). Er war im Grunde eine sozialdemokratische Partei der Zweiten Internationale, die unter den Bedingungen des zaristischen Rußlands auf die Seite der Revolutionäre getrieben wurde. Der Bund hatte niemals politische Macht zum Ziel, sondern versuchte nur, das Los des jüdischen Proletariats zu verbessern.
Lenin führte einen langen ideologischen Kampf gegen den Bund. Er bestand darauf, daß das Proletariat auf einer territorialen Basis organisiert werden müsse (d.h. alle Proletarier, die im selben Gebiet oder Land leben und arbeiten, unabhängig von ihrer Nationalität), während der Bund sich darauf berief, daß die bestehenden Verhältnisse der nationalen Verfolgung das Jüdische Proletariat dazu zwingen, seine selbstverständlichen Rechte als nationale Minderheit zu verteidigen- dies um so mehr, als erhebliche Teile des polnischen Proletariats an anti-jüdischen Pogromen beteiligt seien. Doch akzeptierte der Bund niemals das zionistische Prinzip, daß allein in einem unabhängigen nationalen jüdischen Staat das jüdische Proletariat frei werden könne. Der Bund war nationalistisch, aber nicht zionistisch.
Demgegenüber befolgte die zionistische "Linke" die Theorie, daß selbst die sozialistische Umwälzung den Antisemitismus nicht aufheben könne. Sie betrachteten die Verfolgung nationaler Minderheiten, genau so wie die theoretischen Gründer des Zionismus: Theodor Herzl, Leo Pinsker, Max Nordau, als einen Grundzug der Menschheit (eine Ansicht, gegen die die Revolutionären mit Nachdruck kämpften). Um den Judenverfolgungen ein Ende zu machen, propagierten sie die territoriale Zusammenfassung der Juden auf den Boden Palästinas (Zionismus). Durch ihre Politik der Emigration nach Palästina hielten sie viele Juden davon ab, am revolutionären Kampf teilzunehmen. Nach einer Zeit der theoretischen Ausbildung schickten die verschiedenen Gruppierungen der zionistischen "Linken" ihre Zöglinge nach Palästina, im allgemeinen in landwirtschaftliche Siedlungen (Kibbutzim). Ben-Gurion, Levi Eschkol, Lavon und viele andere prominente zionistische "Sozialisten", die später führende Positionen in Israel einnahmen, kamen aus diesen Parteien. Einigedieser Parteien setzen diese Tätigkeit sogar noch heute in den USA und Latein-Amerika fort, etwa Habonim ("Die Erbauer", angeschlossen an die MAPAI) und HASHOMER HATZAIR ("Der junge Wächter", angeschlossen an die MAPAM).
Die gegenwärtig in Israel bestehenden Parteien des "linken" Flügels wurden ausnahmslos vor der Enstehung des Staates Israel gegründet. Nach 1948 wurde keine neue Linkspartei ins Leben gerufen.

B. "MAPAI" (Partei der Arbeiter Eretz Israels). - Innerhalb Israels und schon zur Mandatszeit in Palästina war sie die größte und wichtigste Partei. Seit 1948 hat sie ununterbrochen die verschiedenen Regierungen Israels (mit unterschiedlichen Koalitionen) gestellt. Z. Zt. hat sie in der Regierung der "Nationalen Einheit" die meisten Ministerien. Golda Meir ist Mitglied dieser Partei.
In den drei dominierenden Machtapparaten des Staates Israel: der "Histadrut", der "Jewish Agency" und der offiziellen Regierung, war MAPAI in den beiden ersten immer die größte Gruppe - daher ihre Stellung in der Regierung. Die Machtvorteile, die sich aus dieser Position ergeben, sind im Falle Israels allumfassend. Ihre Wähler sind im allgemeinen Leute, die ihre Arbeitsplätze und Löhne verlieren können, vielleicht auch ihre Häuser und Krankenversicherungen, wenn sie anders wählen.
MAPAI ist an die II. Internationale affiliert. Sie propagierte bis 1958 den allmählichen und friedlichen Übergang zum Sozialismus. Seitdem hat sie, um mit den USA nicht in Konflikt zu geraten, von deren direkter und indirekter Unterstützung Israel bis in seine Wurzeln abhängig ist, dieses Ziel aufgegeben.
Die MAPAI ist Rußland-feindlich, unterstützte den fran-

zösischen Imperialismus in Algerien, unterstützt den US-Imperialismus in Vietnam, initiierte und nahm aktiv teil an der Suez-Kampagne. Sie ist das Rückgrat des Zionismus in Israel. Der Kampf zwischen ihren Fraktionen beruht nicht ideologischen oder politischen Differenzen, sondern auf Machtstreben.

C. "MAPAM" (Vereinigte Arbeiterpartei). -
Sie ist nach "MAPAI" die zweitgrößte Partei der zionistischen "Linken". Sie entstand in den 40er Jahren als politischer Block verschiedener Gruppen, und ist die traditionelle extreme "Linke" des Zionismus.
Die Mehrzahl ihrer Mitglieder verfocht einst eine revolutionäre Ideologie und - im Hinblick auf den Sonderfall der jüdischen Gemeinschaft in Palästina - eine friedliche Koexistenz zwischen den Klassen, bis der jüdische Staat geschaffen sei.
Als der Staat Israel proklamiert wurde, wurde die revolutionäre Ideologie fallen gelassen, es blieb die friedliche Koexistenz. Wenn sie zufällig einmal außerhalb einer Koalitionsregierung stand, so lag dies gewöhnlich nicht daran, daß sie nachdrücklich gegen irgendeine MAPAI-Politik opponierte, sondern weil MAPAI einen anderen Partner vorzog. Vorschläge von der nicht-zionistischen KP, sich einer Volksfront anzuschließen, hat sie immer abgelehnt. Dagegen hielt die MAPAM die antisozialistische Politik religiöser oder rechter zionistischer Gruppen niemals für ein Hindernis in Richtung auf eine gemeinsame Koalition in der Jewish Agency oder der Regierung. Die Hauptaufgabe der MAPAM ist es, das Wohlwollen sozialistischer Intellektueller im Westen für den Zionismus zu mobilisieren. MAPAM steht zwischen einer nationalistisch-zionistischen Praxis (z.B. die Ausbeutung arabischer Bauern, wie im Fall des Dorfes Biri'm 1952) und internationalistischen Parolen, die auf dem Kopf der MAPAM-Tageszeitung, Al-Hamischmar ("Der Wächter"), abgedruckt ist: "Dem Zionismus, Sozialismus und der Freundschaft zwischen den Nationen". Die Reihenfolge ist bezeichnend. So oft MAPAM gezwungen wurde, zwischen Zionismus und Sozialismus zu wählen, oder zwischen Zionismus und Internationalismus, wählte sie den Zionismus. Die Rechtfertigung stützt sich auf "die Einmaligkeit der jüdischen Angelegenheit". Man darf nicht vergessen, daß der Internationalismus dieser Partei nicht an ihrer Politik gegenüber den USA gemessen werden darf, sondern in erster Linie an ihrer Politik gegenüber den palästinensischen Arabern.
In ihren Parolen unterstützt MAPAM den Sozialismus, Kuba, das Volk Vietnams. Hin und wieder organisierte sie sogar eine Demonstration. Je näher die Streitfragen allerdings nach Israel rücken, desto nationalistischer wird sie. Demgemäß stand MAPAM vollständig hinter der Suez-Kampagne, ihre Minister waren in Ben-Gurions Suez-Kabinett vertreten und rechtfertigten (und tun es heute noch!) die Aggression. Später, als Ben-Gurion gezwungen wurde, die Truppen aus der Halbinsel Sinai und dem Gaza-Streifen zurückzuziehen, veranstaltete MAPAM Massendemonstrationen, auf denen sie mit Nachdruck die Annexion des Gaza-Streifens an Israel forderte.
MAPAM lehnt das Recht der palästinensischen Araber auf Selbstbestimmung und das der palästinensischen Flüchtlinge auf Repatriierung ab. Vor dem Krieg 1967 ging sie sogar so weit, einem UN-Vorschlag zu widersprechen, der einen Volksentscheid der Flüchtlinge zum Ziel hatte. Herausgefunden werden sollte, ob sie die Zahlung einer finanziellen Wiedergutmachung der Repatriierung vorziehen.
Kurz vor dem Krieg 1967 beteiligte sich diese "sozialistische" Partei an der "Nationalen Einheitsregierung" und teilt seitdem Minister-Portefeuilles mit "Herut", einer Partei, die sich in den 30ger Jahren öffentlich faschistisch genannt hat und die hauptverantwortlich für das Massaker von "Dir Yassin" im Jahre 1948 war.
MAPAM stimmte für die Annexion Ost-Jerusalems nach dem Krieg und stellt heute die Avantgarde bei der Besiedlung besetzter Gebiete, vor allem auf den Golan-Höhen. Seit dem letzten Nahost-Krieg ist sie offen anti-sowjetisch.

Teil III
Die I.S.O. und die Kommunistische Partei Israels

A. Zur Geschichte der Partei. -
Die einzige anti-zionistische Partei in Israel ist die KP. Ihre Geschichte (immer noch ungeschrieben und den meisten ihrer gegenwärtigen Mitglieder unbekannt) ist die ihrer Spaltungen über die jüdisch-arabische Frage in Palästina, und seit 1948 in Israel. Sie wurde seit dem Stalin der kommunistischen Bewegung seine nationalistische Politik aufdrückte, zwischen Zionismus und arabischem Nationalismus hin- und hergerissen.
Die KP entstand aus einer Spaltung mit der "Zionistischen Arbeiterpartei". Auf der Konferenz, die 1922 in Danzig stattfand, ging es um die Frage, ob die Partei sich der neu gebildeten "Kommunistischen Internationale" oder dem "Zionistischen Kongreß" anschließen sollte. Diejenigen, die den Zionismus wählten, wurden später die Führer der MAPAI, die anderen, die sich für den Kommunismus entschieden, gründeten die Palästinensische Kommunistische Partei (PKP). Einige ihrer Führer - wie W. Averbruch - wurden in den 20ger Jahren von den Engländern nach Rußland deportiert, wo die meisten von Stalin liquidiert wurden.
Kurz zusammengefaßt hatte die KP folgende Schwierigkeiten: die Gründer der Partei, ihre Kader, waren jüdische Immigranten aus Rußland. Entsprechend war ihre Ideologie und ihr e politische Erfahrung. Die bloße Tatsache, daß sie nach Palästina gingen, bedeutete, daß sie irgendwann Zionisten gewesen waren.
Als sie erkannten, daß sie Bestandteil einer nationalistischen, kolonisatorischen Gesellschaft waren, die eine Minderheit in Palästina darstellte und die ihrer internationalistischen und antiimperialistischen Politik wenig Sympathie bezeugte, lenkten sie ihre Anstrengungen darauf, arabische Mitglieder zu werben und die Struktur der arabischen Gesellschaft zu beeinflussen. Sie hatten aber nicht nur mit den Schwierigkeiten der arabischen Sprache, dem Studium ihrer Geschichte, ihrer Sitten usw. zu kämpfen, vielmehr wurden die Palästinenser durch die Auswirkungen des Zionismus immer nationalistischer und gerieten unter den Einfluß einer reaktionären religiösen Führung.

...veranlaßt, alle ihm zur Verfügung stehenden ... dazu zwingen, seine selbstverständlichen Rechte als natio-

So war die Chance, in der arabischen Gemeinschaft internationalistische und revolutionäre Ideen zu verbreiten, sehr gering. Sie stand zwei feindlichen, nationalistischen Massenbewegungen gegenüber, die einander mit Generalstreiks, Rebellionen und bewaffneten Untergrundbewegungen bekämpften. Dieser Wirklichkeit konnte sich die KP nicht länger verschließen und sah sich gezwungen, ihre Politik dem Streit der nationalistischen Bewegungen anzupassen. 1936 unterstützte sie den arabischen Aufstand, 1948 die Gründung Israels. Beide Entscheidungen hatten eine Spaltung zur Folge. Die letzte Spaltung der KP fand im Jahre 1965 statt, und zwar wiederum über dem Problem einer Politik gegenüber dem arabischen Nationalismus und Israel.
Beide Fraktionen sehen nicht, daß der Zionismus die Hauptursache des israelo-arabischen Konflikts ist, und verschleiern dies mit der Formel der "Anerkennung des Rechts der Juden und Araber in Palästina auf Selbstbestimmung". Beide haben Führer aus der stalinistischen Ära zu Vorsitzenden, beide wenden die alten stalinistischen Organisationsmethoden an. Es handelt sich um den Fall stalinistischer Parteien, die zwischen zwei widerstreitenden Nationalismen zerrissen werden.

1. Die "Sneh-Mikunis" Fraktion. -
("MAKI" oder Kommunistische Partei Israels genannt). -
Diese Partei hält jede fundamentale Kritik des Zionismus für irrelevant, und betrachtete bis zum Krieg von 1967 den "Status quo" von 1948/49 als endgültig. Ihre Hauptkritik gilt nicht der eigenen Regierung, sondern, und dies vor allem seit dem Krieg 1967, dem arabischen Nationalismus. Seitdem Krieg unterhält die Partei freundschaftliche Beziehungen zum zionistischen Staatsapparat und behauptet heute noch , daß die Juni-Aggression von 1967 ein gerechter Krieg der Israelis gegen die Araber gewesen sei. Die Okkupation, die sie als liberale darstellt, legitimiert sie mit den Sicherheitsbedürfnissen Israels. In der Parlementsdebatte über die Annexion Jerusalems suchte sich die Partei (heute nur noch einen Abgeordneten in der Knesset) einen opportunistischen Ausweg, indem sie sich der Stimme enthielt. Die reaktionäre Politik dieser Partei zeigt sich insbesondere darin, daß das israelische Außenministerium die Reden und Artikel der Führer dieser Partei in mehrere Sprachen übersetzt und überall verbreitet.
Nachdem die Partei zu dem Konsultativtreffen der kommunistischen Parteien im Februar 1968 in Budapest nicht eingeladen worden war, unterhält sie nur noch zur KP Italiens und Rumäniens freundschaftliche Beziehungen.

2. Die Vilner-Tuby Fraktion (Rakach oder Neue kommunistische Liste). -
Dieser Partei widerstrebt jegliche Kritik am arabischen Nationalismus. 90% ihrer Mitglieder sind Araber, und auch sie hält jede fundamentale Kritik des Zionismus für irrelevant. Diese Partei, die 3 Abgeordnete im israelischen Parlament hat, vertritt kritiklos die Politik Moskaus.

B. Die Differenzen zwischen "Rakach" und der I.S.O. -
Sie lassen sich folgendermaßen resumieren:
1) Rakach unterstützt bedingungslos die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz. Die I.S.O. kritisiert zwar manche falsche Positionen der chinesischen Politik, hält die sowjetische Koexistenzpolitik aber für opportunistisch und nicht revolutionär. Die Politik der friedlichen Koexistenz der KPdSU-Führung untersützt ihrer Ansicht nach objektiv den Drang des US-Imperialismus nach Versklavung der unterdrückten Völker.
2) Die Rakach-Partei untersützt jeden Herrschaftsapparat, der gute Beziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten hat, ungeachtet seiner Gesellschaftsordnung, während sich die Haltung der I.S.O. den verschiedenen Staaten gegenüber nur an Klassenpositionen orientiert.
3) Die Rakach-Partei, genauso wie die traditionalistischen kommunistischen Parteien, hält am parlamentarischen Weg zum Sozialismus fest, während die I.S.O. die Revolution für den einzigen möglichen Weg zum Sozialismus betrachtet.
4) Rakach ist der Meinung, daß der Frieden im Nahen Osten über die Respektierung der Souveränität und Integrität aller Staaten erreicht werden kann. Die Abschaffung des zionistischen Staates und der reaktionären und bourgeoisen Staaten im Nahen Osten, so argumentiert Rakach, sei nicht die Voraussetzung der friedlichen Regelung des arabisch-israelischen Konflikts.
Die I.S.O. betrachtet diese Politik als gefährlich und hält sie für einen revolutionshemmenden Faktor. Diese Politik verhindert den revolutionären Kampf der Völker des Nahen Ostens gegen den Imperialismus und seine Stütze, den Zionismus und die arabische Reaktion.
5) Die Rakach-Partei bekämpft den Zionismus, weil sich der Zionismus in erster Linie mit dem Imperialismus gegen die sozialistischen Länder verbündet, während die I.S.O. den Zionismus vor allem deshalb bekämpft, wei er eine nationalistische und kolonialistische Ideologie und Politik vertritt, die immer noch auf die Verdrängung und Vertreibung der arabischen palästinensischen Bevölkerung aufgebaut ist.
6) Rakach glaubt, man könne den arabisch-israelischen Konflikt auf der Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates lösen. Die vier Großmächte können dabei entscheidend wirken. Die I.S.O. ist der Überzeugung, daß eine solche Politik den Interessen aller am Konflikt beteiligten Völker schadet, und ihren antiimperialistischen Kampf sowie auch den Kampf gegen die einheimische Reaktion stark hemmt. Die I.S.O. geht von der folgenden Voraussetzung aus: Der arabisch-israelische Konflikt kann nur im Rahmen einer gesamtarabischen und jüdischen sozialistischen Revolution gelöst werden. Die siegreiche sozialistische Revolution in den arabischen Ländern liefert die demokratische Lösung nicht nur der kurdischen und süd-sudanesischen Probleme, sondern auch für die jüdische Bevölkerung Israels. Rakach lehnt diese Strategie ab und nennt diejenigen, die dafür arbeiten, antisowjetisch und Abenteurer.
7) Rakach glaubt, die Histadrut sei diejenige Arbeiterorganisation, in der sich die Agitierung und Mobilisierung der Arbeiter vollziehen muß. Für die I.S.O. ist die Histadrut eines der bürokratischen Organe des Systems. 96% der Streiks finden statt ohne die Unterstützung der Histadrut. Oft verbündet sich die Histadrut mit den Arbeitgebern, ja sogar mit der Polizei gegen die streikenden Arbeiter. Die I.S.O. vertritt die Position: Der Klassenkampf der Arbeiterklasse kann und darf nicht nur im Rahmen der legalisierten Möglichkeiten, d.h. der Histadrut, geführt werden, sondern muß in den Betrieben organisiert und ausgetragen werden.
Dazu ist es notwendig Betriebsräte zu gründen, deren Mitglieder unmittelbar von den Arbeitern und nicht, wie es heute der Fall ist, von den Parteien vorgeschlagen und gewählt werden.

Trotz dieser starken politischen Differenzen, kommt es, anläßlich bestimmter Ereignisse zu einer punktuellen Zusammenarbeit beider Gruppen. Diese punktuelle Zusammenarbeit ist vor allem das Ergebnis der heutigen politischen Lage des Landes, in der versucht wird, jegliche Kritik an der Regierungspolitik abzuwürgen oder durch polizeiliche Maßnahmen zu unterdrücken. So wurden beispielsweise lange vor den Parlamentswahlen im Oktober 1969 nicht weniger als 860 Mitglieder und Sympathisanten der Rakach von den zionistischen Behörden verhaftet und dadurch an einer aktiven Teilnahme an den Wahlvorbereitungen der Partei gehindert. Die I.S.O. beschloss, sich während des Wahlkampfes für Rakach zu engagieren. In einer in hebräischer und arabischer Sprache verfaßten Erklärung rief sie die Wähler auf, ihre Stimme der Rakach zu geben. In der Erklärung hieß es: "Unter den heutigen Verhältnissen bedeutet die Stimmabgabe für Rakach die einzige Alternative, mit der man gegen die israelische Politik protestieren kann". Zugleich wurden aber in den Aufruf die Differenzen beider politischer Gruppen dargelegt.

Der Kampf in Palästina muß zur arabischen Revolution führen !

Dieser Artikel wurde im Herbst 1969 als offizielle Stellungnahme der I.S.O. vom ZK Matzpen gebilligt.

Der Nahe Osten nähert sich einem Scheideweg. Die vier Großmächte konferieren und versuchen eine allgemein anerkannte "Lösung" zu erreichen, die sie dann den Einwohnern der Region aufzwingen werden und von der sie hoffen, daß sie die Stabilität - durch den Junikrieg 67 und seine Folgen erschüttert - wiederherstellen wird. Der Zweck des vorliegenden Artikels ist es, die Gefahren zu analysieren, die an diesem Scheideweg warten und die Zukunft der Revolution im Nahen Osten bedrohen.

Ein wichtiger neuer Protagonist ist auf der politischen Bühne des Nahen Ostens erschienen: die Palästinenser. Zwar sind sie einige Jahre vor dem Junikrieg schon selbständig in Erscheinung getreten, aber der eigentliche Anstoß kam erst danach. Positiv ist dabei, daß die palästinensiche Bewegung einen Kampf, der vorher zwischen Regierungen ausgetragen wurde, in einen Massenkampf verwandelt hat. Beinahe zwanzig Jahre waren die Palästinenser ein Objekt der Geschichte gewesen, passiv Errettung erwartend von den arabischen Staaten im allgemeinen oder von den "progressiven" arabischen Staaten, besonders Ägypten unter der Führung von Abd Al-Nasser.

Der Krieg von 1948 enthüllte den Bankerott der Führung der alten Mittelklasse und Landbesitzer in der arabischen Nationalen Bewegung. Als Ergebnis kam eine neue Führung - die Kleinbourgeoisie-ans Ruder; sie stürzte das alte Regime in einigen arabischen Ländern und errang erhebliche Erfolge im antiimperialistischen Kampf.

Aber der Junikrieg 1967 offenbarte die Grenzen dieser Führung; Grenzen, die aus ihrer Klassennatur und ihrer nationalistischen Ideologie resultieren. Unter anderem bewies sie ihre totale Unfähigkeit, die palästinensiche Frage zu lösen. Trotz sowjetischer Unterstützung befinden der Nasserismus und der Baathismus sich in einem Zustand politischen Bankerotts.

Auf diesem Hintergrund kann man das Auftauchen des palästinensichen Massenkampfes verstehen. Wie oben erwähnt wurde ist das Auftauchen dieses neuen Faktors ein positives Phänomen. Aber man kann auch einen gefährlichen und negativen Zug in ihm wahrnehmen. Einige Teile der palästinensichen Bewegung sind der Ansicht, daß die palästinensichen Massen "alleine gehen können und sollen" und ihr Problem selbst lösen, getrennt vom allgemeinen arabischen revolutionären Kampf. Die dieser Ansicht sind, stellen das Problem lediglich als ein palästinensisches dar, das in einem nur palästinensischen Rahmen gelöst werden kann. Die frühere passive Haltung, Rettung von anderen erhoffend, läuft Gefahr, durch eine eng lokalistische Haltung ersetzt zu werden. Die einzige Hilfe, die man von der übrigen arabischen Welt erbittet, ist Hilfe für die palästinensiche Front selbst. Diese Haltung mißachtet die Verbindung zwischen dem palästinensichen Kampf und dem in der arabischen Welt als ganzer und steht deshalb auf dem Standpunkt: "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten".

Die arabischen Regierungen ermutigen diese Haltung. Schon die bloße Mobilisierung der Massen in den arabischen Ländern - auch wenn nur für die palästinensiche Sache - bedroht die bestehenden Systeme. Diese Regimes möchten deshalb den palästinensischen Kampf isolieren und ihn ganz den Palästinensern überlassen. Die arabischen Regierungen - sowohl die reaktionären als auch die "progressiven" - versuchen mit einem Lösegeld für die palästinensischen Organisationen Stabilität für ihre Regimes zu erkaufen. Ferner wollen die Regierungen diese finanzielle Hilfe dazu benutzen, den palästinensischen Kampf nach ihren eigenen, politisch passenden Linien zu steuern, ihn zu manipulieren und ihn nur als Mittel dazu benutzen, um eine für sie akzeptable politische Lösung auszuhandeln. Die ägyptische, syrische und jordanische Regierung ist hauptsächlich daran interessiert, die Gebiete wiederzugewinnen, die sie im Junikrieg verloren hat (und so ihr verlorenes Prestige wiederzuerlangen und ihre Autorität zu konsolidieren), während die Palästinafrage nur sekundär ist, ein Mittel eher als ein Ziel. Das meinen die arabischen Regierungen, wenn sie die "Liquidierung der Ergebnisse der Aggression" verlangen.

Es ist klar, wenn die arabischen Regierungen ihr Ziel erreichen (z.B. durch die Vier Großmächte), werden sie bereit sein, die Palästinenser fallenzulassen und sogar eine aktive Rolle bei der politischen und physischen Liquidierung der palästinensischen Bewegung zu übernehmen. Die Vier Großmächte werden darauf wahrscheinlich als einer Bedingung für ein politisches Übereinkommen be-

stehen.
Wie die Folgen des Krieges von 1948 den Hintergrund für den Sturz der alten nationalen Führung in der arabischen Welt und für das Auftauchen der kleinbürgerlichen Führung abgegeben haben, so haben die Folgen des Kriegs von 1967 die Lage so vorbereitet, daß diese Führung durch eine neue ersetzt wird, die eine neue Klasse vertritt. Seit die besitzenden Klassen sich als unfähig erwiesen haben, die sozialen, politischen und nationalen Probleme der arabischen Welt zu lösen, ist es offensichtlich geworden, daß nur die ausgebeuteten Massen selbst unter der Führung der Arbeiterklasse fähig sind, ihre historischen Probleme zu lösen. Aber das Vorhandensein entsprechender objektiver Bedingungen bedeutet nicht, daß diese Führung automatisch entstehen wird. Denn das erfordert auch noch einen subjektiven Faktor - eine politische Organisation mit einer revolutionären Theorie und einer umfassenden arabischen Strategie.
Es ist jedoch gerade das Bedürfnis nach politischer Arbeit und einer umfassenden arabischen revolutionären Strategie, das von einigen wichtigen Teilen der palästinensischen Bewegung ausdrücklich abgelehnt wird. Sie verteidigen die Beschränkung des Kampfs auf die palästinensische Front allein und seine Beschränkung auf bewaffnete Aktionen ohne politisches Programm.
Theoretische Überlegungen und solche über das Gleichgewicht der Kräfte zeigen die Unmöglichkeit, das Palästinaproblem in einem begrenzten palästinensichen Rahmen zu lösen.
Was ist das Gleichgewicht der Kräfte? Das palästinensische Volk führt einen Kampf, in dem es dem Zionismus gegenüber steht, der vom Imperialismus unterstützt wird; im Rücken werden sie von den arabischen Regimen und der arabischen Reaktion bedroht, die auch vom Imperialismus unterstützt wird. Solange der Imperialismus seine Interessen im Nahen Osten hat, wird er wahrscheinlich seine Unterstützung für den Zionismus, seinen natürlichen Alliierten, nicht zurückziehen und seine Vernichtung nicht erlauben; er wird ihn bis zum letzten Tropfen arabischen Öls verteidigen. Zum anderen kann die Herrschaft des Imperialismus in diesem Gebiet nicht gestürzt werden, wenn nicht auch die Handlanger der imperialistischen Ausbeutung, die herrschenden Klassen in den arabischen Staaten, gestürzt werden. Der Schluß, der daraus gezogen werden muß, ist nicht, daß das palästinensische Volk ruhig warten sollte, bis die imperialistische Herrschaft im ganzen Gebiet gestürzt ist, sondern daß es sich zu einem umfassenderen Kampf für die politische und soziale Befreiung des Nahen Ostens als Ganzem sammeln muß.
So wie es in Praxis unmöglich ist, den Zionismus zu besiegen, ohne die imperialistische Herrschaft im ganzen Gebiet zu stürzen, so ist es theoretisch absurd, Rezepte zur Lösung des Problems nur innerhalb des Gebiets Palästinas anzubieten. Es ist klar: ohne den Sturz des Imperialismus in diesem Gebiet kann es weder die Dezionisierung Israels noch die Errichtung eines Palästina ohne Zionismus geben. Ist der Imperialismus gestürzt, was ist dann der Sinn einer Lösung, die sich nur auf Palästina bezieht, und die die Veränderungen, die dann zwangsläufig im ganzen Nahen Osten stattfinden werden, außer Betracht läßt?
Letzten Endes leitet sich die Formel, die sich auf Palästina allein beschränkt, trotz des revolutionären Anscheins, von einer reformistischen Haltung her, die nach Teillösungen innerhalb des Rahmens der jetzt in diesem Gebiet herrschenden Bedingungen sucht. Tatsächlich können Teillösungen nur durch einen Kompromiß mit dem Imperialismus und Zionismus ausgeführt werden.
Außerdem können die Lösungen, die sich auf Palästina beschränken, das nationale Problem nicht erfolgreich anpacken. Die Parole von einem unabhängigen demokratischen Palästina, dessen Bürger sich alle ohne Rücksicht auf die Religion, gleicher Rechte erfreuen, hat zwei Fehler. Einerseits deutet sie die Schaffung einer neuen separaten palästinensischen Nation an, deren Mitglieder sich voneinander nicht national, sondern nur der Religion nach unterscheiden. Die Verfasser dieser Parolen sind sich selbst der Absurdität bewußt, die Palästinenser von der übrigen arabischen Nation zu trennen; deshalb beeilen sie sich hinzuzufügen, daß "Palästina ein Teil des arabischen Vaterlands ist". Dies sieht verdächtig nach dem alten Slogan vom "arabischen Palästina" aus, in einem neuen und unbestimmteren Gewand herausgeputzt.

Diese Haltung resultiert aus einer Mißachtung des nationalen Problems im allgemeinen und der israelischen Realität im besonderen. Es ist wahr, daß die in Israel lebenden Juden sich dort unter dem Einfluß und der Führung des Zionismus ansiedelten und daß sie die Palästinenser unterdrückt haben und noch unterdrücken. Aber es ist unmöglich, die offenkundige Tatsache zu ignorieren, daß dieses Gemeinwesen heute eine nationale Einheit darstellt (die sich vom Weltjudentum einerseits und den palästinensichen Arabern andererseits unterscheidet), mit einer eigenen Sprache und eigenem wirtschaftlichen und kulturellen Leben.
Um das palästinensiche Problem zu lösen, muß dieses Gemeinwesen (oder wenigstens ein wesentlicher Teil davon) vom Einfluß des Zionismus gelöst und für einen gemeinsamen Kampf mit den revolutionären Kräften in der arabischen Welt für die nationale und soziale Befreiung des gesamten Gebiets gewonnen werden. Aber natürlich kann das nicht erreicht werden, wenn man die Existenz dieses Gemeinwesens als nationale Einheit ignoriert.
Dieses Problem kann nicht in dem engen Rahmen Palästinas gelöst werden. Wenn man an einen einfachen, demokratischen Staat denkt - "ein Mann, eine Stimme" - dann wird es tatsächlich ein Staat mit einer jüdischen Mehrheit, und nichts wird ihn daran hindern, wie der jetzige Staat Israel zu sein; aber er wird ein größeres Territorium und eine größere arabische Minderheit haben. Wenn man an einen binationalen Staat denkt, so wird er eine künstliche Schöpfung sein, die die palästinensischen Araber von der übrigen arabischen Welt trennt und von dem revolutionären Prozeß, der darin stattfindet. Außerdem gibt es in einer binationalen Struktur keine inhärenten Garantien dafür, daß eine der beiden nationalen Gruppen die andere nicht beherrschen würde. All das bezieht sich auf Vorschläge zur Lösung, die bei der gegenwärtigen Lage im Nahen Osten durchführbar sind, d.h. keine umfassende soziale Revolution voraussetzen.
Wenn man andererseits die Situation nach einer siegreichen sozialen Revolution in Betracht zieht, dann wird kein separates Palästinaproblem bestehen, sondern eher

das Problem der verschiedenen in der arabischen Welt lebenden Gruppen (Kurden, israelische Juden, Südsudanesen). Dieses Problem kann nur gelöst werden, wenn man diesen Nationalitäten das Recht auf Selbstbestimmung garantiert. Natürlich bedeutet die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung nicht eine Ermutigung zur Separation; im Gegenteil, sie liefert die korrekte Basis zur Integration ohne Zwang oder Repression. Ferner ist Selbstbestimmung im Nahen Osten unmöglich, solange dieses Gebiet unter direkter oder indirekter imperialistischer Herrschaft steht, sondern erst nachdem es von jeglichem imperialistischen Einfluß befreit ist, d.h. nach einer siegreichen sozialistischen Revolution. Insbesondere setzt dies den Sturz des Zionismus voraus.

Um zusammenzufassen: die bestehenden objektiven Bedingungen ermöglichen und erfordern die Schaffung einer revolutionären Massenbewegung, von der Arbeiterklasse geführt, geleitet von einer revolutionären marxistischen Theorie und handelnd nach einer arabischen Gesamtstrategie, die die nationalen Rechte der innerhalb der arabischen Welt lebenden Minoritäten anerkennt und fähig ist, ihre Massen zu einem gemeinsamen Kampf für die nationale und soziale Befreiung des gesamten Gebiets heranzuziehen.

Zur Frage des Antisemitismus

Der Antisemitismus, sowie er sich vor allem in Mittel- und Osteuropa seit Ende des letzten Jahrhunderts manifestiert hat, ist nur zu begreifen, wenn wir uns Klarheit sowohl über die historische Entwicklung der Juden als auch der Europas verschaffen.

Die gängige Erklärung für die Erhaltung der Juden als solche ist, daß die Religionsgemeinschaft, die sie angeblich bilden, genügend stark gewesen sei, um einer Assimilation unter den anderen Völkern zu entgehen. Die Ursache für die Erhaltung der Juden liegt sicher nicht in ihrer Religion, sondern in der sozio-ökonomischen Funktion, die die Juden in den verschiedenen Gesellschaften eingenommen haben.

Eine weitere, genauso häufige Erklärung für die Erhaltung der Juden, besagt, daß die Umwelt, in der die Juden seit ihrer Vertreibung oder Auswanderung aus Palästina lebten, sich ständig ihrer Integrierung widersetzt haben. Dies trifft aber nur für ganz bestimmte Perioden und auch dann nicht für grundsätzlich alle Juden zu.

Bevor wir auf den Antisemitismus eingehen werden, soll anhand einer kurzen historischen Skizze nachzuweisen versucht werden, daß die Juden sich nicht t r o t z der Geschichte, sondern gerade w e g e n der Geschichte als Juden haben erhalten können.

Für jede Periode der Geschichte haben wir die Frage zu stellen: wie war die gegebene Gesellschaft strukturiert, und welches war die genaue Stellung, die die Juden in ihr einnahmen?

Zunächst jedoch muß noch eine andere Frage vorangestellt werden: läßt sich die endgültige Vertreibung der Juden aus ihrer Heimat im Jahre 70 n. Chr. etwa als Fluch Gottes oder Verbannung ansehen? Hier muß betont werden, daß schon lange, bevor die Römer Jerusalem einnahmen, etwa 70% der damaligen Juden nicht mehr in Palästina lebten. Sie kamen zum großen Teil aus der babylonischen Gefangenschaft (6. Jh. v. Chr.) nicht mehr nach Palästina zurück, sondern blieben entweder in Mesopotamien oder gingen in andere grosse Städte der damaligen Zeit. Der Grund für die selbstgewählte Emigration der meisten Juden aus dem damaligen Palästina ist durch zwei Tatsachen leicht zu erklären:

1. die geographischen Bedingungen Palästinas: ein Land mit viel Gebirge und Wüste, sowie mangelhaften Wasserreserven machte es einer immer größer werdenden Bevölkerung zunehmend schwieriger, ihren Unterhalt zu besorgen.

2. die geographische Lage Palästinas: gelegen zwischen den beiden mächtigen Wasserströmen Nil und Euphrat, war Palästina als Handelsknotenpunkt ständigen Kriegen ausgesetzt, die wie im Fall des persischen Überfalls im 7. Jh. v. Chr. oder später der Griechen und Römer, die einheimische Bevölkerung stark in Mitleidenschaft zogen oder gar als Sklaven abtransportierten.

Völker, die in bestimmten historischen Epochen sich zum Wandern gezwungen sehen und von mächtigen, mehr oder minder stabilen Bevölkerungen umkreist sind, stehen vor zwei Alternativen: sich als Söldner an die mächtigeren Reiche zu verkaufen (wie die Schweizer im Mittelalter oder die Albanier im 19. Jh.) oder sich als Händler in den von ihnen gewählten Gebieten niederzulassen (wie es Juden und Armenier beispielsweise getan haben).

Es muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß hier nicht etwa die ethnischen Merkmale eines Volkes ausschlaggebend sind für die Tätigkeiten, die es ausübt, sondern daß - wie gezeigt - ähnliche Umgebungen die Tendenz haben, ähnliche Eigenschaften unter Menschen verschiedener Rasse hervorzubringen.

Bis zur arabischen Invasion Palästinas im 7. Jh. bildeten immer noch die Juden die Mehrheit in diesem Lande. Erst danach vollzog sich in Palästina der auch in anderen Ländern bekannte Prozess der Arabisierung. Sowie Ägypten seinen kptisch-hellinistischen Charakter vollkommen verlor,

Ländern bekannte Prozess der Arabisierung. So wie Ägypten seinen koptisch-hellenistischen Charakter vollkommen verlor, so verlor Palästina endgültig seinen israelitischen Charakter.

Im Unterschied zu den Juden, die Palästina verlassen hatten, vollzog sich unter den Verbliebenen eine vollkommene Assimilation, d.h. Arabisierung. Der Grund hierfür ist in der Tatsache zu sehen, daß die Juden Palästinas innerhalb der damaligen Gesellschaft keine besondere ökono-

nische Funktion ausgeübt hatten, sondern etwa proportional in allen Bereichen zu finden waren.
Wir werden nun sehen, daß gerade die Tatsache, daß die Juden außerhalb Palästinas zu einer V o l k s k l a s s e wurden (d.h. zu einem Volk mit einer fast 100 %igen einheitlichen ökonomischen Position) der Grund für ihre Erhaltung durch die Jahrhunderte hindurch war. Überall wo dieser Fall nicht eintrat, wurden die Juden vollkommen assimiliert.

Die Juden in der Antike

Die soziale Struktur des hellenistischen oder römischen Reichs erklärt zur Genüge die Möglichkeiten, die sich für die Einwanderer aus anderen Völkern in diesen Ländern anboten. Die im Luxus lebenden Oberschichten, vorallem in Rom der Kaiser, bedurften einer Händlerschicht, die insbesondere die Luxusgüter aus dem Osten zugänglich machen sollte. Die großen Händler der damaligen Zeit waren die Syrier (Phönizier), die Ägypter und Juden. Schon während der hellenistischen Periode kam es in Städten wie Alexandria, Selucia, Cyrene zu Kämpfen zwischen dieser wirtschaftlich privilegierten Schicht. Die Dokumente der Antike beweisen, daß schon in den ersten Jahrhunderten n. Chr. die Juden zu einem Volk wurden, indem nur noch mit Ausnahmen eine Klassendifferenzierung feststellbar war (bedeutende Ausnahmen bildeten, wie gesagt, die Juden in Palästina, aber auch in anderen Teilen Arabiens und Nordafrikas) . Der Untergang des röm. Reiches hängt eng zusammen mit dem immer mehr stagnierenden Handel, der im dritten Jahrhundert fast vollkommen zum Erliegen kam, und dem allmählichen Übergang zur Naturalienwirtschaft, die typisch sein sollte für das heranreifende Mittelalter.

Die Juden im Mittelalter

Diese Periode, die sich vom 5. bis ungefähr 12. Jh. erstreckt, stellt ohne Zweifel eine Glanzperiode für die Juden da. Dokumente dieser Jahrhunderte erwähnen das Vorhandensein jüdischer Kolonien vorallem in Spanien und Frankreich, in Ländern die zum Zentrum jüdischen Lebens werden. Sie treiben hier den Haupthandel zwischen Ost-und Westeuropa, der innerhalb der feudalen Wirtschaftsstruktur nur Handel mit Luxusgütern sein konnte. Ihre soziale Stellung ist für die Verhältnisse des Mittelalters außerordentlich privilegiert, sie gehören zu den oberen Gesellschaftsschichten und ihre juristische Lage war kaum von der des Adels zu unterscheiden. Ihre ökonomische Funktion als Händler erlaubte es ihnen, in dieser Periode Handelskapital zu akkumulieren. Der jüdische Händler investierte sein Kapital nicht in der Produktion, wie es einige Jahrhunderte später das aufkommende Bürgertum der mittelalterlichen Städte tun sollte. Die Akkumulation von Handelskapital machte die Juden noch im Mittelalter zum einzigen Element der damaligen Gesellschaft , das in der Lage war den finaziell bedrängten Königen und Fürsten Geld zu leihen. So mußte sich zu dem Händler eine zweite Person gesellen: der Wucherer. Handelskapital und Wucherkapital sind die einzigen Kapitalformen, die in allen vorkapitalistischen Gesellschaftsformen zu finden sind und fast ausnahmslos von ein und derselben Person getragen werden.

Aufstieg des Bürgertums

Mit dem Aufkommen bürgerlicher Schichten, die allmählich die Naturalienwirtschaft durch die Produktion von Waren ersetzten, d.h. von Gütern, die für den Tausch auf dem Markt bestimmt sind, ist für die Juden die Glanzperiode engültig vorbei. Christlicher Handel, auf Tausch und Entfaltung der eigenen Produktion ausgerichtet, gerät in einen unversöhnlichen Widerspruch mit den veralteten Formen jüdischen Handels der auf Konsum und nicht auf Entfaltung beruhte. Dieser Kampf vollzieht sich vom 11.-13. Jh. und wird am deutlichsten sichtbar in den Kreuzzügen, die als eine Kampfform für die allmähliche Öffnung Europas und des Ostens für die neuen Handelsformen verstanden werden müssen. In diesem Zusammenhang kommt es zu den ersten gewaltigen Verfolgungen von Juden, die aber keineswegs mit dem Antisemitismus moderner Prägung zu verwechseln sind.
Den Juden verbleibt allmählich nur noch die Rolle des Wucherers. Als solcher geriet der Jude mit ausnahmslos allen Gesellschaftsschichten in Konflikt. Trotz der hohen Steuern, die er an Könige und Fürsten zahlen mußte, waren manche Königshäuser und Teile des Adels an Juden so sehr verschuldet, daß sie sich erst durch Konfiskationen ihrer Güter und später durch ihre endgültige Austreibung (in England im 13. Jh., Frankreich im 14. und Spanien im 15. Jh.) ihrer entledigten. Die Verschuldung von Bauern und Handwerkern an Juden führte zu den ersten Pogromen. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Vertreibung der Juden aus den westlichen Ländern nie möglich gewesen wäre, wenn nicht zur gleichen Zeit das Wucherkapital immer überflüssiger geworden wäre; die neuen Produktionsformen benötigten vorallem Kapital für die Produktion und Zirkulation, um Handel und Industrie voranzutreiben.
Die Vertreibung der Juden aus den westeuropäischen Ländern führte sie in die Länder, indenen sich die kapitalistische Produktionsweise noch nicht hatte durchsetzen können, d.h. vorallem nach Osteuropa.
In der Ukraine, in Weißrußland und Litauen übernehmen die Juden eine Vermittlerrolle zwischen den Feudalherren und den Bauern. Infolge der primitiven Produktionsformen läßt sich ein kleiner Teil der Juden im Handwerk nieder, andere gehen wieder zum Handel über. Solange der Feudalismus das Gesellschaftsleben Osteuropas bestimmte, konnte von einer Judenverfolgung in diesem Teil Europas nicht die Rede sein. Erst durch die verspätete, sich nur langsam durchsetzende Industrialisierung und Kapitalisierung dieser Länder setzt für die Juden der gleiche Prozess ein, den wir in Westeuropa während des 11.12. und 13. Jh. gesehen haben.
Es ist die Periode der uns bekannten Verfolgungen und Pogrome in Polen und Rußland während des 19. und beginnenden 20. Jh. Es bedurfte erst der Zerstörung einer bestimmten Gesellschaftform, die die Grundlagen sämtlicher gesellschaftlichen Klassen umzustrukturieren drohte, damit die jüdische Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wurde.
Nach der Bauernreform von 1863 in Rußland, die zu den

ersten Industrialisierungswellen in diesem Land führt, beginnt der riesige Sprung der Bauern in die Städte.
Da die Lebensgrundlagen für die Juden in vielen Dörfern immer schlechter werden, wandern auch diese in die Städte ab, und ein nicht geringer Teil von ihnen wird dem Prozess der Proletarisierung unterworfen. Jüdische lohnabhängige Arbeiter lassen sich vorallem in der Konsumgüterindustrie während dieser Zeit finden. Es ist also die kapitalistische Produktionsweise, welche die Juden als einheitliche Klasse auflöst; erst jetzt beginnt sich unter den Juden eine Klassendifferenzierung durchzusetzten.

Der Antisemitismus moderner Prägung

Hunderttausende von Juden jedoch beginnen erneut nach dem Westen auszuwandern, um sowohl den Verfolgungen als auch den harten Lebensbedingungen zu entrinnen.
Diese neue Einwanderungswellen von Ostjuden sind der Grund , der die vollkommene Assimilation der Westjuden erschwert und verhindert.
Die Masseneinwanderung von Ostjuden seit Beginn dieses Jahrhunderts nach Mitteleuropa verursachte eine starke antisemitische Bewegung unter den Mittelklassen dieser Länder. Am deutlichsten wurde dies in Wien, wo Anfang des 19. Jh. nur einige hundert Juden lebten, ihre Zahl bis Anfang des 20. Jh. aber auf etwa 147 000 anstieg.
Träger dieses Antisemitismus war das durch die monopolitische Entwicklung des Kapitalismus wirtschaftlich gefährdete Kleinbürgertum, das in diesem Prozess der Proletarisierung ausgesetzt war. Die zuströmenden kleinbürgerlichen jüdischen Massen, die versuchten, sich als solche innerhalb der Gesellschaft zu erhalten, führten zur verschärften Konkurrenz und zu einem unerbittlichen Haß. Es ist vollkommen falsch, die Großindustrie als Trägerin des modernen Antisemitismus zu bezeichnen. Sie sollte erst später diesen kleinbürgerlichen Antisemitismus benutzen, und zwar in dem Augenblick, als ihre Klassenherrschaft ernsthaft gefährdet war. Durch den Mythos vom "Jüdischen Kapitalismus" gelang es der Großindustrie, vor allem in Deutschland, den antikapitalistischen Geist des Kleinbürgertums in die Bahnen des Rassismus zu lenken, um damit freies Feld für ihre eigenen imperialistischen Ziele zu schaffen. Ist der wahre Grund der imperialistischen Expansionspolitik das Bedürfnis nach kontinuierlicher Schaffung neuer Märkte, so ist die Ideologie des Rassismus die Maske, unter der sich dieses Expansionsbestreben verbirgt. Während die Großindustrie um die Schaffung äußerer Märkte kämpft, kämpft das Kleinbürgertum um die Ausdehnung des inneren Marktes. Dieser Kampf wird nicht mehr als wirtschaftlicher begriffen, sondern durch die faschistische Ideologie in einen Rassenkampf umgemodelt; es geht nicht mehr um die Erhaltung von Groß-und Kleinbürgertum, sondern um die Erhaltung der "Herrenrasse", sowohl nach innen als auch nach außen.
Um den Antisemitismus moderner Prägung verstehen zu können, muß an zwei Momenten unbedingt festgehalten werden:

1. der durch die Jahrhunderte hindurch erworbenen kleinbürgerlichen Gesellschaftsposition der Juden
2. an der Angst des Kleinbürgertums, in der Phase des Monopolkapitalismus proletarisiert zu werden.

Das Kleinbürgertum steht seit den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft in einem Widerspruch, der uns die Tendenz zur faschi
der uns die Tendenz zur faschistischen Ideologie
deutlich macht. Es stellt eine kapitalistische Klasse dar, d.h. eine Klasse, die auf Beibehaltung von Privateigentum beharrt, andererseits aber begreift, daß gerade die Dynamik des Kapitalismus ihre Klassensituation zu zerstören droht.
Das Kleinbürgertum versucht antikapitalistisch zu handeln, ohne selbst bereit zu sein, sich als kapitalistische Klasse aufzugeben.
Im Rassismus findet nun diese Klasse ihren letzten Ausweg. Der Glaube an die Überlegenheit der eigenen Rasse widerspiegelt genau die Interessen und Illusionen dieser Klasse.
Fasziniert von der faschistischen Ideologie, die die Zerschlagung des "big business", der Börsen, Trusts und Warenhäuser verspricht (all diese Einrichtungen stellt die faschistische Ideologie als der eigenen Rasse wesensfremd und verjudet dar) und somit zur Erhaltung ihrer eigenen sozio-ökonomischen Lage beitragen würde , schlägt sich das Kleinbürgertum auf die Seite der Großindustrie, um der angeblich oder wirklich bestehenden Gefahr einer proletarischen Revolution ein Ende zu machen. Ist erst einmal die Gefahr einer proletarischen Umwälzung gebannt, so wird auch das Kleinbürgertum für die imperialistischen Ziele der Großindustrie eine Bürde. Trotz all der Versprechungen der nationalsozialistischen Propaganda ist es gerade während der faschistischen Herrschaft zur einer ungeheueren Kapitalkonzentration und einer massenhaften Proletarisierung des Kleinbürgertums gekommen, um die industriellen Kriegsvorbereitungen überhaupt erst voranzutreiben.

Zionismus und Judenfrage

Der Zionismus stellt einen Versuch dar, die Judenfrage zu lösen. Solange die Juden in einer feudalistischen Gesellschaft leben, dachten sie genau so wenig wie heute die Juden der westlichen Welt (vor allem der USA) an eine Rückkehr nach "Zion". Es ist der moderne auf rein wirtschaftlicher Konkurrenz basirende Antisemitismus der zum besten Agitator der zionistischen Ideologie wurde.
Die nationalen Bewegungen in Europa waren eng mit der aufsteigenden Phase des Kapitalismus verknüpft; in ihr wurden die ökonomischen Grundlagen für die Integration der jüdischen Bourgeosie in die bürgerliche Gesellschaft gelegt. Der politische Zionismus ist nicht - wie seine Theoretiker gerne behaupten - mit den anderen nationalen Bewegungen in Europa zu vergleichen. Ihre Entstehungsbedingungen sind voneinander vollkommen verschieden. Waren die bürgerlich nationalen Bewegungen politischer Ausdruck des sich entfaltenden Kapitalismus, so ist der Zionismus das Produkt der imperialistischen Ära. Aus dieser Tatsache erklären

sich die Widersprüche der zionistischen Ideologie, ihre mystische Behauptung des "ewigen" Antisemitismus, ihre statische und kleinbürgerliche Weltanschauung.
In einer Zeit, wo die proletarischen Massen sich in immer größerem Umfang in den Parteien der 2. Internationale organisierten, nahm auch das jüdische Proletariat aktiv an den Kämpfen der Arbeiterklasse teil in der Überzeugung, daß die bürgerliche Gesellschaft unfähig sei, die Judenfrage zu lösen. Indem die Zionisten die gesellschaftlichen Grundlagen des Antisemitismus leugneten, verneinten sie auch die gemeinsamen Interessen von Juden und allen anderen Unterdrückten, besonders der Arbeiterklasse. Da die Lösung in Palästina erreicht werden sollte, bot der Zionismus kein Programm für den Kampf der Juden als integralen Bestandteil des Klassenkampfs innerhalb der verschiedenen Länder, in welchen Juden lebten. Da er versucht, die jüdischen Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten, ist der Zionismus ein organisiertes Ablenkungsmanöver.
Die materiellen Vorraussetzungen stehen dem Zionismus als Lösung der Judenfrage direkt entgegen.
Er will diese erreichen, ohne jene zu schaffen. Er bekämpft den Rassismus und die nationale Diskriminierung nicht als Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse und verläßt damit auch die Ebene derer, die er "bekämpft" nicht.

Zionismus und Antisemitismus

Die Beziehung zwischen Zionismus und Antisemitismus ist in emotionale Nebelschwaden gehüllt, die viele Menschen, darunter auch Juden, davon abschrecken, ihre Kritik am Zionismus zu äußern.
Dieses Widerstreben ist den zionistischen Propagandisten wohl bekannt, und sie reiten unablässig darauf herum. Dieses Herumreiten läßt sich oft von emotionaler Erpressung nicht mehr unterscheiden.
Der Zionismus ist aus zwei sozialen Kräften hervorgegangen: den armen jüdischen Massen im zaristischen Rußland, deren Leben und Lebensunterhalt ständig bedroht waren; dem jüdischen Mittelstand Westeuropas, der zwar in die Wirtschaft, nicht aber in die Gesellschaft integriert war.
In Osteuropa ging es um einen Kampf für bürgerliche Rechte, in Westeuropa für Integration. Beide Aspekte sind dem Kampf der amerikanischen Neger verwandt, und zwar nicht nur äußerlich. Als die Kämpfe für bürgerliche Rechte und Integration erfolglos blieben (der erste, weil das zaristische Regime die Juden vorsätzlich als Prügelknaben benutzte; der zweite, weil weder Bürgerrechte, wirtschaftliche Wohlfahrt und Aufklärung eine schnelle soziale Integration hatten schaffen können), verzweifelten viele Juden an ihren ursprünglichen Zielen und suchten nach neuen. Dies fand man leicht in einer neuen Illusion, welche die alte Desillusion als Ausgangspunkt nahm. Sie verallgemeinerte die vorangegangenen Niederlagen und stellte fest, daß die Verfolgung von Minderheiten der menschlichen Psychologie nun einmal innewohne, daß also alle Versuche, sie durch Gesetzgebung, Erziehung, Integration zu überwinden, zum Scheitern verurteilt seien. Sie erklärten, daß es zwecklos sei, ein Phänomen zu bekämpfen, welches der menschlichen Natur verhaftet sei; vielmehr müsse man sich mit diesem unvermeidlichen ewigen Übel abfinden.

Der Begründer des politischen Zionismus, ein westlicher assimilierter Jude, der durch die "Dreyfuss-Affaire" schockiert wurde, kam zu folgender Schlußfolgerung über den Antisemitismus: "In Paris also gewann ich ein freieres Verhältnis zum Antisemitismus, den ich historisch zu verstehen und zu entschuldigen anfing. Vor allem erkannte ich die Leere und Nutzlosigkeit der Bestrebungen "zur Abwehr des Antisemitismus"." (Theodor Herzls Tagebücher, 1. Bd., Berlin 1922, S. 6-7).
Dieser pessimistische Ausgangspunkt, der eine unveränderliche, an sich schlechte "menschliche Natur" voraussetzt, wird von offiziellen zionistischen Sprechern abgewandelt, gemäßigt und verwässert. Aber von jenen, die auf Takt, Taktiken oder Diplomatie keine Rücksicht nehmen brauchen, wird er klar und laut verkündet. Das folgende Zitat ist ein typisches Beispiel;
"Die Generation, in welcher der Zionismus geboren wurde, hatte großes Vertrauen auf menschlichen Fortschritt und Brüderlichkeit. Sie akzeptierte Rousseaus Theorie, daß die menschliche Natur grundsätzlich gut ist: laß die Menschen anständig leben, und die menschliche Gesellschaft wird eine Gesellschaft von Engeln werden...
Die Minderheit muß erkennen, daß die menschliche Natur grundsätzlich schlecht ist, daß das Wesen und die Natur des Menschen an sich so geschaffen sind, daß eine stärkere Mehrheit eine Minderheit stets so behandelt, wie es ihr gerade paßt. Gelegentliche Wogen von Liberalismus haben nur temporären Charakter.... Keine Erziehung, kein Fortschritt, kein Liberalismus und Humanismus können die Minderheit retten, wenn die schreckliche Stunde kommt." (Jushua Bar-Yossef in "Yediot Aharonot" 12.1.68).
Abgesehen von der verständlichen Neigung einer verfolgten Minderheit, Verfolgung zu verallgemeinern und sie zu einem "Naturgesetz" zu erheben, gibt es eine andere Strömung im Zionismus, die selbst eine erfolgreiche Integration und Assimilation als Katastrophe betrachtet. Oft sind diese beiden Elemente miteinander verflochten, aber gelegentlich verachtet letzteres das erste, weil es den Zionismus als eine Antwort auf Pressionen von außen begreift und nicht als eine angemessene Fortsetzung des jüdischen Nationalismus. Dieser Standpunkt wird im folgenden ausgedrückt:
"Die Wurzel allen Übels in der (jüdischen) Geschichte liegt in der französischen Revolution und in der verdammten Emanzipation. Der Zionismus ist uns aufgedrängt worden. Die meisten Menschen sind hier (in Israel), weil sie sonst nirgends leben konnten, weil sie sich nicht assimilieren konnten. Warum gibt es keine Masseneinwanderung tausender von Juden nach Palästina, jetzt, wo wir es wieder haben? Man erzähle mir nicht, daß sei der Fehler der "Jewish Agency" oder es gäbe keine ökonomischen Mittel. Die Diaspora ist tief in uns verwurzelt, und das religiöse Judentum hat die Auferstehung in Palästina nicht vorangetrieben. Das war Herzl, Jabotinsky und Ben Gurion überlassen, und sie waren die Produkte einer Emanzipation, die Pleite gemacht hat. Daher auch all unsere anderen Komplexe wie " hier sind wir", "wir sind progressiv",

"wir sind humanitär", etc. etc., all das liegt daran, daß die beiden großen Revolutionen, die Französische und die Russische, das Banner der Integration, der Assimilation und des Kosmospolitismus trugen, Ideen, die wir mit als erste akzeptierten, und als wir hierher kamen, war uns das unangenehm. Weil wir dort scheiterten und nun hier sind, erfüllt uns unser Verhältnis zu den Arabern, zum Militarismus und zum Krieg mit Unbehagen. Dieses Unbahagen ist die geistige Krise. Sogar das religiöse Judentum glaubt heute, daß der Messias von selbst kommen werde, daß man nichts zu tun brauche, daß es ja einen Staat gebe, eine zionistische Organisation, eine herrschende Partei und daß die sich mit praktischer Politik abgeben werden. Aber wir haben es mit Fragen der Ewigkeit zu tun und nicht mit Fragen der Tagespolitik. So kommt es, daß alle Parteien den historischen Ereignissen hinterherkriechen, anstatt ihnen den Weg zu bahnen."(Dr. Israel Sheib ("Eldad") Views, Quaterly of religious academics, Hebräisch, Winter 68, S.296)

Zur oben erwähnten Verallgemeinerung der Verfolgung von Minderheiten kommt noch der Wille, den jüdischen Nationalismus fortzusetzen und ihn vor Integration und Assimilation zu bewahren. Der erste Standpunkt betrachtet den Antisemitismus als Übel und die Integration als unvermeidlichen Fehlschlag, der zweite betrachtet den Antisemitismus als Segen und die Integration als nutzloses Übel. Die meisten denkenden Zionisten sind von einer verschwommenen Kombination aus beiden Auffassungen bestimmt, und obwohl viele Bar-Yossef und Sheib ohne weiteres als "Extremisten", "Fanatiker", etc. verurteilen, ist niemand bereit, die Prinzipien in Frage zu stellen. Jede zionistische Kritik dieser Standpunkte beruht lediglich auf taktischen Überlegungen, ihre Prinzipien abzulehnen bedeutet so viel wie die gesamte ideologische Rechtfertigung des Zionismus zu untergraben.

Ausgehend von der Voraussetzung, daß die Minderheitenverfolgung der unveränderlichen "menschlichen Natur" innewohnt, kommen die Zionisten zu ganz logischen Schlußfolgerungen. Wenn sich von der feindlichen Mehrheit nicht erwarten läßt, daß sie das ihr innewohnende Übel beseitigt, wie kann man dann von ihr erwarten, daß sie der Minderheit helfen wird, den Folgen zu entgehen? Die einzige Möglichkeit, die der Minderheit also bleibt, ist die der Selbstbefreiung. Diese Idee wurde durch Pinskers Buch "Autoemanzipation"(1892) verkündet und verbreitet. Der letzte Schritt baut auf den beiden vorigen auf": er fordert die Errichtung eines Nationalstaats, in welchem die verfolgte Gruppe als Mehrheit die Staatsmacht ausübt, als einzig mögliche Realisierung der Selbstbefreiung, als einzigen Weg für eine verfolgte Gruppe, die Kontrolle über sich selbst zu gewinnen und Herr ihres eigenen Schicksals zu werden.

In ihren sozialen Ursprüngen, emotionalen Motivationen und ideologischen Rechtfertigungen ist die Ähnlichkeit zwischen Zionismus und "Black Power" verblüffend. Dem Zionismus am nächsten war wahrscheinlich die "Back to Africa"-Bewegung, die in den frühen 20er Jahren von dem jamaicanischen Drucker Marcus Garvey in den USA begründet wurde; sie war die Vorläuferin von "Black Power" und die größte Herausforderung für Dubois "National Associtaion for the Advancement of Coulered People". Es gibt wirklich keinen Grund, warum der Zionismus nicht als das betrachtet werden sollte, was er ist, d.h. die jüdische Version von "Black Power", oder kurz, die Bewegung der "Jewish Power". Die Ähnlichkeit bezieht sich auf soziale Ursprünge, emotionale Motivationen und ideologische Rechtfertigungen, nicht aber auf politische Implikationen. Dadurch, daß der Zionismus Palästina kolonisierte, selber dort zur Mehrheit wurde, politische Macht erlangte und bis heute aufrecht hält, wurde er zum integralen Bestandteil des imperialistischen Systems; "Black Power" hingegen - nicht in der Lage eine Eigenstaatlichkeit anzustreben - ist dem Imperialismus diametral entgegengesetzt. Dem Zionismus gelang es, seine eigene Version der Welt zu schaffen, aus der der Jude vertrieben wurde. Die Minderheitenverfolgung schaffte er in Israel nicht ab und kann es auch garnicht. Er verwandelte die Juden von einer verfolgten Minderheit in eine diskriminierende, nationalistische Mehrheit. "Black Power" ist nicht imstande, ein solches Ziel zu verwirklichen, sie muß die westliche Gesellschaft in ihrer Totalität zurückweisen und sie als abstoßend verurteilen. Herzl beschrieb in seinen Tagebüchern den Judenstaat ausführlich als pathetisches Ebenbild, als liberalisierte Version der Habsburger Monarchie, der Wiener Gesellschaft der späten 90er Jahre.

Die "Black Power"-Führer können diesen Weg nicht einschlagen, sie müssen die amerikanische Gesellschaft in toto ablehnen; sie verurteilen jene, die eine Neger-Version dieser Gesellschaft schaffen wollen.

Die zionistische Doktrin diktierte eine ganz bestimmte Einstellung zum Antisemitismus, zu den Juden, die ihn bekämpften, sowie zu den Assimilierten. Sie schrieb vor, daß die Einwanderung nach Palästina die einzige Antwort auf den Antisemitismus sei, sie kritisierte und verurteilte jeden Kampf für Emanzipation, für verfassungsmäßig garantierte Bürgerrechte, etc. Sie befand sich im selben Lager mit jenen Antisemiten, die den einheimischen jüdischen Gemeinschaften sagten: "Geht nach Palästina". Es ist bezeichnend, daß die Initiative des jüdischen Kampfes gegen den Nazismus während der 30er Jahre niemals von der zionistischen Organisation ausging. Es waren nicht-zionistische Individuen und Organisationen, welche die Initiative und die Last dieses Kampfes auf sich nahmen. Je heftiger der Kampf wurde, desto mehr entfernte sich die zionistische Organisation von den übrigen Juden. Die Gründe dafür stehen in einem Brief Ben Gurions an die zionistische Executive vom 17. Dezember 1938:

" Das Judenproblem ist heute nicht mehr dasselbe wie früher. Das Schicksal der Juden in Deutschland ist kein Ende sondern ein Anfang. Andere antisemitische Staaten werden von Hitler lernen. Millionen von Juden haben mit Ausrottung zu rechnen, das Flüchtlingsproblem hat weltweite Ausmaße angenommen und ist dringend geworden. Großbritannien versucht, die Frage der Flüchtlinge von der Palästinas zu trennen. Dabei wird es von anti-zionistischen Juden unterstützt. Die Ausmaße des Flüchtlingproblems fordern eine sofortige territoriale Lösung; wird Palästina sie nicht aufnehmen, dann ein

anderes Gebiet. Der Zionismus ist in Gefahr. Alle anderen territorialen Lösungen, die sicher scheitern werden, verlangen ungeheuere Geldsummen. Wenn die Juden zu wählen haben zwischen den Flüchtlingen, die sie vor den Konzentrationslagern bewahren, und der Errichtung eines Nationalheims im Palästina, wird das Mitleid überwiegen und die ganze Energie des Volkes wird sich darauf konzentrieren, die Juden aus den verschiedenen Ländern zu retten. Nicht nur in der Weltöffentlichkeit, in Großbritannien und den USA, sondern auch überall sonst in der jüdischen Öffentlichkeit wird man den Zionismus von der Tagesordnung streichen. Wenn wir eine Trennung zwischen dem Flüchtlingsproblem und dem Palästina-Problem zulassen, setzen wir die Existenz des Zionismus aufs Spiel."

Die Rettung jüdischen Lebens vor Hitler wird hier als potentielle Bedrohung des Zionismus betrachtet, es sei denn, die Juden würden nach Palästina gebracht. Als der Zionismus zwischen dem jüdischen Volk und dem jüdischen Staat zu wählen hatte, entschied er sich ohne zu zögern für den letzteren.

Die Anwälte des Zionismus argumentieren oft, hätte es vor dem Zweiten Weltkrieeg einen Judenstaat in Palästina gegeben, wären die meisten Juden Europas gerettet worden. Dieses Argument wird mit Hinweis auf die Tatsache bekräftigt, daß die Juden in Palästina der Ausrottung entgingen.

In Wahrheit wurden die Juden in Palästina einfach deshalb gerettet, weil die Nazis den Nahen Osten nicht eroberten. Es gibt keinen Grund anzunehmen, sie hätten die jüdische Gemeinschaft oder den Judenstaat anders als die übrigen behandelt; dafür gibt es kaum einen Beweis. Man weiß, daß diese Frage am Vorabend der Schlacht von El-Alamein im zionistischen und anderen Executivkomitees diskutiert wurde. Eine Gruppe war dafür, alle palästinensischen Juden auf . Carmel zu einem letzten Kampf von Massada gegen den Nazismus zu konzentrieren, eine andere suchte nach einem Modus vivendi mit den Nazis. Man sprach sogar davon, daß man das Industriepotential der jüdischen Gemeinschaft in Palästina als Handelsobjekt in den Verhandlungen mit den Nazis benutzen könne.

Fassen wir zusammen: der Zionismus akzeptiert den Antisemitismus als eine natürliche normale Haltung der nicht-jüdischen Welt gegenüber den Juden. Er betrachtet ihn nicht als ein verzerrtes pervertiertes Phänomen, er ist eine Antwort auf den Antisemitismus, aber keine Konfrontation, keine Anklage, kein Kampf gegen ihn. In Palästina schuf er eine nationalistische Gesellschaft, in welcher die Juden zur Mehrheit gemacht und mit politischen Privilegien ausgestattet wurden, während die Minderheiten (vor allem die frühere palästinensische Mehrheit) unter politischer, rechtlicher, sozialer und ökonomischer Diskriminierung leiden. Der Zionismus geht grundsätzlich davon aus, daß die Minderheitenverfolgung ein integrales negatives Element menschlichen Verhaltens ist und daß weder Erziehung, Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen noch Liberalisierung es je überwinden werden. Antisemitismus wird somit als Problem für die Juden und nicht für die Menschheit betrachtet,. Mit anderen Worten, der Zionismus ist moralisch, psychologisch und sozial die Entfremdung einer verfolgten Minderheit.

In seiner Einstellung zum Antisemitismus ließ sich der Zionismus von "nüchternen Tatsachen" leiten. So verhandelte Herzl mit Plehve, dem berüchtigten antisemitischen, zaristischen Innenminister; der überreichte ihm 1903 einen Brief, in dem es heißt, "die zionistische Bewegung könne bei den Schritten, die zur Verringerung der jüdischen Bevölkerung in Rußland führen würden, auf die moralische und materielle Unterstützung der zaristischen Regierung rechnen" (Herzls diaries, Gollancz, p. 398).

Eine ähnliche Vereinbarung wurde 1934 zwischen Arlosorow, dem Sekretär der Histadruth (zionistische Gewerkschaft) und den Nazis getroffen. Die berüchtigste Verhandlung dieser Art war wahrscheinlich die zwischen R. Kastner, dem Sekretär des zionistischen Komitees in Budapest, und Adolf Eichmann (dem "Judentransport"-Mann der SS) 1944 in Budapest. Eichmann sicherte sich Kastners Kooperation dadurch, daß er tausend der reichsten Juden die Flucht in die Schweiz erlaubte, dann benutzte er ihn, um 800 000 widerstrebende ungarische Juden zu beschwatzen, die Züge zu den "Arbeitslagern" von Auschwitz zu besteigen.

Das gegenseitige Einvernehmen zwischen Zionismus und Antisemitismus wird von beiden Seiten sowohl in politischer als auch in persönlicher Hinsicht geteilt.

Ein typisches Beispiel ist das folgende Zitat aus den Tagebüchern von R. Meinertzhagen, Allenbys Politoffizier 1919/1921: "Meine Einstellung zu den Juden wird im allgemeinen von einem antisemitischen Instinkt diktiert, der sich durch persönlichen Kontakt kaum verändert. Meine Einstellung zum Zionismus ist die eines begeisterten Zionisten." ("Middle East Diary", R. Meinertzhagen, London 1959, Crescent Press. p. 49).

Das Massaker an den Juden im Zweiten Weltkrieg veränderte das Image der Führung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina total. Bis zum Krieg wurde diese Führung als Vertretung einer kleinen, wenn auch einzigartigen, jüdischen Gemeinschaft akzeptiert; nach 45 jedoch und vor allem nach der Erlangung der Unabhängigkeit 48, baute sie ihr Image als einzige Vertretung des Weltjudentums auf. Sie überschattete völlig alle anderen jüdischen Repräsentativorgane, einschließlich der zionistischen Bewegung selbst. Damit bekam sie überall im Westen ein enormes moralisches Gewicht. Ein paar Beispiele sollen das illustrieren.

Als Washington beschloß, Adenauers Deutschland in das westliche Bündnis zu reintegrieren, die "Wehmacht" wieder aufzubauen und sie in die NATO zu integrieren, mußte man das Adenauer-Regime "rehabilitieren" und es "salonfähig" machen. Diese Aufgabe fiel natürlich Ben Gurion zu. So unterzeichnete er denn das "Reparations"--Abkommen mit Adenauer und erklärte öffentlich unter Mißachtung heftiger Proteste in Israel: "Das Deutschland von heute ist nicht das von gestern."

Adenauer nannte das Abkommen "Wiedergutmachung", als ob sich Völkermord durch Geldzahlungen sühnen liesse. Später, als Adenauer zum ersten Mal in die USA eingeladen wurde und jüdische Demonstrationen befürchtete, kam Ben Gurion aus Israel und traf zufällig mit Adenauer im Waldorf-Astoria zusammen, wo ein Photograph sie rein

zufällig beim Shake-hands aufnahm. Als das Bild auf den Titelseiten der Presse erschien, war Adenauer "koscherisiert". Während dieses Treffens versprach Adenauer natürlich eine enorme neue Anleihe. Beim Eichmann-Prozess in Jerusalem vermied die Anklage sorgfältig den Namen Globkes, der die Nürnberger Rassengesetze verkündet und damit die rechtliche Grundlage für die Rassendiskriminierung in Nazi-Deutschland geschaffen hatte. Über die Tatsache, daß Globke Adenauers nächster Mitarbeiter war, und über die hektischen Verhandlungen, die sich deswegen hinter der Szene abspielten, weiß man im Westen nur wenig. Nach und nach wurde es für jeden "salonfähigen" Politiker, der in seinem eigenen Land des Rassismus angeklagt war, zur Praxis, Israel einen offiziellen Besuch abzustatten, um sein Image auf zubessern.
Das gilt für den französischen Chauvinisten Jacques Soustelle, den deutschen Chauvinisten Franz-Joseph Strauss und ebenso für den britischen konservativen Extremisten Enoch Powell. Powell erregte in Großbritannien einen Skandal, als er im April 68 in Wolverhampton eine rassistische Rede hielt. Sechs Wochen später entschloß er sich, eine bereits ausgesprochene israelische Einladung anzunehmen, und besuchte Israel in offizieller Funktion.
Der Propagandamechanismus dieser Besuche beruht auf der Tatsache, daß sich die westliche Öffentlichkeit daran gewöhnt hat, die israelische Regierung als "Sprecher des jüdischen Gewissens", als "STimme der sechs Millionen von den Nazis ermordeten Juden" zu akzeptieren.

Daher erwartet sie von der israelischen Regierung, daß sie jeden Rassisten bloßstellt und verurteilt. Wenn jedoch Soustelle, Strauss, Powell und ihresgleichen offiziell nach Israel eingeladen werden und dort auf keine feindlichen Demonstrationen stoßen, wie könne sie dann Rassisten sein?
Diese Herren sind stillschweigend damit einverstanden, daß Israel als Ausgleich für die Aufpolierung ihres Images direkt und indirekt von ihnen unterstützt wird. Es handelt sich hier nicht so sehr um ein abgekartetes Spiel, als vielmehr um das alte gegenseitige Einvernehmen zwischen Zionismus und Antisemitismus in neuem offiziellem Gewand.
Die westliche Zivilisation produzierte den Antisemitismus als ihren legitimen Abkömmling, den Nazismus als ihren illegitimen. Die europäischen Juden waren unfähig, den Antisemitismus als das Produkt einer Zivilisation zu begreifen, zu der sie selber gehörten, sie machten aus ihm ein "Gesetz der menschlichen Natur" und schufen den Zionismus, um mit dieser Entfremdung fertig zu werden.
Mit diesen beiden ideologischen Entfremdungen, kam es zum Völkermord an den Juden und zum Staat der Juden. Die Pyramide der Entfremdungen wurde schließlich damit gekrönt, daß die westliche Zivilisation den zionistischen Staat als das "Gewissen des Westens" akzeptierte.
Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß es der westlichen Öffentlichkeit widerstrebt, den Zionismus zu kritisieren, bloßzustellen und zu verurteilen; aber jene, die sich mit diesem Zustand abfinden, sollten sich zumindest darüber klar sein, daß sie stillschweigend die Grundlagen des Rassismus akzeptieren.

Sozialistisches Palästinakomitee Westberlin / Matzpen

Erklärung der israelischen Linken vom 23.3.1968

Der Junikrieg des Jahres 1967 entlarvte die fundamentalen Widersprüche und Vorgänge in den Ländern des Nahen Ostens.
In Israel wurde der zionistische Charakter dieses Staates und seiner Führer deutlicher. Der Hang zur Annexion und Expansion, der seit der Suezkrise geschlummert hatte, wurde wieder erweckt. Die Verbindungen zwischen dem zionistischen Regime Israels und dem Imperialismus wurden offenkundig und erneut gestärkt.

In den arabischen Ländern, vor allem in Ägypten, wurde es deutlicher, daß die nationale anti-imperialistische Revolution in diesen Ländern auf ihrem halben Weg stecken geblieben war.
Noch am Vorabend des Junikrieges bestritten Israels Führer jeglichen Wunsch nach territorialer Expansion. Am Morgen jedoch waren alle diese Erklärungen vergessen. Der Appetit kam beim Essen. Tatsächlich war dieser Hang zur Annexion und Expansion allen Strömungen des politischen Zionismus eigen - nicht nur der Heruth Partei, die dies offen erklärte, sondern auch den gemäßigteren Richtungen, die es aus politischen und propagandistischen Gründen nicht zugaben, wenn die Zeit es nicht für opportun erscheinen ließ.

Nach dem Juni-Krieg kontrolliert Israel das gesamte palästinensische Mandatsgebiet sowie weite Teile Ägyptens und ein Gebiet im Süden Syriens. Am Anfang forderten die Führer Israels, daß sie in dieser Situation, in der sie "alle Trümpfe in der Hand" hätten, in der Lage seien, den Arabern, die Israels Bedingungen zu akzeptieren hätten, eine Regelung nach ihren Wünschen aufzwingen könnten. Diese Hoffnungen erwiesen sich als falsch. Der militärische Sieg - weit davon entfernt, den israelisch-arabischen Konflikt zu lösen - hat ihn noch verschärft.
Der historische Konflikt zwischen dem Zionismus und Israel in seiner heutigen Form auf der einen und der arabischen Welt auf der anderen Seite rührt daher, daß das "zionistische Unternehmen" von Anfang an ein geplanter und vorsätzlicher Prozeß der Kolonisierung von Fremden war, die sich in diesem Land niederließen und die einheimische Bevölkerung verdrängten. Dabei erhielt der Zionismus Rückendeckung durch den Imperialismus und stand an dessen Seite gegen die revolutionären Bewegungen in der arabischen Welt. Einer der Hauptgründe für die Weigerung der Araber, die Existenz Israels anzuerkennen, war der, daß sie ihnen nicht allein als Produkt des zionistischen Kolonisierungsprozesses erschien, sondern

auch als ein Instrument zur Unterstützung und Ausweitung dieses Prozesses gegen sie und auf ihre Kosten.

Das Verhalten Israels nach dem Krieg bestätigt die schlimmsten Befürchtungen der Araber, wodurch der historische Konflikt ungeheuer verschärft wird.

Der kurzsichtige Versuch des Zionismus, den "günstigen Augenblick" für territoriale Gewinne auszunützen und seine Position gegenüber den Arabern zu stärken, wird sich langfristig zweifelsohne als Bumerang erweisen, der auf Israel zurückschlagen wird.
Die Annahme, daß die israelische Kontrolle über große Gebiete die allgemeine Sicherheit Israels erhöhen würde, hat sich auch als falsch herausgestellt.
Der militärische Sieg hat den Guerilla-Aktionen und Sabotage-Akten kein Ende setzen können. Im Gegenteil, sie haben aufgrund der neuen Lage erheblich zugenommen. Aber während die öffentliche Weltmeinung vor dem Krieg an solchen Aktionen Anstoß nahm, werden diese nun zunehmend als natürliche und legitime Mittel des Widerstandes eines eroberten und unterworfenen Volkes betrachtet.
Die arabische Bevölkerung Palästinas ist nun völlig unterjocht. Dieses Volk war das Hauptopfer der zionistischen Kolonisierung. Der größte Teil dieser Araber wurde während und nach 1948 auf den Status verarmter Flüchtlinge herabgedrückt. Ein anderer Teil lebt 20 Jahre lang in Israel unter Bedingungen schwerer Diskriminierung und Verfolgung. Sie wurden nicht nur elementarer politischer Rechte beraubt; sie hatten auch keinerlei Aussicht auf eine angemessene nationale oder menschliche Zukunft.
Was das Schicksal dieses Volkes betrifft, reichen die verschiedenen von israelischen Regierungskreisen vorgebrachten Pläne von einer völligen Angliederung an Israel (begleitet von dem Zwang, das annektierte Gebiet zu verlassen, und sogar von beabsichtigten Maßnahmen, die arabische Geburtenziffer zu senken - "behandle sie weise, damit sie sich nicht vermehren", wie es einst Pharao darlegte -), bis zur Errichtung eines Bantustan in Form eines Protektorats, das man als "Föderation" mit israelischer Vorherrschaft über die Araber verschleiert.

Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden besiegten und unterworfenen Volkes, Widerstand zu leisten und für seine Freiheit zu kämpfen. Die notwendigen und geeigneten Mittel und Wege für diesen Kampf müssen von diesem Volk selbst bestimmt werden, und es wäre heuchlerisch, wenn Fremde - besonders wenn sie der Unterdrückernation angehören - diesem Volk predigen wollten, was es zu tun und zu lassen habe.
Wenn wir auch das unabdingbare Recht eines eroberten Volkes auf Widerstand gegen die Besetzung anerkennen, so können wir nur solche Organisationen unterstützen, die bei dem Widerstand gegen die Okkupation auch das Recht des israelischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennen. Auf dieser Grundlage kann der Kampf des palästinensischen Volkes zu einem gemeinsamen Kampf von Arabern und Juden in diesem Gebiet werden für eine gemeinsame Zukunft.
Eins aber ist offensichtlich: die Aufrechterhaltung des Jochs der Unterdrückung, kollektive Massenbestrafungen, Häusersprengungen und weitangelegte Massaker (wie das gegen Karameh am 21. März 1968) sind völlig ungeeignet, den Widerstand zu beenden.
Denen, die ihre Abscheu und ihre Entrüstung über die unschuldigen israelischen Opfer von Sabotage-Akten zum Ausdruck bringen, sagen wir: eure Abscheu und eure Entrüstung sind völlig gerechtfertigt. Diese schreckliche Tragödie muß sofort ein Ende finden. Der Weg hierzu ist der sofortige Rückzug aus allen besetzten Gebieten. Nur so wird es möglich sein, einer vollständigen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts und des Palästina-Problems näher zu kommen.
Der Zusammenbruch der ägyptischen Armee im Juni-Krieg entblößte vor den Augen der Welt die schweren sozialen Widersprüche innerhalb der ägyptischen Gesellschaft. Diese Widersprüche reproduzierten sich in der Armee in lediglich eklatanterer Form.
Der Staatsstreich der "freien Offiziere" unter der Führung von Gamal Abd-el Nasser errichtete in Ägypten ein kleinbürgerliches Regime. Es war eine "half way revolution". Seinem Wesen nach versucht dieses Regime einen ständigen Seiltanz zwischen Anti-Imperialismus und der Tendenz zu Zugeständnissen an den Imperialismus; zwischen links und rechts; zwischen dem Druck der Massen und den Interessen der überprivilegierten Bourgeoisie, Bürokratie und Offizierskaste.

Dieses Regime hat eine Reihe bedeutender Reformen durchgeführt, von denen einige sehr weitreichend sind; es hat die übermäßige Abhängigkeit Ägyptens vom Imperialismus eingeschränkt. Aber es hat weder die Hoffnungen der Massen erfüllt, noch ihre Interessen verwirklicht. Es ging nicht zu einer sozialistischen Revolution über, die Werktätige von Untertanen zu Herren des Staates gemacht hätte.
Die Ausbeuterklasse des alten Regimes wurde erschüttert - aber nicht zerschlagen. Sie existiert weiterhin Seite an Seite mit einer neuen bürokratisch militärischen Clique, die ihr nach Herkunft und Ansehen verwandt ist.
Nach dem Krieg wurden die Gegensätze innerhalb des ägyptischen Regimes immer akuter. Der Präsident sah sich gezwungen, einige Elemente des rechten Flügels, wegen ihres schädlichen Verhaltens ihrer Machtpositionen und ihres militärischen Kommandos zu entheben. Hierdurch schwächte er seinen eigenen rechten Flügel und die Balance zwischen rechts und links wurde schwieriger denn je.

Zugleich verstärkte sich der Druck der Massen auf das Regime. Ende Februar gingen die ägyptischen Arbeiter auf die Straßen und erhoben zum ersten Mal seit vielen Jahren spontan ihre Forderungen. In seiner Rede vom 3. März (1968) mußte der Präsident unter dem Druck der Massen Positionen aufgeben. Zwei Wochen später wurde ein neues Kabinett mit linkerer Tendenz gebildet.
Auch in anderen arabischen Staaten finden ernste innere Kämpfe statt. Diese Gärung - hervorgerufen durch den Ausgang des Krieges - gibt dem Problem der sozialistischen Umwandlung in der arabischen Welt größere Aktualität.

Wir sind der Meinung, daß die Lösung der Hauptprobleme des Nahen Ostens, einschließlich das des israelisch-arabischen Konflikts, eine radikale Umwälzung der Regime in der gesamten Region erfordert; eine sozialistische Revolution, die die Arbeiterklasse an die Macht bringt, die latenten ungeheuren Kräfte der Massen freilegt und dahin lenkt, den sozialen und ökonomischen Fortschritt voranzutreiben. Eine solche Transformation ist nicht nur nötig in Ländern mit einer feudalistischen Monarchie, sondern auch in den relativ fortschrittlichen arabischen Ländern mit kleinbürgerlichen, selbsternannten "sozialistischen" Regimen. Dabei werden sozialistische Umwandlungen in den arabischen Ländern zweifellos die Art des Kampfes des palästinensisch-arabischen Volkes beeinflussen und ihm eine deutliche linke Prägung geben.
Auch in Israel ist eine sozialistische Revolution notwendig, um den Charakter dieses Staates radikal zu ändern, ihn von einem zionistischen Staat, Instrument zur weiteren zionistischen Kolonisierung und natürlichen Verbündeten des Imperialismus, in einen sozialistischen umzuwandeln - einem Staat, der die wirklichen Interessen der israelischen Massen vertritt, der sowohl willens als auch fähig ist, sich in die Region zu integrieren.

Wir vertreten die Ansicht, daß die revolutionäre sozialistische Lösung des israelisch-arabischen Konflikts gerade in der neuen Situation nach dem Krieg mehr denn je Gültigkeit besitzt. Die Entzionisierung Israels und seine Eingliederung in eine sozialistische Union mit den arabischen Ländern - das ist der Weg zur Lösung. Anstelle von Chauvinismus und nationalistischem Haß, der den Nahen Osten in endlose und nutzlose Kriege zieht, bieten wir beiden Seiten - Arabern und Juden - die sozialistische Perspektive wirtschaftlicher Properität, sozialen Fortschritts und Brüderlichkeit zwischen den Nationen.

SOZIALISTISCHE POLITIK

Bisher erschienene Ausgaben der SOZIALISTISCHEN POLITIK

1/69 (April) 2. Aufl.	J. Agnoli: Parlamentarismus-Diskussion / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft I / E. Hobsbawm: Imperialismusdebatte / W. Müller: Arbeitswerttheorie bei Habermas / B. Rabehl: Rätedemokratie
2/69 (Juni) 2. Aufl.	E. Altvater: Krise der europäischen Währungen / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft II / P. Gibbon, F. Unger: Nordirland / ISO: Palästina-Problem / U. Kadritzke: Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung / B. Tibi: Fanons Gewalttheorie
3/69 (Okt.) 2. Aufl.	B. Blanke: Faschismus-Diskussion / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I / P. Hess: Kapitalistisches Wachstum / H. Hüppauff: Fordstreik und der Mythos der Militanz / F. Unger: New Left in Großbritannien / Literatur zur technischen Intelligenz
4/69 (Dez.)	A. Blechschmidt: Zum BRD-Imperialismus / R. Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx / D. Haensch: Zerschlagt die Kleinfamilie? / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz II / C. Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie / A. Schubert: KP Kubas / F. Unger: Zur Übergangsgesellschaft / B. Tibi: Militär und Nationalismus in den arabischen Ländern
5/70 (März)	E. Altvater: Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 / E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969 / W. D. Gudopp: Elemente des 'linken Antikommunismus'/ P. R. Schilling: Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf / A. Schubert:Warenzirkulation und die Formen des Geldes

Ausführlicher Index zu SOPO 1-4/69 über den Verlag zu erhalten.

SOPO 6/7 erscheint als Doppelnummer mit ca. 180 Seiten Anfang Juni 1970 und enthält u.a.:
Sozialstaat und Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital / Handbuch des Stadtguerilla / Neuere Imperialismustheorien / Produktive und unproduktive Arbeit / Brasilien - beschleunigter Ausverkauf (II) / Kuba: 10 Mill. Tonnen / Diskussion zur Konjunkturforschung

Einzelheft DM 3.-
Abonnement (4 Ausgaben) DM 12,-
ermäßigtes Abo DM 8,-
Lieferung nach Zahlungseingang auf PSchK Berlin West 62 010.

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK
1000 Berlin 41
Postfach 270

DOKUMENTE DER FPDLP

Für eine demokratische Lösung der Palästinafrage

RESOLUTIONSVORSCHLAG DER FPDLP ZUR VI. PALÄSTINENSISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG, SEPTEMBER 1969 IN KAIRO

Während seiner ganzen neueren Geschichte, und vor allem seit der Balfour-Erklärung, war Palästina dem Prozeß der zionistischen Kolonisation auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ausgesetzt. Der Zionismus sowie der Imperialismus hatten für die Juden- und die Palästinafrage nur chauvinistische und rassistische Lösungen anzubieten. Diese Lösungen bestanden in der Vertreibung des palästinensischen Volkes von seinem Territorium und in der Schaffung eines israelischen und eines palästinensischen Staates auf der Grundlage des Teilungsplans von 1947.

Die chauvinistische Lösung führte 1948 zur Errichtung des Staates Israel . Damit sollte die nationale Identität des palästinensischen Volkes ausgelöscht werden.

Die Lösungsvorschläge nach dem Junikrieg 1967 bewegten sich zwischen der zionistisch-chauvinistischen Lösung, die von den israelischen Expansionsgelüsten geprägt ist, und der kolonialistischen reaktionären Lösung, die die Anerkennung des Staates Israel mit "sicheren und anerkannten Grenzen" bedeutet, wie es in der Resolution des Sicherheitsrats vom 22. 11. 1967 heißt.

Der zionistische Kapitalismus als Verbündeter des internationalen (vor allem des amerikanischen) Kapitalismus, der die Juden in Israel durch seine Ideologie und seine reaktionären Institutionen in Entfremdung hält, bietet natürlich diese Lösungen an, denn sie entsprechen den gemeinsamen Interessen des Zionismus und des Imperialismus: Erhaltung des Staates Israel als Basis der Konterrevolution in der Region, Unterdrückung der nationalen palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegung im Kampf gegen Kolonialismus , Zionismus und Reaktion.

Gleichzeitig hat die palästinensische und arabische Reaktion während des ganzen Kampfes um das Schicksal Palästinas und seines Volkes nur reaktionäre und chauvinistische Lösungen angeboten und verbreitete Haß gegen alles, was jüdisch ist; trotz ihres antikolonialen Programms ist sie weiterhin in ihre Allianzen mit dem Kolonialismus verstrickt und hat historisch gesehen die kolonial-zionistischen Ziele begünstigt (1936-1948).

Auch nach der Katastrophe von 1948 haben die palästinensischen Organisationen und arabischen Regime ihre chauvinistischen und rassistischen Lösungen beibehalten ("die Juden ins Meer", "bringt die Juden um"). Nach dem Junikrieg 1967 sind alle chauvinistischen verworrenen Parolen zusammengebrochen, um reaktionären imperialistischen Lösungen Platz zu machen, die auf der "Anerkennung Israels in gesicherten Grenzen" beruhen. Die palästinensische Nationalversammlung macht sich die demokratischen Ziele des palästinensischen Volkes zu eigen und beschließt:

1. Die Nationalversammlung lehnt alle chauvinistischen und reaktionären Lösungen des Zionismus und Imperialismus ab, die auf der Anerkennung des Staates Israel als vollendeter Tatsache beruhen. Diese Lösungen verneinen nicht nur das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, sondern billigen auch die zionistische und expansionistische Struktur des Staates Israel , der mit dem Imperialismus eng verbunden und der palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegung sowie allen sozialistischen Kräften entgegengesetzt ist.

2. Die Nationalversammlung lehnt alle palästinensischen und arabischen chauvinistischen Lösungen vor und nach dem Junikrieg 1967 ab, die sich zum Ziel setzen, "die Juden abzuschlachten und ins Meer zu treiben". Ebenso lehnt sie die reaktionären Lösungen ab, die die Anerkennung des Staates Israel in "sicheren und anerkannten Grenzen" (UNO-Resolution vom 22. November 1967) fordern. Auch diese Lösung, die die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes negiert, versucht, im Nahen Osten einen kapitalistischen, rassistischen und expansionistischen Staat aufrechtzuerhalten, der eng mit dem internationalen Kapitalismus verbunden und den palästinensischen und arabischen Befreiungsbewegungen sowie allen sozialistischen Kräften in der Welt entgegengesetzt ist.

3. Die Nationalversammlung kämpft für eine volksdemokratische Lösung der Palästina- und Israelfrage, das heißt: Beseitigung der zionistischen Struktur (Verwaltung, Polizei und Armee); Auflösung aller chauvinistischen politischen und Gewerkschaftsorganisationen; Schaffung eines volksdemokratischen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber ohne nationale und Klassenunterdrückung zusammen leben werden.

4. Wegen der historischen Verbindungen zwischen Palästina und den arabischen Völkern wird der palästinensische volksdemokratische Staat ein integraler Bestandteil einer demokratischen arabischen Föderation sein.

5. Diese demokratische Lösung soll die Araber und Juden von allen reaktionären zionistischen und arabischen Ideologien befreien.

6. Diese Lösung wird die Region in eine revolutionäre Bastion als integralen Bestandteil der Weltrevolution verwandeln.

7. Diese Lösung kann nur durch den bewaffneten Volkskrieg gegen Zionismus, Imperialismus und Reaktion und alle entsprechenden Lösungen erreicht werden.

Mit dieser demokratischen Lösung wendet sich die palästinensische Nationalversammlung an die antizionistischen und antiimperialistischen israelischen und jüdischen Individuen und Organisationen sowie an alle revolutionären Kräfte in der Welt, sich zu ihr zu bekennen und bis zu ihrer Verwirklichung am bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes teilzunehmen.

Zur palästinensischen Widerstandsbewegung

Über die Klassenverhältnisse in den vom Imperialismus beherrschten Ländern und die Aufgaben der palästinensischen Linken.

Nayef Hawatmeh

Der folgende Text ist die Übersetzung von Ausschnitten aus einem Tonbandprotokoll eines Referates, das das Mitglied des ZK und des Politbüros der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (Nayef Hawatmeh) im August 1969 vor westeuropäischen und anderen Besuchern in einer Basis der FPDLP gehalten hat. Wir drucken diesen Text ab, weil er in Thesen Elemente einer Klassentheorie der Länder unter imperialistischer Herrschaft und einer Kritik der Rolle der National- und Kleinbourgoisie in diesen Ländern enthält. Er enthält zugleich die Begründung für die Schaffung einer marxistisch-leninistischen Organisation innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung und die Grundlage der Kritik der FPDLP an der Mehrheit in dieser Widerstandbewegung. Im einzelnen wird diese Kritik kontinuierlich in der Zeitschrift AL DJABHA - DIE FRONT , herausgegeben vom Komitee zur Unterstützung Palästinas , Frankfurt, Aachen, Heidelberg, in Heidelberg veröffentlicht.

Zunächst bestimmt Nayef Hawatmeh das Selbstverständnis der FPDLP als Teil der internationalen Front gegen Kolonialismus, Imperialismus und Zionismus, die auch mit den Kämpfen in den imperialistischen Metropolen eng verbunden sei. Der weltpolitische Rahmen, in dem diese imternationale antiimperialistische Front Kämpft, sei bestimmt durch die Politik der friedlichen Koexitenz einerseits, in der der Konflikt zwischen Sozialismus weitgehend neutralisiert würde, und dem Imperialismus als höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus andererseits.

Nayef Hawatmeh fährt dann fort:

Der Imperialismus bestimmte die wirtschaftliche und politische Entwicklung sowie auch die Entwicklung der verschiedenen Klassen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Er verband diese Länder mit dem kapitalistischen Weltmarkt und zwang sie, den kapitalistischen Weltmarkt mit Rohstoffen zu versorgen und die in den kapitalistischen Ländern Konsumgüter zu importieren. Dies beeinflußte entscheidend alle Entwicklungen in den unterentwickelten Ländern.

Der Imperialismus unterstützte und verstärkte die feudalistischen Gesellschaftsstrukturen dieser Länder als Garant seiner weiteren Herrschaft. Dazu kommt, daß die imperialistische Herrschaft jeden industriellen Aufbau in diesen Ländern verhinderte, weil deren Industrialisierung mit den Interessen des imperialistischen, kapitalistischen Marktes kolidiert. Gleichzeitig brauchte der Imperialismus eine Bourgeoisie, die als Kompradorenklasse die Vermittlung zwischen dem beherrschten Markt und dem kapitalistischen übernimmt. Dies bestimmte die Klassenbildung in den unterentwickelten Ländern: In den feudalistisch strukturierten Gesellschaften bildete sich eine bürgerliche Klasse, die von der Bourgeoisie der Kolonialmacht ökonomisch abhängig war, und daher keinen nationalen Befreiungskampf führen konnte. Darin unterscheidet sie sich von den europäischen und nordamerikanischen bourgeoisen Klassen. Seit ihrer Entstehung war diese Bourgeoisie nicht revolutionär im Gegensatz zur Bourgeoisie der europäischen und nordamerikanischen Länder, die im Ablösungsprozeß des Feudalismus, bei der Zerschlagung des feudalistischen Systems und der Bildung der nationalen Einheit und des nationalen Marktes eine revolutionäre Rolle spielte.

Der Imperialismus braucht in den unterentwickelten Ländern "Bevölkerungsschichten", die seine weitere Herrschaft unterstützen und seine Interessen in Schutz nehmen, zumal die Kompradorenklasse und die Feudalherren alleine dieser Funktion nicht gerecht werden können. Deshalb sah er sich gezwungen Schulungs-, und Verwaltungsinstitutionen aufzubauen und einen Staatsapparat zu schaffen - Armee, Polizei, Verwaltung -, die diese Schutzfunktion übernehmen. Diese Entwicklung ermöglichte die Entstehung einer kleinbürgerlichen Schicht. Die kleinbürgerliche Klasse geriet in Widerspruch zum Feudalismus und zur Kompradorenklasse, die die Bedürfnisse und Ambitionen der Kleinbourgeoisie nicht zufrieden stellen wollten, als diese sich ihrem Ausbildungsstand und ihrem gesellschaftlichen Bewußtsein entsprechend Positionen aneignete, in denen sie mit den Feudalherren und der Bourgeoisie in Konkurrenz trat. Dadurch unterscheidet sie sich von der europäischen und amerikanischen Kleinbourgeoisie, die sich von der Großbourgeoisie neutralisieren ließ.

Während die Großbourgeoisie in den imperialistischen Staaten die Bedürfnisse und teilweise auch die Ambitionen der Kleinbourgeoisie zufrieden stellte, weigerten sich die Feudalherren und Kompradoren in der Dritten Welt die Macht mit der Kleinbourgeoisie zu teilen und deren Ambitionen zu befriedigen. Daher stellte sich die Kleinbourgeoisie gegen die Allianz der Imperialisten, Kompradoren und Feudalherren.

Was das Proletariat angeht, so kann man bemerken, daß der Imperialismus die Entwicklung eines Industrieproletariats durch die von ihm aufgezwungene ökonomische Struktur gebremst hat. Das Proletariat in den unterentwickelten Ländern ist ein Lumpenproletariat. Die Klasse der armen Bauern blieb unter der Herrschaft der Feudalistenklasse. Sie konnte keine revolutionäre Rolle spielen, weil sie unter sozioökonomischen Bedingungen lebte, die eine raktionäre, religiäse Kultur produzierte.

Die Folgen dieser Entwicklung waren: Die Kompradorenklasse hat sich der Kolonialmacht angeschlossen.

Die Kleinbourgeoisie eignete sich eine nationalprogressive Position an, und kollidierte mit der

Zur palästinensischen Widerstandsbewegung

Über die Klassenverhältnisse in den vom Imperialismus beherrschten Ländern und die Aufgaben der palästinensischen Linken.

Nayef Hawatmeh

Der folgende Text ist die Übersetzung von Ausschnitten aus einem Tonbandprotokoll eines Referates, das das Mitglied des ZK und des Politbüros der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (Nayef Hawatmeh) im August 1969 vor westeuropäischen und anderen Besuchern in einer Basis der FPDLP gehalten hat. Wir drucken diesen Text ab, weil er in Thesen Elemente einer Klassentheorie der Länder unter imperialistischer Herrschaft und einer Kritik der Rolle der National- und Kleinbourgoisie in diesen Ländern enthält. Er enthält zugleich die Begründung für die Schaffung einer marxistisch-leninistischen Organisation innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung und die Grundlage der Kritik der FPDLP an der Mehrheit in dieser Widerstandbewegung. Im einzelnen wird diese Kritik kontinuierlich in der Zeitschrift AL DJABHA - DIE FRONT , herausgegeben vom Komitee zur Unterstützung Palästinas, Frankfurt, Aachen, Heidelberg, in Heidelberg veröffentlicht.

Zunächst bestimmt Nayef Hawatmeh das Selbstverständnis der FPDLP als Teil der internationalen Front gegen Kolonialismus, Imperialismus und Zionismus, die auch mit den Kämpfen in den imperialistischen Metropolen eng verbunden sei. Der weltpolitische Rahmen, in dem diese imternationale antiimperialistische Front Kämpft, sei bestimmt durch die Politik der friedlichen Koexitenz einerseits, in der der Konflikt zwischen Sozialismus weitgehend neutralisiert würde, und dem Imperialismus als höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus andererseits.

Nayef Hawatmeh fährt dann fort:

Der Imperialismus bestimmte die wirtschaftliche und politische Entwicklung sowie auch die Entwicklung der verschiedenen Klassen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Er verband diese Länder mit dem kapitalistischen Weltmarkt und zwang sie, den kapitalistischen Weltmarkt mit Rohstoffen zu versorgen und die in den kapitalistischen Ländern Konsumgüter zu importieren. Dies beeinflußte entscheidend alle Entwicklungen in den unterentwickelten Ländern.

Der Imperialismus unterstützte und verstärkte die feudalistischen Gesellschaftsstrukturen dieser Länder als Garant seiner weiteren Herrschaft. Dazu kommt, daß die imperialistische Herrschaft jeden industriellen Aufbau in diesen Ländern verhinderte, weil deren Industrialisierung mit den Interessen des imperialistischen, kapitalistischen Marktes kolidiert. Gleichzeitig brauchte der Imperialismus eine Bourgeoisie, die als Kompradorenklasse die Vermittlung zwischen dem beherrschten Markt und dem kapitalistischen übernimmt. Dies bestimmte die Klassenbildung in den unterentwickelten Ländern: In den feudalistisch strukturierten Gesellschaften bildete sich eine bürgerliche Klasse, die von der Bourgeoisie der Kolonialmacht ökonomisch abhängig war, und daher keinen nationalen Befreiungskampf führen konnte. Darin unterscheidet sie sich von den europäischen und nordamerikanischen bourgeoisen Klassen. Seit ihrer Entstehung war diese Bourgeoisie nicht revolutionär im Gegensatz zur Bourgeoisie der europäischen und nordamerikanischen Länder, die im Ablösungsprozeß des Feudalismus, bei der Zerschlagung des feudalistischen Systems und der Bildung der nationalen Einheit und des nationalen Marktes eine revolutionäre Rolle spielte.

Der Imperialismus braucht in den unterentwickelten Ländern "Bevölkerungsschichten", die seine weitere Herrschaft unterstützen und seine Interessen in Schutz nehmen, zumal die Kompradorenklasse und die Feudalherren alleine dieser Funktion nicht gerecht werden können. Deshalb sah er sich gezwungen Schulungs-, und Verwaltungsinstitutionen aufzubauen und einen Staatsapparat zu schaffen - Armee, Polizei, Verwaltung - , die diese Schutzfunktion übernehmen. Diese Entwicklung ermöglichte die Entstehung einer kleinbürgerlichen Schicht. Die kleinbürgerliche Klasse geriet in Widerspruch zum Feudalismus und zur Kompradorenklasse, die die Bedürfnisse und Ambitionen der Kleinbourgeoisie nicht zufrieden stellen wollten, als diese sich ihrem Ausbildungsstand und ihrem gesellschaftlichen Bewußtsein entsprechend Positionen aneignete, in denen sie mit den Feudalherren und der Bourgeoisie in Konkurrenz trat. Dadurch unterscheidet sie sich von der europäischen und amerikanischen Kleinbourgeoisie, die sich von der Großbourgeoisie neutralisieren ließ.

Während die Großbourgeoisie in den imperialistischen Staaten die Bedürfnisse und teilweise auch die Ambitionen der Kleinbourgeoisie zufrieden stellte, weigerten sich die Feudalherren und Kompradoren in der Dritten Welt die Macht mit der Kleinbourgeoisie zu teilen und deren Ambitionen zu befriedigen. Daher stellte sich die Kleinbourgeoisie gegen die Allianz der Imperialisten, Kompradoren und Feudalherren.

Was das Proletariat angeht, so kann man bemerken, daß der Imperialismus die Entwicklung eines Industrieproletariats durch die von ihm aufgezwungene ökonomische Struktur gebremst hat. Das Proletariat in den unterentwickelten Ländern ist ein Lumpenproletariat. Die Klasse der armen Bauern blieb unter der Herrschaft der Feudalistenklasse. Sie konnte keine revolutionäre Rolle spielen, weil sie unter sozioökonomischen Bedingungen lebte, die eine raktionäre, religiöse Kultur produzierte.

Die Folgen dieser Entwicklung waren: Die Kompradorenklasse hat sich der Kolonialmacht angeschlossen.

Die Kleinbourgeoisie eignete sich eine national-progressive Position an, und kollidierte mit der

reaktionären Allianz zwischen den Imperialisten, Kompradoren und Feudalherren. Diese Position war allerdings klassenbedingt. Ein Lumpenproletariat und ein unter reaktionärer und religiöser Kultur lebende Bauernklasse.
Diese Klassenverhältnisse beeeinflussten die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in den unterentwickelten Ländern. Die "revolutionäre" Kraft bildeten die Arbeiter und Bauern unter Führung der Kleinbourgeoisie. Charakteristisch für die Kleinbourgeoisie dieser Länder ist die Tatsache, daß sie die Bewußtwerdung der Arbeiter und der armen Bauern mehr fürchtet als die Raktion der Kompradoren und Feudalherren. Die Herrschaft der Kompradoren und Feudalherren negiert nicht völlig die Interessen und Ambitionen dieser Klasse, während die Arbeiterherrschaft diese Klasse gänzlich abschafft.
Die Erfahrungen der Dritten Welt zeigen, daß die Programme der Kleinbourgeoisie nicht fähig sind, die nationale Befreiung vollständig zu erringen, d.h. gänzliche Liquidierung der feudalen Verhältnisse, Schaffung eines einheitlichen nationalen Marktes, Aufbau einer stabilen nationalen Wirtschaft und eines vom Imperialismus unabhängigen Marktes. Ein solches Programm bedeutet eine neue Strukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, den Aufbau einer nationalen Schwerindustrie und technisierte moderne Landwirtschaft. Das entspricht allerdings den Interessen der Kleinbourgeoisie nicht, da sie vom Aufbau einer Kosumgüterindustrie unmittelbar mehr profitiert.
Dazu kommt, daß die Kleinbourgeoisie, wenn sie vom Imperialismus und Neokolonialismus angegriffen wird, auf ihre Privilegien nicht zugunsten eines revolutionären Volkskrieges verzichten kann. Die kleinbürgerliche Klasse ist ein Gegner des Imperialismus, Feudalismus und der Kompradoren, solange ihre Interessen der konterrevolutionären Allianz dieser drei Kräfte widersprechen. Ist die Kleinbourgeoisie aber mit einer offenen reaktionären Aggression konfrontiert setzt die Zerschlagung dieser Aggression ein Bündnis mit den Arbeitern und armen Bauern voraus. Gerade dieses Bündnis lehnt aber die Kleinbourgeoisie ab, weil sie in diesem Bündnis als Partner und nicht al Avantgarde fungieren muß. Die vielseitigen Erfahrungen der Dritten Welt und insbesondere die der arabischen Länder 1967 und die der Kerinsky-Regierung 1917 bestätigen diese Behauptung.
Diese kurze Analyse über die Rolle jeder einzelnen Klasse in den unterentwickelten Ländern bezüglich der nationalen Befreiung und der bürgerlich-demokratischen Revolution zeigt deutlich, die die Frage der nationalen Revolution in den unterentwickelten Ländern durch zwei Gesetze bestimmt wird:
- die national-demokratische Revolution hat einen zweiseitigen Charakter. Die Errungenschaften der nationalen demokratischen Revolution müssen daher den Weg der sozialistischen Revolution ebnen. Dies ist im allgemeinen die Theorie der ununterbrochenen Revolution in der Dritten Welt.
- Die historisch zur Revolution berufenen Klassen, unter Berücksichtigung dieser kurzen Analyse und der russischen Erfahrung von 1900-1917, sind die Arbeiter und die armen Bauern im Bündnis mit den revolutionären Intellektuellen und einem progressiven Vortrupp der Kleinbourgeoisie, unter Führung einer proletarischen Partei.

Nur eine solche proletarische Partei kann ein Programm durchführen, daß die unterdrückten Klassen mobilisiert, sie in eine Volksmiliz einordnet, zur Bekämpfung der Konterrevolution, Imperialismus, Reaktion im eigenen Lager und in unserem Lande der Zionismus, unter Mobilisierung aller Volkskräfte und Ressourcen. Der Sieg der nationalen Revolution gegen die Konterrevolution hängt von der Durchführung eines revolutionären Volkskrieges, der allein imstande ist, die technologische Überlegenheit des Imperialismus zu überwenden.

Die Niederlage im Juni-Krieg 1967 bestätigt unsere Strategie. Die arabische Kleinbourgeoisie unterlag der israelischen Aggressi weil sie keine Strategie des langwierigen Kampfes hatte. A c n ch Niederlage lehnte die Kleinbourgeoisie die Strategie des revolutionären V lkskrieges, als den einzigen Weg zur Bekämpfung der israelischen Aggression und der weltweiten imperialistischen Aggression ab, weil eine solche Strategie ihre Interessen und ihren Machtanspruch gefährdet. Bekannt ist, daß jede Klasse zunächst ihren eigenen Interessen treu bleibt.
Die arabische Kleinbourgeoisie begann nach der Niederlage den Kampf gegen Israel und den Imperialismus auszuweichen und die friedliche Regelung des Konflikts anzustreben. Dies geschieht auf Kosten des palästinensischen Volkes und der arabischen nationalen Befreiungsbewegung, sowie auch auf Kosten einer progressiven und demokratischen Lösung der Palästina- und der Israelfrage.

In der palästinensischen Widerstandsbewegung wurde die Strategie der palästinensichen Kleinbourgeoisie keiner Prüfung unterzogen, wie die der arabischen Kleinbourgeoisie, weil sie nicht an der Macht war. Obwohl die Führung der palästinensischen Kleinbourgeoisie in den letzten zwanzig Jahren keine Errungenschaften im nationalen Befreiungskampf erzielen konnte, konnte siesich ohne nennenswerte Schwierigkeiten an die Spitze der palästinensischen Widerstandsbewegung stellen. Wird diese palästinensische Kleinbourgeoisie aber einer selben Prüfung unerferzogen, so werden sich dieselben Resultate zeigen, die durch die Niederlagen der arabischen Kleinbourgeoisie deutlich zutage traten. Eine solche Prüfung wird zweifellos kommen, wenn die "friedliche" Regelung durchgeführt wird, oder wenn das feudalistische und Kompradorensystem in Jordanien beginnt, die Widersprüche zwischen sich und der Widerstandsbewegung mit Gewalt zu lösen. Die palästinensische Kleinbourgeoisie, die die breite Masse beherrscht, gerät dann in Verlegenheit. Sie wird nur das leisten können, was die russische, chinesische und arabische Kleinbourgeoisie durch die Geschichte hindurch leisteten. Sie wird der objektiv neuen Phase nicht Herr werden.
Im Gegensatz zu den kleinbürgerlichen arabischen Herrschaftsapparaten ist die palästinensische Widerstandsbewe nach der Niederlage von 1967 zu einer Guerillastrategie mit großer Massenmobilisierung gezwungen. Heute erscheinen den

Massen deshalb all die Parteien dieser Widerstandsbewegung gleich. Die kommende Krise wird allerdings deutlich zeigen, welche Partei und welche Ideologie die historisch überlebte und welche die historisch berufene ist. Historisch - und unter Einbeziehung der Erfahrungen in den unterentwickelten Ländern und in unseren Ländern - kann bewiesen werden, daß sich die Parteien der Kleinbourgeoisie in Krisenzeiten in zwei Lager spalten: Das eine legt die Waffen nieder, das andere wartet und beobachtet die weitere Entwicklung, und der Rest, d.h. der progressive Teil der Kleinbourgeoisie setzt seinen Kampf fort. Die Basis der kleinbourgeoisen Organisation rekrutierte sich aus spontanen nationalen Elementen, welche bereit sind, gegen den Imperialismus und die Konterrevolution zu kämpfen.

Die Standhaftigkeit der palästinensischen Linke und ihre Bereitschaft die reaktionäre Gewalt mit revolutionärer Gewaltanwendung zu bekämpfen,wird die Basis der kleinbürgerlichen Organisationen dazu bewegen, ihre Führer vor folgende Alternative zu stellen:

- Entweder den Kampf weiterzuführen,
- oder die Basis kämpft auf der Seite der palästinensischen Linken.

Die Geschichte Palästinas und das Schicksal seines Volkes, sowie auch die zu erwartenden Ereignisse zeigen und werden weiterhin zeigen, daß die Entwicklung des palästinensischen Kampfes mit den in den umliegenden Ländern herrschenden Verhältnissen dialektisch verbunden sind. Die Befreiung Palästinas durch die Zerschlagung des rassistischen israelischen Apparates und der Aufbau eines demokratischen Volksstaates für alle seine Bewohner - Araber und Juden - hängt auch von den in den benachbarten Ländern herrschenden Verhältnissen ab.

Geschehen in den benachbarten Ländern keine Änderungen zugunsten eines revolutionären Volkskrieges, so wird die palästinensische Widerstandsbewegung in eine schwierige Position geraten; sie wird sowohl mit dem Imperialismus als auch mit den raktionären und kleinbürgerlichen Systemen konfrontiert bleiben. Dies wird die palästinensische Widerstandsbewegung vor eine der folgenden drei Gefahren stellen:

- Eine ähnliche Entwciklung wie die indonesische unter Führung Suhartos, d.h. eine Massenliquidierung insbesondere in Jordanien;
- ein zweites bolivianisches Schicksal;
- oder bestenfalls ein zweites dominikanisches Schicksal.

Was nun die palästinensische Widerstandsbewegung vor diesen Gefahren beschützen kann, ist die Möglichkeit, sich mit der gesamt-arabischen Befreiungsbewegung zu verbünden und eine arabische linke Front aufzubauen, die einen breiten nationalen Kampf zur Zerschlagung der Konterrevolution und der Gegner der palästinensischen Widerstandsbewegung führt. Nur eine solche Front im arabischen Raum kann mehr als eine Front gegen die Konterrevolution eröffnen, was ein neues Vietnam schafft, die Kräfte des Imperialismus zersplittert und den Weg für die Mobilisierung der Massen in einem langjährigen revolutionären Volkskrieg ebnet.

All diese Gesichtspunkte und Erfahrungen zeigen die Notwendigkeit des unabhängigen Bestehens der palästinensischen Linken, vertreten in der FPDLP, in politischer, ideologischer, organisatorischer und kämpferischer Hinsicht, damit sie ihr Programm für die nationale Befreiung den palästinensischen und arabischen Massen und den Kräften des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt unabhängig von anderen Organisationen vorlegt. Gerade jetzt besteht die Gefahr einer reaktionären Lösung des Problems zugunsten des Imperialismus, den Zionismus mitinbegriffen, und der arabischen Konterrevolution. Der Imperialismus und der Zionismus haben gemeinsame Ziele, die aus der Verflechtung der Interessen des Zionismus mit denen des US-Kapitalismus, Feind Nummer 1 der Unterdrückten, erklärbar sind. Das gegenseitige Interesse besteht in der Aufrechterhaltung und Unterstützung Israels als Garant kapitalistischer Interessen und Gegner der palästinensischen und arabischen Revolution.

Auf der anderen Seite haben wir es im arabischen Raum mit zwei Herrschaftssystemen zu tun. Das eine umfaßt die reaktionären Kompradoren-Staatsapparate in Jordanien, Saudi Arabien, Kuweit, Libyen (vor dem militärischen Aufstand im September 1969, d.Red.), Tunesien und Marokko. Diese Staatsapparate sind mit dem Imperialismus und dem kapitalistischen Weltsystem eng verbunden und haben kein Interesse an der Befreiung Palästinas. Das andere umfaßt die kleinbürgerlichen Herrschaftsapparate, die im Juni-Krieg 1967 eine Niederlage erlitten haben, und einen Volkskrieg ablehnen. Diese Herrschaftsapparate bemühen sich um eine friedliche Regelung der Palästinafrage.

Was die palästinensische Widerstandsbewegung angeht, so herrscht auch hier die Kleinbourgeoisie auf einer breiten Massenbasis. Vom Juni 1967 bis heute praktiziert sie ein friedliches Nebeneinander mit all diesen Herrschaftapparaten und verschleiert ihre Verschwörung gegen die palästinensischen Massen, anstatt ein organisiertes bewußtes und progressives Verhältnis zu den palästinensischen und arabischen Massen aufzubauen. Dies bedingt die Notwendigkeit einer unabhängigen Arbeit der palästinensischen Linken, vertreten in der FPDLP. Diese Arbeit verfolgt das Ziel, die gesamte Organisation der Demokratischen Volksfront mit einer revolutionären proletarischen Theorie zu bewaffnen und sie militärisch zu schulen, sowie Massenorganisationen aufzubauen, Studenten-, Arbeiter-, Bauern- und Frauenorganisationen. Die Kaderorganisation der FPDLP muß die Kontakte und Beziehungen zu den Massen vertiefen und der Politik der Widerstandsbewegung kritisch gegenüberstehen. Die Aufklärungs- und Agitationsarbeit über den arabisch-israelischen Konflikt muß ein neues demokratisches Denken gegenüber der Israelfrage produzieren. Gleichzeitig muß die FPDLP für den Aufbau einer arabischen linken Front, zur Unterstützung und Verteidigung der palästinensischen Widerstandsbewegung weiterhin arbeiten. Zugleich arbeitet die demokratische Front - FPDLP - für eine sozialistische Internationalisierung der Palästinafrage durch Befestigung und Vertiefung der internationalen Beziehungen zu den proletarischen Brüderparteien und Gruppen, welche gegen den Imperialismus, Zionismus und die arabische Konterrevolution sind. Dies wird ein Beitrag der FPDLP bei der Bildung einer anti-imperialistischen internationalen Front.

Dieses revolutionäre Programm kann nur von einer linken Avantgarde ausgetragen werden, die mit dem Marxismus-Leninismus verbunden ist. Das Schicksal der palästinensischen Widerstandsbewegung und des palästinensischen Problems hängt grundsätzlich vom weiteren Wachstum dieser Avantgarde, von der Vertiefung und

Befestigung ihrer Beziehungen zu den arabischen und palästinensischen Massen sowie auch zu den sozialistischen und progressiven Kräften in der Welt ab. Denn die friedliche Regelung wird unvermeidlich zu Zusammenstößen zwischen der Widerstandsbewegung und den arabischen Herrschaftsapparaten führen, insbesondere denen, die die friedliche Regelung anbeten. Dazu kommt, daß die Verschwörungen der jordanischen und libanesischen Regierungen, welche vom Imperialismus und von der arabischen Reaktion unterstützt werden, ein schnelles Wachstum der palästinensischen Linken mit sich bringt, denn diese Linke mit ihren organisatorischen und ideologischen Eigenschaften ist imstande, einen konsequenten, hartnäckigen Widerstand gegen die Konterrevolution zu leisten. Dieses Programm muß die palästinensische Linke täglich vor den Massen und mit den Massen in aller Öffentlichkeit diskutieren und praktizieren, weil es zur Revolutionierung der Massen und der Basis anderer Organisationen entscheidend beiträgt.

Aus: DER FUNKE, Nr. 1, Heidelberg, Februar 1970.

ROTES FORUM 2/70

ORGAN DES SDS HEIDELBERG

ENTHÄLT UNTER ANDEREM:

Wider das Gründungsfieber (Zur KPD-AO)

Joscha Schmierer: Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung

Volker Müller: Die Einschätzung der Mitbestimmung in "Imperialismus heute" und "Kritik der Mitbestimmung"

Herbert Breger: Hochschule und Kapital

Wolf Schluchter: Dokumentation zur Politik Israels in den besetzten Gebieten

3/70

ENTHÄLT UNTER ANDEREM:

Fritz Kramer: Revolutionen in vorkapitalistischen Gesellschaften und Imperialismus

W. Vahrenkamp: Zur Bildungspolitik des westdeutschen Kapitalismus

Jochen Noth: Palästinensischer Nationalismus und Widerstandsbewegung

Drei Jahre Militärregime in Griechenland

ERSCHEINT ANFANG JUNI

Gründungserklärung der FPDLP

vom 22. Februar 1969

Nach der Niederlage im Juni-Krieg 1967 begann sich in der "Nationalistischen Arabischen Bewegung" ein tiefgreifender Entwicklungsprozeß zu vollziehen. Dieser Prozeß bestimmte entscheidend die innerparteilichen Beziehungen und wurde Anfang der sechziger Jahre in Bewegung gesetzt. Er produzierte zwei antagonistische Kräfte:

Die erste Richtung repräsentiert die traditionelle rechte Führungsspitze der Bewegung, die auch in der Volksfront für die Befreiung Palästinas FPLP vertreten ist.

Die zweite Richtung vertrat ein revolutionär-progressiver Flügel der Bewegung und der FPLP, der die völlige Emanzipation von der ürsprunglichen Ideologie der Bewegungung forderte und deshalb auch nach der Niederlage unbeirrt weiterhandelte. An die Stelle der im Juni-Krieg zerschlagenen kleinbürgerlichen Ideologien setzte er zur Revolutionierung der Arbeiter- und Bauernmassen die Theorie der Arbeiterklasse.

Der rechte Flügel der palästinensischen Sektion der "Nationalistischen Arabischen Bewegung" diktierte politisch und organisatorisch die Richtlinien der Bewegung und der Volksfront FPLP und etablierte diktatorisch siene Herrschaft. Dies zeigte sich am deutlichsten in dem absoluten Schweigen gegenüber den arabischen Herrschaftssystemen, deren Programme nach der Niederlage einen endgültigen Bankrott erlitten haben. Die Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten, die dieser Flügel praktizierte, bedeutete nichts anderes, als diese Herrschaftsapparate nicht zu entlarven und deren Ideologien eine Deckung zu geben. Die Losung der palästinensischen Rechten wollte und will durch eine mechanische Trennung der palästinensischen von den arabischen Problemen die Massen irreführen und deren Bewußtwerdung und Revolutionierung verhindern. Ihre politische Konzeption von der nationalen Einheit und von den Beziehungen zwischen den Widerstandsorganisationen zielte darauf ab, die Führung den kapitalistischen Elementen und den Großgrundbesitzern zu überlassen. 1966 übernahm die historisch überholte Bourgeosie die Führungsspitze in der Volksfront FPLP, die dem revolutionären Impetus in der Volksfront den Kampf ansagte.

Der sozialistische Flügel der Volksfront FPLP intensivierte nach dem Juni-Krieg seine politische Agitation und Aufklärungsarbeit an der Basis und beeinflußte entscheidend die nachfolgende Entwicklung. Er entlarvte die von den Rechten vertuschten Ursachen der Niederlage und polarisierte die Fronten innerhalb der Volksfront. Darüber hinaus entwarf er ein revolutionäres Programm zur Entlarvung der historisch überholten Funktion der arabischen und palästinensischen Bourgeosie. Anstelle der Nichteinmischungspolitik setzte der sozialistische Flügel der Volksfront die Bekämpfung der reaktionären arabischen Regimes durch die zu organisierenden Arbeiter- und Bauernmassen. Diese Entwicklung in der Volksfront führte zur ersten harten Konfrontation mit den Rechten auf der Konferenz im April 1968. Der rechte Flügel der Volksfront erkannte keine Parteidisziplin an und begann eine spalterische Politik zu betreiben. Hinter dem analytischen und organisatorischen Niveau der Linken zurückgeblieben, begann der rechte Flügel eine Verhaftungswelle der führenden Linken. Die Einberufung eines Kongresses zur Disziplinierung des rechten Flügels und zur Beilegung der Auseinandersetzungen auf demokratischen Wege war unvermeidlich. Dieser Kongress wurde im August 1968 einberufen.

Der August-Kongress 1968

Die wichtigsten brennenden Fragen des Kongresses waren die Beilegung des Konflikts und die Festlegung der zukünftigen Strategie der Volksfront. Der sozialistische Flügel lieferte die Diskussionsbeiträge, entwarf das Programm und die Strategie der Widerstandsbewegung und verhalf dem Kongress zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Sein proletarisches Programm wurde von der absoluten Mehrheit der Delegierten angenommen. Die Rechten mussten auf dem August-Kongress der Volksfront eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Ihre Versuche zur Sabotierung des Kongresses grenzten an faschistoide Methoden. In Anbetracht der Machtverhältnisse auf dem August-Kongress und des Sieges des revolutionären Flügels blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich den Kongressbeschlüssen zu beugen.

Der Kongress verabschiedete das bekanntgewordene proletarische August-Programm, aus dem wir nachstehend folgendes wiedergeben:

1. In dem ersten Teil dieses Programms wurde die nationale Befreiungsbewegung in den vom Imperialismus unterentwickelt gehaltenen Ländern der 3. Welt gründlich diskutiert. In dieser Analyse stellte der Kongress fest, daß die Nationalbourgeosie unfähig ist, den nationalen Kampf bis zum Sieg weiterzuführen und die Interessen der unterdrückten Massen wahrzunehmen. Nur eine von den Arbeitern und Bauern getragene Revolution kann den Imperialismus besiegen und die Klassengegensätze zerschlagen. Teile der nationalen und Kleinbourgeosie nehmen an dieser Revolution teil.

2. Die zur Lösung der Probleme des nationalen Kampfes historisch berufenen Klassen sind die organisierten Arbeiter und Bauern, deren Avantgarde sich die marxistisch-leninistische Theorie aneignet. Die revolutionäre Partei muß dafür sorgen, die militärische mit der politischen Schulung zu kombinieren. Deshalb verpflichtet sich die Volksfront, jeden kämpfenden Arbeiter und Bauern zu einem politisch bewußten Partisanen auszubilden.

3. Das August-Programm verurteilte die Praxis des faschistoiden rechten Flügels der "nationalistischen arabischen Bewegung", deren Politik den herrschenden arabischen Regimes eine Rückentwicklung durch die Nichteinmischungspolitik zu geben versucht. Darüber hinaus verurteilte das August-Programm die Führungsspitze dieser Bewegung und der Volksfront vor dem August 1968 und ihre historisch verfehlte Politik.

4. Das Programm hat auch einige militärische und organisatorische Richtlinien festgelegt. Ihnen zufolge wurde beschlossen:

a) die Delegierten verpflichten sich für ein gründliches Studium der Theorie der Arbeiterklasse.

b) die innerorganisatorischen Beziehungen einerseits und die Beziehungen zu den Massen andererseits unterliegen dem demokratischen Zentralismus. Der Minderheit kann keineswegs das Recht auf direkte Aufklärungsaktionen auf der Straße und überall abgesprochen werden, denn die Wahrheit zu erfahren und die Arbeit zu kontrollieren, ist prinzipiell das legitime Recht der Massen.

c) Die militärischen Kommandoaktionen und die politische Arbeit muß unverzüglich in die besetzten Gebiete verlegt werden. Die Guerilla-Basen im Jordan-Tal werden dann als Nachschubstationen fungieren.

d) Die Volksmassen in Ost-Jordanien müssen so ausgebildet werden, daß jegliche zionistische Invasion zurückgeschlagen wird. Sie müssen in ständiger Bereitschaft für die sofortige Aufnahme des Partisanenkampfes versetzt werden.

e) Die Volksfront muß für die Gründung einer nationaler Einheitsfront kämpfen, welche die antiimperialistischen und antizionistischen Kräfte vereint. Unter Führung der revolutionären Arbeiter und Bauern muß die Volksfront den Reaktionären im eigenen Lager den Kampf ansagen.

f) Der heroische Kampf, den wir gegen Israel führen, muß von den Massen getragen werden. Dieser Kampf ist ein Klassenkampf und richtet sich nicht nur gegen Israel sondern auch gegen die weltweite Konterrevolution.

Organisatorisch beschloss der Augustkongress der Volksfront einen Säuberungsprozeß in den eigenen Reihen konsequent durchzuführen. Die fortwährend sich bildenden konterrevolutionären Splittergruppen und deren feudalistisch ausgerichteten Arbeitsmethoden mussten zerschlagen werden.

Diese, von der absoluten Mehrheit der Delegierten angenommen Richtlinien mussten nun in die Praxis umgesetzt werden. Die Delegierten wählten ein revolutionäres Zentralkomittee. Der rechte Flügel rebellierte und drohte mit der Anwendung militärischer Gewalt, falls keine Koalitionsführung zustande käme. Die sozialistischen Kräfte lehnten jegliche Koalition ab, übergaben die Führung an den rechten Flügel und zogen sich in die Basis der Volksfront zurück. Es hat sich erwiesen, daß diese Taktik die am meisten geeignete Kampfform war, denn nicht in der Spitze sondern an der Basis und unter den Massen kann über die Strategie der Revolution entschieden werden. Der faschistoide rechte Flügel unter Führung der Herren George Habash, Hamad, Al Farhan, Wadi Haddad etc. wurde faktisch entmachtet und isoliert. Die Marxisten-Leninisten, unterstützt von den kämpfenden Partinsanen, versetzten den Rechten einen vernichtenden Schlag.

Anfang November 1968 starteten die Rechten eine Gegenoffensive. Sie befahlen einigen ihnen nahestehenden Elementen schnell zu handeln, die führenden Kräfte des linken Flügels zu verhaften und es auf eine militärische Auseinandersetzung ankommen zu lassen. Diese Provokationen kulminierten in einer Verhaftungswelle gegen die Linken Anfang 1969. Der linke Flügel schlug die Einberufung eines neuen Kongresses vor, auf dem die Partisanen die innerorganisatorische Lage besprechen und Beschlüsse darüber fassen könnten. Der rechte Flügel lehnte diesen Vorschlag ab und griff einige Basen der Volksfront an. Dieses faschistische Abenteuer verurteilten alle Widerstandsorganisationen, darunter Al Fath u.a.

Dem linken Flügel blieb nichts anderes übrig, als ad hoc Konferenzen der FPLP-Basen in Palästina und Jordanien und der FPLP-Komittees in den arabischen Ländern, Osteuropa, Westeuropa, den USA und Lateinamerika einzuberufen. Die folgenden Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Der rechte entmachtete Flügel wird sofort suspendiert. Die Volksfront wird umbenannt in : Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP.

2. Das August-Programm 1968 muß in die Praxis umgesetzt werden. Jeder Genosse muß ein verstärktes Engagement für die Durchführung dieses Programms aufbringen.

3. Die Demokratische Volksfront FPDLP stellt jegliche Zusammenarbeit mit der "Nationalistischen Arabischen Bewegung" ein. Weder politisch noch organisatorisch besteht zwischen der FPDLP und dieser Bewegung eine Verbindung.

4. Die Demokratische Volksfront wird ihre Arbeit für die Gründung einer Revolutionären Einheitsfront intensivieren. Das Zentralkomittee verpflichtet sich, die bisherige Koexistenz-Politik mit dem suspendierten rechten Flügel zu veröffentlichen.

5. Die Demokratische Volksfront beschließt die Verlegung der Partisanenbasen in das Gebiet Palästinas. Sie kämpft für die Befreiung dieses Landes und für den Aufbau eines demokratischen Volksstaates, an dessen Aufbau sich alle demokratischen Kräfte unseres Landes ohne jegliche kulturelle, religiöse und sonstige Diskriminierung beteiligen können.

6. Die Demokratische Volksfront, die das August-Programm hervorbrachte und damit den Wegweiser zur Befreiung der unterdrückten Klassen aufstellte, betrachtet sich als integrierender Bestandteil der revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie eignet sich eine revolutionäre Theorie an, die Theorie der Arbeiterklasse, und führt einen Volkskrieg gegen den Imperialismus und die Konterrevolution im eigenen Lager. Gemeinsam mit den Kräften des Sozialismus, den Befreiungsbewegungen in der Welt und den Arbeiterparteien in den imperialistischen kapitalistischen Staaten werden wir die antisozialistische

Konterrevolution bekämpfen. Die Befreiung Palästinas ist dialektisch mit dem alltäglichen Kampf der Völker der 3. Welt verbunden. Der israelische Herrschaftsapparat ist dagegen mit dem Weltimperialismus unter Führung der USA verbunden.

Es lebe der Kampf der revolutionären Befreiungsbewegungen!

Es lebe die palästinensiche Widerstandsbewegung und der gemeinsame Kampf der Unterdrückten gegen Imperialismus, Zionismus und die weltweite Konterrevolution!

Die palästinensische Widerstandsbewegung und die arabischen Verhältnisse

Die palästinensische Befreiungsbewegung steht an einem Scheideweg, an dem sich die Umwandlung der derzeitigen Krise in eine progressive Entwicklung entscheidet. Es ist unbestreitbar, daß die palästinensische Revolution unter einer innerorganisatorischen Krise leidet, die sie daran hindert, eine revolutionäre Strategie zu entwickeln. Diese Feststellung bedeutet aber nicht, daß an der Ernsthaftigkeit oder an der revolutionären Zukunft der Widerstandsbewegung gezweifelt wird. Im Gegenteil, je mehr die Widerstandsbewegung diese Krise erkennt und an deren Überwindung aktiv arbeitet, desto eher sind die Widerstandsorganisationen in der Lage, eine revolutionäre Wende in der Geschichte unseres Volkes einzuleiten. Zwei krisenhafte Erscheinungen muß die palästinensische Widerstandsbewegung überwinden:

1. Die erste Erscheinung betrifft die theoretischen und politisch-organisatorischen Probleme sowie auch die der politischen Führung.
2. Die zweite Erscheinung betrifft die strategische Zielsetzung der palästinensischen Befreiungsbewegung als Bestandteil der einzuleitenden arabischen Revolution. Gerade diese Frage soll uns hier beschäftigen, denn von ihrer Lösung hängen die anderen Probleme ab, die die palästinensische Revolution zu bewältigen hat.

Es gibt weitverbreitete Äußerungen und Publikationen, die die palästinensische Revolution auf technische und militärische Aspekte reduzieren und die in der militärischen Taktik der "begrenzten Konfrontation" oder der "zeitlich begrenzten Besetzung" von Stellungen der israelischen Armee einen Wendepunkt in der Geschichte des palästinensischen Kampfes erblicken wollen. Diese Meinungen lenken aber nur von den lebensnotwendigen Aufgaben der Widerstandsbewegungen auf sekundäre Erscheinungen ab. Es ist nicht zu bestreiten, daß die militärischen Aktionen neue wirksame Formen annehmen. Es ist aber auch unbestreitbar, daß solche Aktionen die innerorganisatorischen, ideologischen, politischen und klassenmäßigen Fragen der palästinensischen Befreiungsbewegung nicht lösen können, geschweige denn ein richtiges Verhältnis zur nationalen arabischen Befreiungsbewegung herstellen. Wenn die palästinensische Widerstandsbewegung als Keimform einer Revolution in eine Bewegung des revolutionären Volkskrieges weiterentwickelt werden soll, muß die Regionalisierung des palästinensischen Kampfes fallen gelassen und die Verschmelzung dieses Kampfes mit dem Kampf der arabischen Völker eingeleitet werden. Ohne diesen Schritt einzuleiten, bleiben alle Verbesserungen der technischen und militärischen Kampfmethoden nur sekundäre Erscheinungen.

Die palästinensische Widerstandsbewegung hat nach dem 5. Juni 1967 Erfolge erzielen können, die den nationalen Befreiungskampf einige Schritte vorangetrieben haben. Einer dieser Erfolge liegt darin, daß die palästinensischen Massen sich zu organisieren begannen und daß dadurch die offizielle arabische Politik nicht mehr als die der Palästinenser erscheinen konnte. Sie hat die Legende zerstört, daß die arabischen Regierungen Palästina befreien können und wollen. Die Rolle der regulären arabischen Armeen wurde von den Massen zum Teil erkannt. In wenigen Jahren verzehnfachte sich die Stärke der Widerstandsbewegung mehrmals. Die militärischen und technischen Leistungen der Feddayin wurden erheblich verbessert. Eine strategische Vorwärtsentwicklung blieb allerdings aus.

Es ist notwendig, daß die revolutionären palästinensischen Volksmassen diese Krisenerscheinungen erfahren, denn nur dadurch können solche Schwierigkeiten überwunden werden, die die Vorwärtsentwicklung hemmen. Die Krise, die sich darin ausdrückt, daß die Wirksamkeit der Widerstandsbewegung mit dem Anwachsen ihrer Mitgliederzahl nicht standhält, muß beseitigt werden. Daß wir dies öffentlich zugeben, ist kein Zeichen einer Schwäche, sondern vielmehr unserer Entschlossenheit, die Revolution aus den bisherigen Erfahrungen zu entfachen.

Es ist darüber hinaus richtig, daß die palästinensische Widerstandsbewegung einige Besonderheiten aufweist, die aus der Geschichte dieses Volkes und aus der Geschichte der zionistischen Kolonisierung erklärbar sind. Unser Volk wurde von den Zionisten und britischen Imperialisten unterdrückt und aus seinem Land vertrieben. Die Kräfte der Befreiung mußten daher notwendigerweise in den Anrainerstaaten entstehen und organisiert werden. Diese Besonderheit darf nicht außer Acht gelassen werden. Daraus folgt nämlich, daß das Anwachsen des palästinensischen Widerstandes gegen Israel keine entscheidende Wirksamkeit erreichen wird, ohne die überregionale Organisierung der arabischen Volksmassen zum gemeinsamen Kampf sowohl gegen Israel als auch andere Stützpunkte des Imperialismus im arabischen Raum.

Diese Besonderheit der palästinensischen Revolution macht die organische Verbindung zwischen dem palästinensischen und arabischen Befreiungskampf zu einer unabdingbaren Notwendigkeit zur Erarbeitung einer für das ganze Gebiet gültigen revolutionären Strategie. Das Beharren auf den Besonderheiten des palästinensischen Befreiungskampfes einerweits und die Regionalisierung dieses Kampfes andererseits hatte in der ersten Phase die wichtige Funktion einer Verdrängung der offiziellen arabischen Palästinapolitik. Hinzu kommt, daß die palästinensischen Phasen mehr an Selbständigkeit gewannen und nicht mehr Hoffnungen auf die regulären arabischen Armeen zu hegen brauchten. Diese Phase hat die palästinensische Widerstandsbewegung schon hinter sich. Daher hat die Überbetonung einer Regionalisierung unseres Kampfes nicht mehr die fortschrittliche Funktion, die sie ursprünglich hatte.

Der Juni-Krieg 1967 hat uns gezeigt, daß die israelische Aggression nicht nur gegen das palästinensische Volk, sondern vor allem auch gegen die arabische Befreiungsbewegung gerichtet ist. Die Aufgabe der arabischen Völker, zumindest im arabischen Osten, ist heute die Bekämpfung des zionistischen Imperialismus und seiner Helfershelfer. Diese Erkenntnis muß dazu führen, daß der Volkskrieg überregional geführt und die palästinensische und die arabische Revolution organisch miteinander verschmolzen werden.

Diese Erkenntnis, die sich so oft in den Publikationen niederschlägt, muß in die Praxis umgesetzt werden. Die palästinensische Widerstandsbewegung muß daher wissen, daß die Erarbeitung einer für den ganzen Raum gültigen revolutionären Strategie kein theoretischer Luxus ist, sondern eine der wichtigsten Fragen darstellt, von deren Lösung die gesamte revolutionäre Entwicklung einerseits und die Befreiung Palästinas andererseits abhängt. Die Widerstandsbewegung muß auch wissen, daß das palästinensische Volk den israelischen Staat und die hinter ihm stehenden Imperialisten nicht besiegen kann. Die Mobilisierung der arabischen Volksmassen ist die einzige Gewähr dafür, daß der Zionismus zerschlagen und die Überreste kolonialer Erbschaft abgeschüttelt werden. Den uns militärisch und technologisch überlegenen Feind können wir durch die qualitative und quantitative Steigerung unseres Kampfes schlagen, der aus den Reihen der Volksmassen herausgeführt und von diesen Massen ausgetragen wird. Wir müssen uns revolutionäre Basen und Nachschubstationen in vielen arabischen Ländern sichern; d.h. wir müssen uns in den arabischen Staaten ein Demokratisches Vietnam schaffen.

Die Ausweitung des palästinensischen Widerstandes in seiner jetzigen Form ist sicherlich notwendig. Notwendiger ist allerdings die Transformierung dieses Kampfes in einen revolutionären Volkskrieg, der die Möglichkeiten der arabischen Volksmassen entfaltet und ihre revolutionäre Tätigkeit entfacht. Ohne die revolutionären arabischen Volksmassen zu organisieren und ihre revolutionäre Tätigkeit zu entfachen, wird der palästinensische Widerstand ein Gefangener seiner begrenzten Möglichkeiten bleiben, die keineswegs für die Zerschlagung des Zionismus, Imperialismus und der lokalen Reaktion ausreichen.

Die Erkenntnis dieser dialektischen Verbindung zwischen der palästinensischen und gesamtarabischen Revolution verpflichtet uns zum revolutionären Handeln auf arabischer Ebene. Die arabischen Volksmassen müssen die Wahrheit über Israel, den Weltimperialismus unter Führung der USA und ihre Stützpunkte in den arabischen Ländern erfahren. Sie müssen über die Interessen und die militärischen Basen des US-Imperialismus in Lybien, (vor dem Aufstand im September 1969, die Red.) in Saudi-Arabien, Marokko etc. informiert und für die Bekämpfung dieser Interessen und Basen geschult werden. Gleichzeitig muß die Politik der ölreichen Länder wie z.B. des Irak, Kuweit, Saudi-Arabien, Lybien etc. entlarvt werden. Mit der Ölbeute, die Milliarden Dollar ausmacht, wird die Kriegsmaschinerie des britischen und US-Imperialismus finanziert. Aus dieser Beute wird auch Israel in Form von direkter und indirekter Unterstützung finanziert. Die palästinensische Widerstandsbewegung muß den arabischen Massen die Voraussetzungen zeigen, die den Sieg über Israel und die imperialistischen Kräfte ermöglichen. Solche Voraussetzungen sind:

Organisierung der arabischen Volksmassen,
Wirtschaftlicher Boykott aller Staaten, die die israelische Aggression und Expansion unterstützen,
Verstaatlichung der imperialistischen Ölgesellschaften und des ausländischen Kapitals,
Eliminierung aller für die Volksmassen nachteiligen Verträge mit den imperialistischen Mächten und Auflösung sämtlicher Militärbasen dieser Mächte in den arabischen Ländern,
Reorganisierung der nationalen Wirtschaften auf der Grundlage der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager,
Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und den internationalen demokratischen Befreiungsbewegungen.

Diese und andere Fragen müssen mit den Volksmassen diskutiert werden. Es ist unverantwortliche Politik, die arabischen Volksmassen, die der demokratischen Freiheiten und des Rechts auf Selbstorganisierung beraubt sind, manipulieren und irreführen zu lassen. Wären diese Massen vor dem 5. Juni 1967 organisiert, politisch geschult und militärisch bewaffnet gewesen, so hätten sie die israelische Aggression zurückschlagen können. Ein Volk, das man seiner demokratischen Freiheiten beraubt hat, kann das eigene Land nicht verteidigen. Wenn wir den israelischen Feind besiegen, die Rückständigkeit, die Armut und die Ausbeutung unserer Völker beseitigen und überwinden wollen, dann müssen wir unsere Forderungen deutlich formulieren und sie in die Praxis umsetzen. Diese Forderungen müssen sein:

+ Bekämpfung aller Unterdrückungsmaßnahmen, die sich gegen die revolutionären Volksmassen

richten und Organisierung dieser Massen in den Volksmilizen.
+ Befreiung der armen ausgebeuteten Bauern und Einleitung von Industrialisierungsmaßnahmen, die den Forderungen der Volksmassen gerecht werden und ihren Lebensstandard verbessern.
+ Säuberung der arabischen Armeen von den volksfeindlichen und reaktionären, bürokratischen Elementen und die Umwandlung dieser Armeen in Volksmilizen.
+ Bedingungslose Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung.

Die palästinensische Widerstandsbewegung muß mit den arabischen Volksmassen für die Verwirklichung dieser Forderungen kämpfen.
Der Kampf um die Schaffung der Voraussetzungen für einen langjährigen Volkskrieg bedeutet keineswegs, daß sich die Widerstandsbewegung in die Angelegenheiten dieses oder jenes arabischen Staates einmischt. Es ist sowohl für das palästinensische Volk als auch für die arabischen Völker lebensgefährlich, die sozialen und ökonomischen Verhältnisse, die zur 1967 iger Niederlage führten, unverändert zu lassen. Diese legitimen Forderungen wurden am Tage der israelischen Aggression erhoben. Die herrschenden Klassen des Großgrundbesitzes und des Kapitals, deren Interessen mit denen des Imperialismus in mehrfacher Weise verbunden sind, einerseits, und die reformistische kleinbürgerliche Führung andererseits schienen diesen Forderungen nach der Niederlage zuzustimmen. Einige Wochen danach verstärkten sie ihre repressiven Maßnahmen und verrieten die aufständischen Volksmassen.

Seit der Khartum-Gipfelkonferenz im August 1967 startete die kleinbürgerliche Führung unter dem Schein der "nationalen arabischen Einheitsfront" eine Offensive, die sich gegen die revolutionären Bestrebungen der Massen richtete und den Imperialisten, Aggressoren und der einheimischen Reaktion Konzessionen machte. Anstatt ein Programm zur Organisierung und Bewaffnung der Volksmassen, die allein imstande wären, die Aggressoren und ihre Verbündeten zurückzuschlagen, auszuarbeiten und durchzuführen, manipulierte die arabische Gipfelkonferenz die arabischen Völker durch die leeren Parolen: "keine Verständigung mit Israel, keine Anerkennung Israels und keine Verhandlung mit Israel", als wären die Probleme der arabischen Völker die des Friedens mit Israel und nicht die der Zerschlagung der Aggression und ihrer Stützpunkte und Helfershelfer in den arabischen Ländern.

Unter dem Deckmantel solcher Parolen wurde eine Politik des Nachgebens und der Eliminierung der von den Massen nach der Niederlage aufgestellten Forderungen eingeleitet. Das arabische Erdöl floß wieder in die imperialistischen Länder. Den reaktionären Regimes wurde Rückendeckung bei der Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern, die die Aggression unterstützten, gewährt.

Die arabischen Regimes , die trügerisch die Beschlüsse und Parolen der Gipfelkonferenz in Khartum propagierten, mußten in den Augen der revolutionären Volksmassen, insbesondere nach der Annahme der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22.11.1967 als offen reaktionär erscheinen. Die Resolution des Sicherheitsrates, die von vielen arabischen Regimes akzeptiert wurde und die die Existenzberechtigung des israelischen Staates bejaht und den Kriegszustand beenden will, widerspicht direkt den von diesen Regimes propagierten Beschlüssen und Parolen. Wenn die Beendigung des Kriegszustandes keinen "Frieden" und die Anerkennung "sicherer und respektierter Grenzen zwischen Israel und den arabischen Ländern" keine Anerkennung des aggressiven israelischen Staates bedeutet, dann fragen sich die arabischen Völker, was ein "Frieden" und eine Anerkennung wohl bedeuten sollten.
Die Annahme der Resolution des UN-Sicherheitsrates bedeutet nicht nur die Anerkennung eines expansiven israelischen Staates, sondern auch einen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, das von Israel unterdrückt und verjagt wird. Sie würde auch die arabische Befreiungsbewegung um Jahre zurückwerfen und die arabischen Märkte für die Ausbeutung und Herrschaft des internationalen Kapitals öffnen. Das internationale Kapital würde all seine Kräfte auf das industrialisierte und technologisch hoch entwickelte Israel konzentrieren, um von Israel aus das ganze Gebiet an sich zu binden.
Diejenigen, die behaupten, daß die Annahme der UN-Resolution ein taktisches Manöver zur " Beseitigung der israelischen Agression einerseits und zur Befreiung Palästinas andererseits" ist, propagieren trügerische und demagogische Behauptungen, die von den arabischen Revolutionären nur verachtet werden können.
Es gibt auch andere Behauptungen, die sogar ein positives Verhältnis zwischen der Annahme der UN-Resolution durch die arabischen Regimes auf der einen und dem Kampf der palästinensischen Widerstandsbewegung andererseits herstellen. Für sie besteht kein Widerspruch zwischen der Politik der Nachgebens, die von vielen arabischen Regierungen betrieben wird, und der Politik der Befreiungsbewegung. Die palästinensische Widerstandsbewegung und die revolutionären arabischen Kräfte verurteilen und lehnen dieses Lügengewebe der reaktionären Klassen, die durch ihre Konzessionen an Israel und den Imperialismus die Massenlinie verlassen und verraten. Diesen Plänen der reaktionären und reformistischen Kräfte setzt die palästinensischen Widerstandsbewegung die Strategie des Volkskrieges auf palästinensischer und gesamtarabischer Ebene entgegen. Das Lügengewebe, das von vielen arabischen Regimes überall verbreitet wird, müssen wir zerreissen durch die Organisierung und Bewaffnung der arabischen Völker. Wir können es einfach nicht zulassen, daß die arabischen Völker zwischen der "friedlichen Regelung" ei-

nerseits und der Widerstandsbewegung andererseits neutralisiert werden.

Die arabischen Regimes betreiben darüberhinaus eine gefährliche und volksfeindliche Politik, die darauf abziehlt, die palestinensische Widerstandsbewegung von dem Kampf der arabischen Völker zur Befreiung ihrer Länder zu isolieren. Die Widerstandsbewegung verurteilt diese verräterische Position und erklärt, daß sie bei der Zerschlagung des israelischen Staats keine Einschränkungen erdulden wird, und daß sie jeden arabischen Staat unermüdlich bekämpfen wird, der sie zum Instrumentarium seiner volksfeindlichen Politik zu mißbrauchen versucht.

Zweifellos versuchen die arabischen Regimes die palestinensische Widerstandsbewegung zum Druckmittel auf Israel und die imperialistischen Staaten zu benutzen. Dafür sind diese Regimes dazu bereit, einige Konzessionen zu machen. Die finanzielle Unterstützung einiger Widerstandsorganisationen durch diese Regimes hat die Funktion, die Widerstandsbewegung in dem Rahmen zu halten, der diesen Regimes eine Kontrolle über die Politik der Widerstandsbewegung einräumt.

Die arabischen Regierungen versuchen darüberhinaus durch die finanzielle Unterstützung einiger Widerstandsorganisationen die Widersprüche zu vertuschen, die zwischen ihnen und ihren Völkern bestehen. In den Augen ihrer Völker sollen diese Regierungen dadurch als die nationalen erscheinen, die die Befreiung Palästinas unterstützen. Mit der finanziellen Unterstützung erkaufen sich die volksfeindlichen Regimes das Schweigen einiger Widerstandsorganisationen. Während sich einige Organisationen gegenüber den arabischen Verhältnissen stillschweigend verhalten, können die Milliarden aus dem arabischen Erdöl in die Kassen der imperialistischen Ausbeuter, in die ausländischen Banken, in die Taschen der zionistischen Hochfinanz, wie z.B. Rotschild und andere fließen, die einen erheblichen Anteil an den Ölkonzernen und Gesellschaften in den arabischen Ländern besitzen und die einen Teil ihrer Beute in Form von Spenden und auch Flugzeugen an Israel abtreten.

Unter dem Deckmantel der finanziellen Unterstützung der palestinensischen Widerstandsbewegung verschaffen sich die reaktionären arabischen Klassen größere Bewegungsfreiheit, um hinter dem Rücken der Volksmassen eine Einkreisungstaktik nicht nur gegenüber der Widerstandsbewegung sondern auch den nationalen und demokratischen Kräften in ihren Ländern zu betreiben.

Die reaktionären Kreise in den arabischen Ländern lassen aber auch nichts unversucht, um ihre volksfeindliche Politik durchzusetzen. So versuchen diese Kreise die Widerstandsorganisationen gegeneinander auszuspielen, indem sie die Arbeit einiger Organisationen erleichtern und die anderer Organisationen erschweren und untersagen. In Südlibanon zeigte sich diese Politik darin, daß die Position der libanesischen Regierung gegenüber zwei Organisationen (Al Fath und Al-Saiqa) unterschiedlich ist.

Diese volksfeindliche Politik der libanesischen Reaktion scheiterte und wird immer an der Einheitsfront aller Widerstandsorganisationen scheitern.

Um all diesen Plänen der reaktionären und reformistischen arabischen Kräften wirksam und siegreich entgegenwirken zu können, muß die palestinensische Widerstandsbewegung das Bewußtsein der palestinensischen und arabischen Volksmassen heben, der friedlichen Koexistenzpolitik mit den arabischen Regimes ein Ende setzen, die Basis der Volksmilizen ausbauen und eine nationale und progressive Einheitsfront aufbauen.

Darüber hinaus muß die palestinensische Widerstandsbewegung eine erhöhte politische Wachsamkeit gegenüber den gefährlichen Plänen vieler arabischer Regimes aufbringen und sich zu einem gegenseitigen Verteidigungspakt verpflichten, der vorsieht:
Alle Organisationen des palästinensischen Widerstands verpflichten sich zur gegenseitigen Unterstützung. Der Angriff auf irgendeine Organisation, gleichgültig mit welcher Begründung, muß gemeinsam zurückgeschlagen werden.
Jede Organisation verpflichtet sich, nichts zu unternehmen, was die Einheitsfront und den gegenseitigen Verteidigungspakt in Mißkredit bringen könnte.
Dieses kann allerdings nicht bedeuten, daß die brüderliche Kritik der Politik irgendeiner Organisation untersagt ist.

Den palestinensischen Widerstandsorganisationen bleibt nichts anderes übrig, als eine revolutionäre Einheitsfront zu bilden, wenn sie die sich anbahnenden Pläne der arabischen Reaktion erfolgreich bekämpfen und der alltäglichen Einmischung der arabischen Regimes in die Angelegenheiten der palestinensischen Befreiungsbewegung Einhalt gebieten will. Solche Einmischungsversuche der arabischen Regimes, die sich einerseits in den 14 Punkten der jordanischen Regierung vom 4.11.1968, dem Memorandum der irakischen Regierung vom April 1969, und in der Gründung von parasitären Organisationen andererseits ausdrücken, sind dazu bestimmt, Einfluß auf die Politik der Widerstandsbewegung zu gewinnen.

Die Widerstandsbewegung ist aufgefordert, sich mit den arabischen Volksmassen zu verbünden, die Einmischungspolitik der arabischen Regierungen vor diesen Massen zu entlarven und die Parole zu proklamieren: "Keine Macht über die Macht der Widerstandsbewegung". Sie hat davon auszugehen, daß die Widerstandsorganisationen die wahren Vertreter der legitimen Interessen der Volksmassen und ein Vortrupp nicht nur des palestinensischen Volkes sondern auch der arabischen Völker sind. Dies kann und darf nicht mit einer Einmischungspolitik der Widerstandsbewegung in die Angelegenheiten der arabischen Länder verwechselt werden. Darüberhinaus ist die palestinensische Widerstandsbewegung aufgefordert, alle suspekten Unternehmen der arabischen Regierungen zu verurteilen und abzulehnen, die unter dem Deckmantel einer "Kooperation" zwischen den Widerstandsorganisationen und den

hierarchisch aufgebauten arabischen Armeen, die Kommandoaktionen nicht nur kontrollieren sondern auch einschränken will. Diese Losung der arabischen Bourgeoisie will die Politik der Widerstandsbewegung so beeinflussen, daß sie zum Druckmittel zur Herbeiführung der "friedlichen Regelung" wird.

Ausgehend von der Ablehnung sowohl der "Kooperation" mit den jetztigen arabischen Armeen und der offiziellen arabischen Palästinapolitik, muß die Widerstandsbewegung jegliche Einladung zur Teilnahme an den offiziellen arabischen Gipfelkonferenzen ignorieren. Solche Gipfelkonferenzen sind weder für eine arabische Einheitsfront noch zur Bekämpfung der israelischen Aggression geeignet, weil sie in sich widersprüchlich sind und zur Organisierung und Bewaffnung der arabischen Volksmassen nicht beitragen. Es kann keine Solidarität und keine Einheitsfront zwischen den Kräften der Revolution und denen der Konterrevolution geben.

Aus: "Über die Verhältnisse in der palästinensichen Widerstandsbewegung" (arabisch) - Dar Al-Tali'a, 1969. Berichte der FPDLP auf der National-Versammlung September 1969.

Über die Propaganda und die Massenagitation

In einem Rundbrief über die "Organisation und den Aufbau der Zellen" haben wir die Rolle und die Funktionen dargelegt, die eine revolutionäre Organisation auf sich nehmen muß: Hebung des Bewußtseins der Massen in der sich ständig steigernden Aktion , Propagierung der historischen Aufgabe des Proletariats, Organisierung der revolutionären Volksmassen unter Führung der Organisation der Arbeiterklasse, die Rolle der revolutionären Intellektuellen ... etc.
Hierbei gingen wir von den folgenden Prämissen aus, welche die Arbeit einer revolutionären Organisation bestimmen und ihr Verhältnis zu den Massen bedingen:
1. Die Arbeiterklasse und die anderen unterdrückten Klassen müssen sich mit dieser Organisation politisch identifizieren und den Führungsanspruch der Organisation akzeptieren.
2. Der Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten Klassen muß eine Kontrollfunktion über die Arbeit der Organisation garantiert werden.
3. Die Organisation muß ständig in der Lage sein, die Initiativen der unterdrückten Klassen zu fördern und ihre Bewegung in der politisch bewußten Aktion maximal zu steigern.
Diesen Voraussetzungen entsprechend läßt sich das Verhältnis der Organisation zu den Volksmassen als die Einheit zweier Seiten eines Widerspruchs bestimmen: Zentralismus auf der einen und Demokratismus auf der anderen Seite. Jede Seite dieses Widerspruchs bedingt die andere. Die antagonistische Einheit - der demokratische Zentralismus - wird also zu einer Fiktion, wenn die eine oder die andere Seite fehlen würde: fehlt das demokratische Verhältnis zu den Volksmassen, so etabliert sich eine Führerclique, die sich subjektivistisch für die Organisation hält. Fehlt das zentrale direkte Verhältnis zu den Massen, bzw. der Führungsanspruch der Organisation, dann stagniert das Organisierungspotential der Organisation. Hier wird die Organisation hinter der spontanen Massenbewegung herhinken und verliert dadurch den revolutionären Anspruch.
Der demokratische Zentralismus ist ohne Zweifel eine antagonistische Einheit, die sich in der Praxis einer revolutionären Organisation je nach den konkreten politischen Verhältnissen ausdrückt. Was unsere Organisation angeht, so erfordern die konkreten politischen Verhältnisse und die daraus resultierenden schweren Aufgaben der Organisation, daß die zentralistische Seite überwiegt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß wir einen unermüdlichen Kampf gegen bestimmte volksfeindliche Tendenzen führen müssen, also gegen Tendenzen, die den zionistischen Feind für unbesiegbar erklären, oder Tendenzen, die die Niederlage so religiös fatalistisch zu erklären suchen, als hätte der Glaube an Gott die Massen vor den Napalm-Bomben, Mirage und Raketen schützen können. Wir müssen auch dem individualistischen Terror den Kampf ansagen, weil dieser Terror nichts anderes ist, als Ausdruck intellektuellen Zorns gegen die israelischen Aggressoren und Ausdruck einer politischen Arbeit, die von den Massen nicht getragen wird.
Zusammenfassend wird aus diesen und anderen Gründen die zentralistische Seite unseres Verhältnisses zu den Massen wichtiger sein als die demokratische. Es besteht aber gar kein Zweifel darüber, wenn wir in unserer politischen Praxis diese volksfeindlichen Tendenzen überwinden, daß das demokratische Verhältnis unserer Organisation zu den Massen überwiegen wird. Die Volksmassen werden uns als die wahren Vertreter ihrer legitimen Interessen und Wünsche anerkennen.
Unsere Organisation muß ihre Aufgabe in der jetzigen Phase so verstehen, daß sie in der alltäglichen Propaganda und Agitation die Bewußtwerdung der Massen maximal vorantreibt und die assoziative Denkweise dieser Massen in ein politisch bewußtes und kollektiv organisiertes Handeln transformiert. Genosse Mao Tse-tung sagt: "Wir können die Menschen nicht zwingen, den Idealismus aufzugeben, ebensowenig wie wir sie zwingen können, dem Marxismus zu vertrauen. Ideologische Probleme oder Streitfragen im Volk können nur mit demokratischen Methoden, durch Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber durch Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden." (Mao Tse-tung, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke).

Der Unterschied zwischen ideologischer Schulung einerseits, Agitation und Propaganda andererseits:
Die politische Arbeit, Diskussion, Schulung und direkter Aktion, die agitatorische und propagandistische Funktionen haben und Massenorganisierung dienen, kann man in

den folgenden Kategorien zusammenfassen, die sich in der strategischen Zielsetzung voneinander unterscheiden:

1. Die ideologische Schulung:

Die ideologische Schulung ist darauf abgestimmt, die Kader der Front zu rekrutieren und so auszubilden, daß diese Kader die marxistische Methode erlernen. In dieser Schulung müssen diese Kader die marxistisch-leninistische Theorie nicht als ein starres Dogma, sondern als Wegweiser jeglicher wissenschaftlicher Analyse und jeglicher politischer Arbeit begreifen. Als die allumfassende Theorie ist der Marxismus-Leninismus eine Einheit eines dialektischen Ganzen von historischen Erkenntnissen, die in der menschlichen Praxis überliefert und verankert sind. Die Aufgabe der ideologischen Schulung in unserer Front liegt darin, die theoretisch erworbenen Kenntnisse des Marxismus-Leninismus in die politische Praxis unter den Massen so umzusetzen, daß sie den konkreten palästinensischen und gesamtarabischen Verhältnissen angepaßt werden. Dies soll allerdings nicht eine Verdrängung des proletarischen Internationalismus unsere r Front bedeuten, weil die palästinensischen und gesamtarabischen Verhältnisse von den weltweiten Verhältnissen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten nicht isoliert behandelt werden können. Wenn wir dies in der ideologischen Schulung den Kadern nicht vermitteln, bleibt unsere Verpflichtung gegenüber dem Marxismus-Leninismus eine Fiktion, auch dann, wenn wir tagtäglich tausend Mal behaupten , wir seien Marxisten-Leninisten. In der ideologischen Schulung müssen wir die Kader so ausbilden, daß sie zwei volksfeindlichen Tendenzen unermüdlich bekämpfen können:

+ Die erste Tendenz, die bekämpft werden muß, ist diejenige, die die marxistisch-leninistische Theorie auf ein starres Dogma reduzieren will. Diese Tendenz ist das Produkt einer theoretischen Faulheit all derer, die durch "marxistische" Phraseologie ihre Gesprächspartner täuschen und irreführen und somit dem Geist des Marxismus-Leninismus zuwiderhandeln..

+ Die zweite Tendenz, die bekämpft werden muß, ist diejenige, die die marxistische Theorie auf eine private empirische Erfahrung reduzieren und dadurch die allgemeinen menschlichen Erfahrungen zu verdrängen versucht.

2. Die Propaganda:

Die politische Propaganda unserer Front richtet sich aufklärend an die unteren Kader in den Basen, sowie auch an die politischen Freunde der Front. Die Funktion dieser politischen Propaganda ist die permanente Politisierung und Mobilisierung dieser unteren Kader in der alltäglichen Praxis. Die politisch orientierte Propaganda der Front vollzieht sich in den Zellen, in den politischen Kreisen, unter den politischen Freunden, in einem geschlossenen Seminar ... etc. Wie dies praktiziert wird, zeigt das folgende Beispiel: Nehmen wir an, ein Genosse von uns will den unteren Kadern der Front den Besuch Golda Meirs in den USA erklären: Zunächst muß dieser Genosse alle Nachrichten sammeln und sie in Form eines Berichtes den Versammelten vorlegen. Er muß konsequent die Verbindungen und die gemeinsamen Interessen zwischen Israel und den USA deutlich darstellen. Als nächster Schritt muß die Alternative zur Bekämpfung des Bündnisses zwischen Israel und den USA aufgezeigt werden. Diese Alternative kann nur der langjährige Volkskrieg sein. Nachdem das Bündnis zwischen Israel und den USA einerseits und die Alternative zur Bekämpfung dieses imperialistischen Lagers andererseits deutlich aufgezeigtwurde, muß der Genosse die unabdingbare Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen dem palästinensischen Kampf einerseits, dem arabischen und internationalistischen Kampf aller unterdrückten Nationen andererseits hervorheben. Kurz gesagt, müssen wir in unserer Propaganda die Parolen, Losungen und das Programm unserer Front darstellen.

An dem vorher Gesagten zeigt sich deutlich, worin sich unsere Auffassung von der politischen Propaganda von der der herrschenden Klassen in den kapitalistischen Staaten unterscheidet. Während unsere Auffassung von Propaganda wissenschaftlich fundiert ist, ist die Propaganda der herrschenden Klassen in den kapitalistischen Ländern auf Lügen , Manipulation und Verdrehung der Tatsachen aufgebaut.

Die Agitation richtet sich an die Volksmassen, die die Front mobilisieren will. Ziel der politischen Agitation ist es, die Volksmassen gegen ein bestimmtes Objekt, eine bestimmte Institution, eine bestimmte Macht aufzuputschen und sie in Aktion treten zu lassen. Die Agitation beschränkt sich auf ein begrenztes Thema und setzt sich nicht mit schwierigen Fragen auseinander, weil die Vermittlung dieser schwierigen Fragen nicht leicht und andererseits die Aufgabe der ideologischen Schulung und der Propaganda ist. Nehmen wir also an, ein Genosse agitiert auf einer Massenversammlung über den Besuch Golda Meirs in den USA. Der erste Schritt der Agitation muß der sein, daß der Agitator eine allgemein bekannte und einfache Tatsache aufgreift, z. B. die Phantom-Flugzeuge, die die USA an Israel liefern. Daraus muß er nicht nur ein Bündnis zwischen Israel und den USA, sondern auch zwischen den USA und den reaktionären arabischen Kräften entwickeln. Er muß zeigen, daß die USA den arabischen Reichtum und die arabischen Massen ausbeuten und einen Teil dieser Beute an Israel in Form der Phantom-Flugzeuge abtreten.

Die Perspektiven der Propaganda und der Agitation :

Unsere Aufgabe bei der Propaganda und der Agitation ist es , alle Lebensbereiche zu erfassen. Sie muß den Forderungen der Volksmassen, deren wahre Vertreter wir sind, gerecht werden. Wir müssen alle Erscheinungsformen der Unterdrückung, der Ausbeutung und der Manipulation in den Arbeits-, Schul-, Familien- und sonstigen Bereichen entlarven und systematisch bekämpfen. Halten wir uns an diese Aufgaben, so werden wir die organisierende Kraft bleiben, die das politische Bewußtsein der Volksmassen ausbildet. Wir sollen dabei nicht vergessen, daß unsere Front die historisch berufene Avantgarde der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung ist. In unserer Agitation und Propaganda müssen wir immer wieder an der nationalen Frage anknüpfen und die Probleme der Volksmassen richtig behandeln und lösen. Um dies zu konkretisieren, erinnern wir an die Agitations- und Propagandamöglichkeiten, die der Streik der UNRWA-Lehrer mit sich brachte. Die Situation haben wir meistern können, indem wir zunächst all die imperialistischen Versuche

entlarvten, die unsere nationale Kultur und nationale Geschichte verfälschen wollen. Darüber hinaus haben wir die arabischen Regierungen entlarvt, die der kulturimperialistischen Politik der UNESCO durch die Ratifizierung der Arbeitsbedingungen Vorschub leistete. In solchen Situationen können wir uns nicht auf die ökonomische Seite des Problems beschränken, sondern die ökonomische Seite muß mit der nationalen Frage verbunden werden.

Eine allgemein bekannte Tatsache müssen wir in unsere Arbeit aufnehmen und berücksichtigen. Die Menschen neigen oft dazu, ein Verhältnis zwischen ihren Ideen und den ihnen vorgetragenen und vorgelegten Informationen und Ideen herzustellen. Demzufolge muß betont werden, daß die Agitatoren oder Propagandisten, die die unter den Massen herrschenden Ideen und Ideologien ausbauen und verfestigen wollen, es leichter haben als diejenigen, die solche Ideen und Ideologien bekämpfen und abschaffen wollen. Als revolutionäre Agitatoren und Propagandisten gehören wir der zweiten Kategorie an, denn wir wollen die herrschenden Ideen und Ideologien nicht nur bekämpfen, sondern gänzlich abschaffen. In der Arbeit unserer Front, sei es der theoretischen, sei es der propagandistischen, sei es der agitatorischen, müssen wir immer an konkreten Erfahrungen anknüpfen, weil die Volksmassen politisch nicht bewußt und engagiert sind. Nehmen wir an, die israelischen Flugzeuge greifen ein arabisches Dorf an. Unsere nächste Aufgabe besteht dann darin, die Agitation so einzuleiten, daß der Staatsapparat und die Regierungspolitik entlarvt werden, weil sie dieses Dorf vor den israelischen Angriffen nicht schützen können. Unsere Agitation wird zweifellos die Aufforderung an die Dorfbewohner einschließen, zur Selbsthilfe zu greifen. Man kann aber nicht von vorne herein annehmen, daß die Dorfbewohner diese Aufforderungen allein durch unsere Entlarvung der Regierungspolitik begreifen werden. Deshalb müssen wir in der Agitation konkreter werden, mit den Bauern Schutzbunker und Schutzgräben ausbauen und die Bauern auffordern, sich in unsere Volksmiliz einzureihen.

Mit der sich ständig steigernden Agitation und Propaganda müssen wir die Genossen auf die Gefahren hinweisen, die die Vielfalt der Arbeit mit sich bringt. Agitation und Propaganda sind an sich kein Zweck, sondern Mittel zur Bewußtmachung der Volksmassen. Diese Anweisung sich nicht vor Augen halten, bedeutet in den Empirismus zu verfallen, vor dem wir einleitend warnten. Genosse Lenin lehrt uns: "Mit dem Anwachsen der Bewegung wird das Tätigkeitsfeld der Sozialdemokratie (der Marxisten; Bemerkung der FPDLP) immer breiter, die Arbeit immer vielseitiger, eine immer größere Zahl von Funktionären der Bewegung konzentriert ihre Kräfte auf die Lösung der verschiedenen Teilaufgaben, die sich aus dem täglichen Erfordernissen der Propaganda und Agitation ergeben. Diese Erscheinung ist ganz gesetzmäßig und unvermeidlich; sie zwingt uns jedoch, besonders darauf zu achten, daß die Teilaufgaben unserer Tätigkeit und die einzelnen Methoden des Kampfes nicht zu etwas gemacht werden, was sich selbst genügt, daß die Vorarbeit nicht zur Hauptarbeit, nicht zur einzigen Arbeit erhoben wird. Die politische Entwicklung und die politische Organisation der Arbeiterklasse zu fördern, das ist unsere wichtigste und grundlegende Aufgabe. Jeder, der diese Aufgabe in den Hintergrund schiebt, der ihr nicht alle Teilaufgaben und einzelne Kampfmethoden unterordnet, beschreitet einen falschen Weg und fügt der Bewegung ernsten Schaden zu." (Lenin, Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung).

Die Formen und Methoden der Propaganda und Agitation:

Die revolutionäre Arbeit ist darauf eingestellt die Kräfte des Klassenfeindes zu liquidieren und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu günsten der Unterdrückten zu verändern. Dies setzt einen hartnäckigen und langanhaltenden Kampf und eine programmatische Planung voraus. Die revolutionäre Arbeit ist nicht die der Anarchie und der Improvisation, sondern die der organisierten und durchdachten Planung. Sie wird von Berufsrevolutionären durchgeführt, die den revolutionären Situationen gewachsen sind und die schwierigen Fragen und Kampfmethoden meistern können. Wir müssen selbstkritisch und politisch bewußt zugeben, daß es Lücken in unserer politischen Arbeit gibt und daß wir die Improvisationen in unseren Reihen entschieden bekämpfen müssen.

Die Agitation und Propaganda sind Bestandteil der revolutionären Arbeit und müssen der revolutionären Strategie angepasst werden. Sie haben keine feste Form, deshalb entspringen sie der konkreten historischen Situation und den konkreten subjektiven und objektien Verhältnissen, die es zu meistern gilt. Die Methoden der Propaganda und Agitation ändern sich vom Fall zu Fall; sie sind in der Praxis eines revolutionären Propagandisten und Agitators immer verbesserungsdürftig. Lenin sagt:

Die Propaganda- und Agitationsformen und Methoden, die, wie vorher erwähnt ist, immer verbesserungsbedürftig sind, lassen sich in den folgenden Bereichen zusammenfassen:

a. Die Publikationen:

unter den Publikationen unserer Front fallen die militärischen Kommuniques, die politischen Kommuniques, Alshararah (Der F U N K E .. Zentralorgan der FPDLP) die Studien und Untersuchungen. Was die militärischen und politischen Kommuniques, sowie auch Al Shararah angeht, so müssen sie überall verteilt und verkauft werden. Man kann nicht bestreiten, daß die Verteilung dieser Publikationen den politischen Aufgaben und Verpflichtungen unserer Front nicht immer Rechnung tragen. Dies zeigt sich darin, daß in der Stadtmitte sehr viele Kommuniques verteilt werden, in den anderen Stadtteilen hingegen sehr wenige. Dieses Verteilungssystem ist falsch, nicht deshalb, weil wir in der Stadtmitte soviel verteilen, sondern, weil wir in den anderen Stadtteilen sowenig verteilen. Die Schulen, die Universität, und die Betriebe müssen auch in unserem Verteilungssystem planmäßiger als bisher aufgenommen werden. Hierzu müssen die Städte und die Flüchtlingslager in Gebieten aufgeteilt werden. Es muß auch zu bestimmten Zeiten und nicht irgendwann verteilt werden. In den Hauptstraßen müssen die Genossen z.B. morgens um 10 Uhr und nachmittags um 17 Uhr verteilen, weil die Menschenmenge zu diesen Zeiten in den Straßen am größten sind. Dies gilt auch für die Pla-

kate der Front. Sie dürfen nicht irgendwo an jeder beliebigen Stelle oder Gasse geklebt werden, sondern dort, wo sie jedem Passanten sichtbar sind.

Was die Broschüren, Bücher, Studien und Untersuchungen angeht, so müssen sie mit einer politischen Zielsetzng an diejenigen verteilt und verkauft werden, die sich für die Front interessieren, oder an die jenigen, durch die wir die Verbreitung unserer Ideen erhoffen. Die Mitglieder anderer Organistionen dürfen hierbei nicht vernachlässigt werden.

Die Arbeitskreise und Seminare:

Auf dieses Propaganda- und Agitationsfeld müssen wir unsere Kräfte konzentrieren.....Hierzu gehören auch öffentliche Veranstaltung, die agitatorisch organisiert und ausgeführt werden müssen. Nicht irgend ein Redner darf auf solchen Veranstaltungen sprechen, sondern er muß von der Basis oder von der Zelle gewählt werden. Genossen, die sich bei der Behandlung irgend einer schwierigen Frage nicht sicher fühlen, müssen sich an andere Basen oder Zellen wenden, die ihrerseits einen Genossen delegieren. Vor der Veranstaltung muß die Frage diskutiert und kleine Flugblätter verteilt werden. Nach dem Referat oder der Agitationsrede muß den Anwesenden die Möglichkeit eingeräumt werden, Fragen zu stellen und Diskussionsbeiträge zu liefern. Kommt trotzdem keine Diskussion zu stande , so ist Aufgabe der anwesenden Genossen, die Diskussion einzuleiten und zu entfachen. Auf die Fragen von politischen Gegnern muß mit aller Ruhe aber auch mit aller Entschiedenheit und Härte geantwortet werden. Den politischen Gegner müssen wir vor den Anwesenden kompromittieren. Nach der Veranstaltung muß die Diskussion in der Basis oder in der Zelle eingeschätzt werden. Wir müssen die Fehler herausfinden und sofort korrigieren. Die Fragen der Anwesenden müssen gesammelt, analysiert und eingschätzt werden, um genauere Antworten auf solche möglichen Fragen ausarbeiten zu können.

c) Die militärische Propaganda :

Hierzu müssen mehrere Genossen aus den Basen gewählt werden ..... Die politische und militärische Rolle der Volksmiliz muß hier hervorgehoben werden.....

d) Politische Hingabe und diszipliniertes Verhalten

Die revolutionäre Organisation muß in der politischen Hingabe an die Arbeit und imdisziplinierten Verhalten einen Bestandteil ihrer Agitation und Propaganda sehen. Die Mitglieder jeder Basis, jeder Zelle, jedes Büros usw. müssen in ihrer Arbeit ein Vorbild für die Umgebung sein, in der sie arbeiten.

e) Unvorhergesehene Agitation:

Jeder Genosse hat die Gelegenheit immer wahrzunehmen, um die Ideen unserer Front zu verbreiten. Nehmen wir an, ein Genosse fährt in einem Bus und liest einen Zeitungsbericht über den Besuch Golda Meirs bei Nixon. Ohne Zögern muß er ein Gespräch mit den Fahrgästen beginnen, die neben ihm sitzen. Er hat nicht nur über die Beziehungen zwischen Israel und den USA zu sprechen, sondern auch über die Beziehungen zwischen den USA und den reaktionären arabischen Herrschaftsapparaten. Dazu gehört auch, die Perspektiven aufzuzeigen, wie man dieses Bündnis bekämpfen muß. Die Einheit aller revolutionären arabischen Kräfte muß dann in den Vordergrund des Gesprächs gestellt werden.

f) Die Propaganda und Agitation im kleinen Kreis:

..... Diese Propaganda- und Ag itationsform ist dazu geeignet, Organisationskader zu rekrutieren.

Genossen!
Dies sind einige A gitations- und Propagandaformen. Wir zweifeln aber nicht daran, daß eure revolutionäre Praxis euch dazu qualifiziert hunderte Formen und Methoden zu erfinden, um die Bewußtwerdung der Massen voranzutreiben und unsere Front in den Massen zu verankern.
Die Wahrheit wird siegen! Laßt uns für ihren Sieg mit all unseren Kräften kämpfen!

Das Zentralkomitee der Demokratischen Front - FPDLP

DER FUNKE

Nr. 2 ORGAN DER SAALA- UND TRIKONTGRUPPEN

ARTIKEL UND ANALYSEN ÜBER :

Die amerikanische Aggression in Kambodscha
Cabora Bassa- ein Staudamm gegen die Befreiung
Die Rolle Israels in Afrika
Landreform in Pakistan
Gandhi und die Gewaltlosigkeit
Die Volksfront zur Befreiung des Arabischen Golfs

Bestellungen an: AStA Heidelberg, Grabengasse 14

Für die Volksräte, überall und sofort!

Unser Land hat in den letzten Monaten so große Ereignisse und schwere Krisen erlebt, daß die nationalen und progressiven Kräfte sich aufgefordert sahen, ihre Positionen und politischen Parolen zu überdenken. Die letzten Wochen seit dem Massenaufstand vom 10. Februar 1970 sind von den Gegensätzen zwischen dem jordanischen Staatsapparat auf der einen, den Volksmassen und der Widerstandsbewegung auf der anderen Seite gekennzeichnet. Der reaktionäre jordanische Herrschaftsapparat gleicht einem Mann, der ertrinkt ist und alle seine Kräfte für die Selbsterhaltung mobilisiert. Hingegen nimmt die Macht der Volksmassen und der Widerstandsbewegung ständig an Bedeutung zu.

Alle unsere Volksmassen erinnern sich an diese Gegensätze, die sich am 4. November 1968, 10. Februar 1970 und am 14. April bei den Massendemonstationen gegen den Besuch des amerikanischen Vermittlers im Nah-Ost-Konflikt offenbarten. Die Ereignisse haben eindeutig gezeigt, daß die Macht des reaktionären Staatsapparates in diesem Lande ständig abnimmt und daß dieser Staatsapparat, der die nationalen und demokratischen Kräfte jahrelang unterdrückte und für sich zu liquidieren suchte, von den Massen verachtet wird.
Im Verlaufe unseres Kampfes wächst die Wachsamkeit und die Macht der Volksmassen als eine revolutionäre Alternative zur Bekämpfung der zionistischen Aggression und Besatzung in unserem Land und als die revolutionäre Antwort auf das Versagen der arabischen Regierungen. Im Verlauf unseres revolutionären Kampfes gegen die israelischen Aggressoren entlarvt sich der jordanische Staatsapparat als Helfershelfer unseres nationalen und Klassenfeindes. Die Soldaten und Polizisten, worauf sich die herrschenden Klassen bei der Unterdrückung und der physischen Liquidierung der nationalen und demokratischen Kräften stützten, beginnen nun die Kompradorenrolle der Regierung zu erkennen.

Die Doppelherrschaft

Keiner kann heute behaupten, daß die Gesetze der Regierung in unserem Lande noch gelten. Die Widerstandsbewegung, hat diese Gesetze endgültig zerissen und außer Kraft gesetzt. Diese Gesetze, die jahrelang galten und die Massenbewegung fesselten, sind begraben. Die Versuche der jordanischen Regierung, sie wieder in Kraft zu setzen, werden scheitern. Dies bewiesen der Massenaufstand am 10. Februar und die Massendemonstrationen am 14. April 1970. Die gültigen Gesetze sind die der revolutionären Volksmassen und der Widerstandsbewegung. Wir brauchen nicht zu betonen, daß in unserem Land eine Doppelherrschaft besteht, die eine Herrschaftsform ist nur noch ein Schein und die andere ist dominierend und geht von den Volksmassen aus. Die Verhinderung des Sisco-Besuches bestätigte die Macht des Volkes.
Mit dem Anwachsen der Macht der Widerstandsbewegungen setzt sich eine entscheidend neue Entwicklung durch, die vom Klassenkampf gekennzeichnet wird. Die Arbeiterklasse in unserem Land beginnt nach langjähriger Unterdrückung sich zu organisieren und den ökonomischen Kampf zur Verbesserung ihrer Verhältnisse und zur Hebung ihres Lebensstandards zu führen. Obwohl einige Widerstands organisationen der Arbeiterbewegung in unserem Land gegenüber eine negative, ja sogar manchmal eine volksfeindliche Haltung einnahmen, schreitet die Bewegung im Bündnis mit der zunehmenden Volksmacht vorwärts. Das letzte Jahr war von den Arbeiterstreiks und vom Kampf der Arbeiter gegen die reaktionäre Ausbeuterklasse gekennzeichnet. Trotz der repressiven Maßnahmen und des Einsatzes der Armee gegen die Arbeiter erzielte die Arbeiterklasse viele Erfolge und zwang die reaktionäre Regierung zu mehreren Konsessionen. Die Landarbeiter, Arbeiter der Staatsprojekte so wie auch anderer Unternehmen gründeten eigene Gewerkschaften, ohne auf die Billigung der Staatsmacht zu warten.
Es gibt einige nationale und " progressive" Kräfte in der Widerstandsbewegung, die die Doppelherrschaft in Jordanien an sich anerkennen. In der Praxis ziehen diese Kräfte daraus keine politischen Konsequenzen. Das Weiterbestehen dieser Doppelherrschaft wird aber die Massenbewegung an vielen Erfahrungen bereichern. Diejenigen Kräfte, die aus dieser Doppelherrschaft keine politischen Konsequenzen ziehen, werden im Verlaufe der vorwärtsschreitenden Massenbewegung entlarvt. Die Volksmassen werden diese schwankenden, unentschlossenen und opportunistischen Kräfte überholen. Solche Kräfte werden dann hinter den organisierten revolutionären Volksmassen herhinken. Die gefährliche Rolle dieser Kräfte liegt darin, daß sie heutzutage die Parolen einer nationalen Regierung in Jordanien propagieren. Die Gefährlichkeit solcher Parolen besteht darin, die sich verschärfenden Gegensätze zwischen einem entmachtenden Staatsapparat einerseits und der zunehmenden Macht der revolutionären Volksmassen andererseits zu neutralisieren. Die Neutralisierung der Massenbewegung durch die Bildung einer sogenannten nationalen Regierung wird unseren nationalen und Klassenkampf zurückwerfen und den Interessen der reaktionären und faktisch entmachteten Klassen gelegen kommen. Nicht die Neutralisierung der Volksmassen, sondern der Aufbau von Volksräten muß die Parole sein, die die Errungenschaften der Widerstandsbewegung ausbaut und verfestigt.
Es ist uns unverständlich, daß einige Kräfte, die sich als revolutionär und " marxistisch" bezeichnen die Gründung von gewählten Volksräten mit der Begründung ablehnen und angreifen, die Arbeiterklasse sei zahlenmäßig klein und schwach, oder mit der Begründung, die Volksräte werden neben der Widerstandsbewegung als eine unabhängige dritte Kraft fungieren. Nur die Dummen werden diesem Gerede Glauben schenken. Die " intelligente " Kleinbourgeoisie, die trügerisch die Rolle der Volksmassen preist, ist heute so auf das Wohl der Widerstandsbewegung bedacht, daß sie die Organisierung der Volksmassen und die Gründung von Freigebieten
und die Gründung von freigewählten Volksräten ablehnt. Kein politisch bewußter Arbeiter und Bauer wird daran denken, daß

zwischen der Widerstandsbewegung und den Räten der Volksmassen Widersprüche bestehen könnten. Solche Widersprüche bestehen nur in den Köpfen der " intelligenten" Kleinbourgeoisie, die Angst vor den revolutionär organisierten Volksmassen hat.

Volksräte , jetzt und sofort !

Wir haben betont, daß in Jordanien eine Doppelherrschft besteht, die des faktisch entmachteten Staatsapparats und die der Widerstandsbewegung. Diese Doppelherrschaft wird und kann nicht lange dauern. Daß sie noch heute besteht, liegt darin, daß die Organisierung der revolutionären Volksmassen in einen Anfangsstadium ist. Diese Doppelherrschaft impliziert antagonistische Gegensätze, die sich jederzeit in einer militärischen Auseinandersetzung ausdrücken können. Mit jedem Tag , mit dem die politische Lösung des Palästinaproblems heranrückt wird die Gefahr einer solchen Auseinandersetzung größer. Die Regierung wird hierbei von anderen Regierungen unterstützt. Um aber den volksfeindlichen Plänen wirksam und siegreich entgegen wirken zu können, müssen sich alle nationalen und progressiven Kräfte an der Organisierung der Volksmassen beteiligen. Die revolutionäre Alternative, die sich anbietet ist die Gründung der freien und demokratisch gewählten Volksräten.

Die Gründung der Volksräte in den Städten, in den Flüchtlingslagern und auf dem Lande ist eine notwendige Aufgabe zum Ausbau der Volksherrschaft, die sich am 10. Februar und 14. April 1970 demonstrierten. Die Volksmassen müssen lernen, selbständig und in Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung zu arbeiten. Organisiert können sie die eigenen Probleme selbständig lösen, kollektiv handeln und die Widerstandsbewegung vor den Volksfeinden schützen

Die Parole der gewählten Volksräte ist nach dem 14. April eine Forderung des Volkes geworden. Darüberhinaus hat das Zentralkomitee der Volksmilizen indem die Widerstandsorganisationen vertreten sind, diese Parole in ihr Programm aufgenommen, das folgendes vorsieht:

1. Das Zentralkomitee der Volksmilizien setzt sich für den Aufbau der Volksräte in den Städten, Flüchtlingslagern und Dörfern ein. Jder Volksrat besteht aus 51 Mitgliedern und wird demokrtaisch gewählt. Jedes Mitglied eines Volksrates ist abwählbar.
2. Die Widerstandsorganisationen verpflichten sich die Gründung solcher Volksräte zu unterstützen.
3. Die Volksräte übernehmen die Rolle der legislativen und exekutiven Organe in allen politischen, wirtschaftlichen und militärische n Bereichen.
4. Die Volksräte übernehmen die Führung der Volksmilizen in ihren Gebieten. Sie sind verpflichtet, die Volksmilizen auszubilden und zu bewaffnen.
5. Die Volksräte sorgen für die Sicherheit der Bevölker durch Ausbau von Schützengräben, Schutzbunker und sonstige Sicherheitsvorkehrungen. Sie sorgen für das Gesundheitswesen so wie auch Schulen- und Kulturwesen.
6. Die Volksräte sorgen für die Hebung des politischen und nationalen Bewußtsein der Bevölkerung in ihren Gebieten.

Es leben die gewählten Volksräte!

Keine Macht über die Macht der Widerstandsbewegung und der revolutionären Volksmassen!

Es lebe die Volksmiliz!

Die Demokratische Front FPDLP
AL-Shararah-Zentralorgan der FPDLP
erstes Jahr, Nr. 6 April 1970

Nationale Union der jordanisch-palästinenschen Frauen

Aus den
Aus den Statuten

Kapitel I - Name und Sitz
Artikel 1
In Jordanien hat sich eine Organisation konstituiert unter dem Namen: Nationale Union der jordanisch-palästinensichen
stinensischen Frauen (U.N.F.J.P.)
Artikel 2
Die U.N.F.J.P. ist eine Massenorganisation, in der sich die jordanischen und palästinensischen Frauen - auf der Grundlage der organischen und historischen Beziehungen zwischen beiden Völkern - zusammenschliessen, um einen gemeinsamen Kampf zu führen für die Befreiung der Frau, für die Transformation ihrer sozialen Stellung sowie für die Bewußtwerdung ihrer politischen Rolle im Kampf für die Befreiung der besetzten Gebiete und für die Zerschlagung des Zionismus, des Imperialismus und der Reaktion.

Artikel 3
Sitz der Union ist Amman.
Jede Gruppe von 10 Frauen kann - vorausgesetzt sie erfüllt die Zulassungsbestimmungen - eine Sektion der Union gründen, vor allem in Jordanien und in den Ländern, in denen Palästinenser leben.

Kapitel II - Prinzipien und Ziele
Die U.N.F.J.P. ist der Meinung, daß der soziale Fortschritt vom Grad der Befreiung der Frau in der Gesellschaft abhängt.
Deshalb kämpft die Union für:
- die Befreiung der Frau von mittelalterlichen Fesseln und von sozialen Diskriminierungen, wie sie seit Jahrhunderten bestehen.
- die politische, soziale und ökonomische Gleichheit mit dem Mann.

Das bedeutet:
1 - Aktives und passives Wahlrecht für die Frauen auf nationale und kommunaler Ebene sowie rechtliche und poli
und politische Gleichheit mit dem Mann.
2 - Gleicher Lohn für Arbeiter und Arbeiterinnen: gleiche Arbeit, gleicher Lohn.
3 - Gleiches Recht für Männer und Frauen auf öffentliche Ämter. Schaffung geeigneter Voraussetzungen

dafür, daß die Frauen effektiv am Produktionsprozeß teilnehmen können: Kindergärten und alle sonstigen Bedingungen, um die Frauen von der Hausarbeit zu befreien; Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken und Büros und den anderen Arbeitsstätten für Frauen.

4 - Schulpflicht für Mädchen bis zum Abschluß der Grundschule.

5 - Ausbildung sowie Sozial- und Krankenversicherung für die Landarbeiterinnen.

6 - Anwendung des internationalen Arbeitsrechts für die Frau (bezahlter Urlaub, Arbeitszeit, Löhne, etc.).

7 - Abschaffung aller Gesetze, die den sozialen und politischen Rechten der Frauen sowie ihrer Gleichheit mit dem Mann widersprechen.

8 - Verbesserung der sozialen und rechtlichen Stellung der Frau :
- Gleiches Scheidungsrecht für Männer und Frauen.
- Abschaffung der Polygamie.

Arikel 5

Die Union ist der Meinung, daß die Frau ihre soziale und nationale Rolle nur durch die Hebung ihres Ausbildungsniveaus und ihrer kulturellen und gesundheitlichen Lage erfüllen kann. Deshalb kämpft sie für:

1 - die Eröffnung von Alphabetisierungszentren in den Dörfern, Lagern und Stadtvierteln.

2 - die Veranstaltung von Konferenzen und Arbeitskreisen, die Verbreitung von Publikationen über den Kampf der Frauen sowie die Eröffnung von öffentlichen Bibliotheken überall dort, wo die Union arbeitet.

3 - die Eröffnung von Lehrwerkstätten und Berufsausbildungszentren für Frauen und die Zulassung von Frauen zu technischen und Berufsschulen.

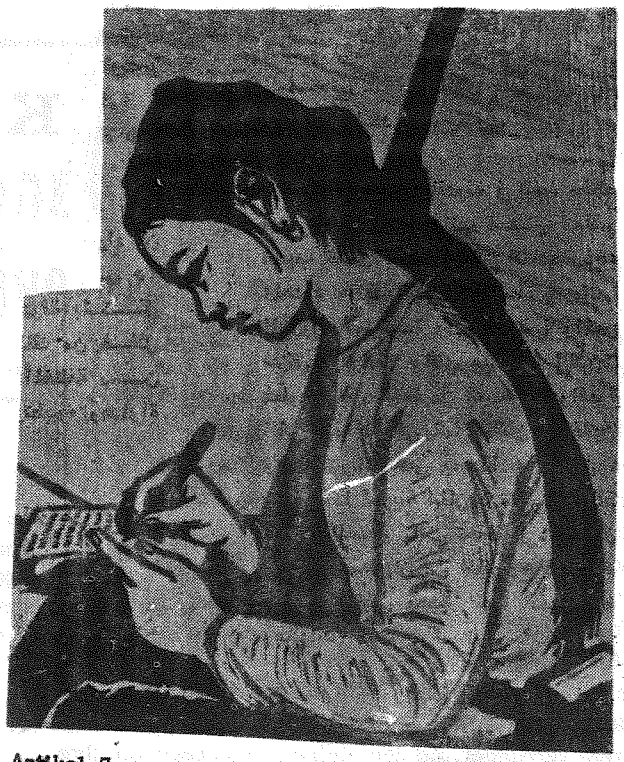
4 - die Organisation von Ausbildungsstätten für Sanitätspersonal und die Einrichtung von Medikamentendepots in den Lagern, Dörfern und Stadtvierteln.

Artikel 6

Die Union ist der Meinung, daß der Frau eine bedeutende Rolle im Kampf unseres Volkes gegen den Zionismus und für die nationale Befreiung zukommt. Dieser Kampf kann nur zum Erfolg führen, wenn alle menschlichen und materiellen Möglichkeiten (von Frauen und Männern) im langandauernden Volkskrieg gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion eingesetzt werden. Um die jordanischen und palästinensischen Frauen auf die umfassende Beteiligung an diesem Kampf vorzubereiten, muss die Union :

1 - den palästinensischen Widerstand mit allen Mitteln unterstützen (Sammlungen organisieren, die Kämpfer und die Familien der Gefallenen unterstützen, das politische Bewußtsein wachrütteln.)

2 - Weibliche Volksmilizen organisieren, die die Frau für die Beteiligung am Kampf und an der zivilen Verteidigung ausbilden; dazu gehört folgendes Arbeitsprogramm
- Militärische Ausbildung;
- Organisation des Sanitätswesens und der zivilen Verteidigung;
- Beteiligung an der Verteidigung der Dörfer und Lager (Bau von Gräben und Unterständen...).



Artikel 7

Die Union hält die Solidarität der Frauen aller arabischen Länder in ihrem Kampf für nationale und soziale Befreiung und für die Einheit der arabischen Nation für unerlässlich. Ebenso glaubt sie an die immer stärker werdende Einheit der Frauen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Imperialismus.

Die jordanischen und palästinensischen Frauen können und müssen eine bedeutende Rolle bei der Verteidigung der gerechten Sache des palästinensischen Volkes in den arabischen Ländern und in der ganzen Welt spielen und ihre Solidarität mit allen Völkern im Kampf für nationale Unabhängigkeit verstärken. Deshalb arbeitet die Union für :

1- die Intensivierung der Beziehungen zu allen antiimperialistischen fortschrittlichen Frauenvereinigungen.

2- den Austausch von Delegationen mit allen fortschrittlichen Frauenorganisationen in den arabischen Ländern und in der ganzen Welt.

3- die Teilnahme an den internationalen Kämpfen der Frauen, soweit deren Ziele mit denen der Union übereinstimmen.

Artikel 8

Die Union geht davon aus, daß die Frauen die Gesellschaft nur dann wirksam beeinflussen können, wenn sie sich organisieren und ihr kulturelles, soziales und politisches Niveau heben.

Das bedeutet:

1- Die Arbeitsgruppen in allen Dörfern, Lagern und Stadtvierteln vervielfachen.

2- Regelmäßige Versammlungen organisieren, um ihr politisches und kulturelles Bewusstsein zu heben und ihnen ihre Rolle und ihre Rechte bewußt zu machen.

3- Zum Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen der werktätigen Frauen aufrufen oder sie an den bereits bestehenden Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Männern beteiligen.

Bericht eines Kaders der FPDLP

ABU KHADER, 27 JAHRE ALT:

Meine Arbeit besteht darin, Gruppen in jedem Dorf aufzubauen, die Zellen der Demokratischen Volksfront bilden können. Es macht nichts, wenn sie nur klein sind, das Wichtigste ist ein solider Kern. Die Dörfer in Nordjordanien haben im Durchschnitt 2000 Einwohner, die in der Mehrheit kleine Grundbesitzer sind.
Gestern bin ich mit allen Kadern zusammengetroffen, die im Norden des Landes arbeiten und die die gleiche Arbeit machen. Wir haben Bilanz gezogen und die Methoden und die Ergebnisse verglichen.
In den meisten Dörfern fehlt das Wasser und es herrscht große Armut. Das Wasser wird aus Kanälen wie dem Ghorkanal gekauft und der Staat ist mit den großen Grundbesitzern verbündet, die den kleinen Grundbesitzern ihre Bedingungen auferlegen. So können wir vieles erklären und dabei von der Wirklichkeit ausgehen. Unseren größten Schwierigkeiten kommen von der Macht der Gewohnheiten, besonders bei den Alten. Aber es gibt Unterschiede zwischen den Bauern, individuelle und kollektive, je nach den Schichten, Dörfern usw. Die Alten stellen oft die Jungen zu niedrigen Löhnen ein, aber es gibt da Familienbindungen, die ein schweres Problem sind. Es ist langwierig und schwierig, den alten Geist zu besiegen und neue Haltungen zu schaffen. Im Augenblick versuchen wir, so genau wie möglich die Unterschiede, die Haltungen und die Wünsche der verschiedenen Schichten der Bauernschaft zu untersuchen. Wir haben noch kein endgültiges Ergebnis, aber unser Ziel ist es, die arme Bauernschaft zu gewinnen.
In den 18 Dörfern, um die ich mich kümmere., haben sich schon Zellen gebildet. Diese Zellen haben drei Aufgaben:
1. die Ideen der Demokratischen Volksfront zu verbreiten, d.h. den Marxismus-Leninismus im Rahmen der konkreten Probleme unseres Gebietes zu popularisieren;
2. neue Mitglieder durch beispielhaftes Handeln in jeder Beziehung zu gewinnen;
3. militärische Milizen zu bilden, selbst wenn es sich im Augenblick nur um sehr elementare Einheiten handelt, damit das Dorf einen politisch-militärischen Kern hat, der sich in Zukunft weiter entwickeln kann.

Wir verteilen einige Bücher: Broschüren von Lenin, Marx Engels, Giap, Mao Tse-Tung, Broschüren über Palästina, die Linie der FPDLP usw. Aber man darf die Bücher nicht überschätzen. Das Wichtigste ist die mündliche und praktische Arbeit.
Jede Woche gibt es eine Versammlung der Dorfzelle, und dort wird über die in den vergangenen Wochen geleistete Arbeit diskutiert, und es wird über Politik diskutiert.

Die erste Arbeit einer Zelle ist es, sich auf einer klaren und soliden politischen Basis aufzubauen und dann die Klassenstrukturen des Dorfes und des Landes genau zu verstehen.

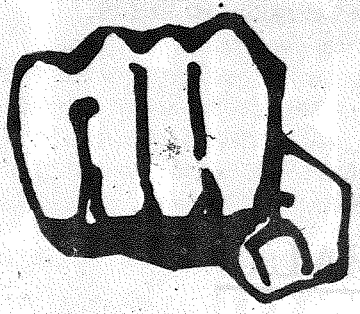
Man muß zuerst verstehen und dann arbeiten. Wir haben in einigen Dörfern begonnen, die kleinen Bauern davon zu überzeugen, daß sie auf ihren Feldern gemeinsam arbeiten. Das Produkt wird dann gleichmäßig unter der Anleitung der Partei verteilt. Für die, die zersplitterte Parzellen haben, ist es vorteilhaft und es ergibt ein besseres Produkt. Aber das steht alles noch ganz am Anfang und wir werden das bei den Ernten 1970 richtig angehen.

Unser Ziel ist es natürlich, in den ungefähr 120 Dörfern im Norden (Gebiet von Irbid) Fuß zu fassen. Das wird seine Zeit brauchen, im Gegensatz zu dem, was viele von uns am Anfang dachten. Es gibt Dörfer, wo wir teilweise aus Unerfahrenheit und Ungeduld gescheitert sind.
Man muß sich Zeit nehmen um zu erklären. Einige Zellen funktionieren gut, selbst wenn keine Parteimitglieder dabei sind, andere brauchen noch Hilfe. In den meisten Dörfern, in denen wir Zellen haben, wohnen Jordanier und Palästinenser, aber der Anteil der Palästinenser übersteigt nicht 10% - und in den Zellen sind die Jordanier bei Weitem in der Mehrheit. Die Arbeit mit den Palästinenser ist zwar leichter, aber bei ihren Klassenzielen und ihren eigenen Problemen wissen die jordanischen Bauern sehr genau, wo ihre Interessen liegen. Das Problem ist nur, ihnen zu einem klaren Bewußtsein zu verhelfen, und zu zeigen, daß man all das ändern kann.
Um die Arbeit in den Flüchtlingslagern in der Gegend, El Hosson, Suf, Khiyem-Irbid, kümmern sich andere Kader. In den Dörfern machen uns die jordanischen Stellen vor allem indirekt Schwierigkeiten - im Prinzip herrscht in Jordanien im Augenblick ein Status quo. Sie sagen, daß die Feddayin Wilde und Bestien seien, Mörder, die die Bauern umbringen wollen, arbeitsscheue Diebe. Von der Demokratischen Volksfront sagen sie außerdem, daß wir gegen den Nationalismus sind, gegen die Religion und gegen Gott, und daß wir ihre Tochter verführen wollen. Wir, wir antworten darauf, indem wir mit den Bauern arbeiten und ihren Besitz, ihre Frauen und ihre Töchter respektieren. Wir schicken einen Arzt herum, der kostenlos behandelt. Wir würden das gerne noch allgemeiner machen, aber dazu braucht man Mittel, wir würden gerne noch vielmehr Werkstätten schaffen, wo unsere Genossinen den Mädchen das Nähen beibringen und wir würden gerne Schulen aufmachen, wo es keine gibt.

Aus : Gérard Chaliand, La Résistance Palestinienne, Paris (Seuil) 1970, S.130-132

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874

trikont
verlagskooperative



E. Lobel / S. Gerries

DIE ARABER IN ISRAEL

Der in Israel lebende Palästinenser Gerries gibt eine Darstellung der ökonomischen und sozialen Unterdrückung der Araber innerhalb Israels und schildert ihre systematische Vertreibung und Einschüchterung nach der Staatsgründung. Der Israeli Lobel gibt in seinem umfangreichen Vorwort eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der zionistischen Ideologie und Realität, die die Ursachen für die Lage der Araber sind.

Paperback ca. DM 12,–

P. Cinanni

Emigration und Imperialismus
Zur Problematik der Gastarbeiter

Dieser Text ist die erste umfassende Analyse der Emigration, exemplifiziert vor allem am EWG-Bereich. Herausgearbeitet werden die katastrophalen Konsequenzen der Auswanderung für die Emigrationsländer, ebenso wie der Profit der Imigrationsländer durch diese Verfestigung neo-kolonialer Strukturen. Eine besonders auf die Probleme der Ausländer spezialisierte Betriebsgruppe kritisiert Cinanni's, der KPI entsprechenden, strategische Überlegungen.

Paperback DM 7,–

diskussion

DER ISRAELISCH-ARABISCHE KONFLIKT III
Inhalt:

Paul.M. Sweezy, Israel und der Imperialismus
Gérard Chaliand, Der palästinensische Widerstand zwischen Israel und den arabischen Staaten
Maxime Rodinson, Alternativen des Friedens im Nahen Osten
Eike Geisel, Zionismus, Imperialismus und die Linke

FPDLP - Theorie des Volkskriegs und Spontaneität der Massen
u.a.

Doppelnummer, 92 S. DM 5.-
in allen Buchhandlungen oder Bestellung an :
DIS 1 Berlin 33, Gelfertstr. 45

28/29

INHALT:

Editorial	S. 2
Kein Sisco-Besuch in Amman	S. 3
W.-I.-Lenin-Aktion der FPDLP	S. 4
DOKUMENTE DER MATZPEN :	
Das andere Israel - Kritik des Zionismus	S. 5
Matzpen und die israelische Linke	S.16
Der Kampf in Palästina muß zur arabischen Revolution führen	S.21
Zur Frage des Antisemitismus	S.23
Erklärung der israelischen Linken vom 23. 3. 68	S.29
DOKUMENTE DER FPDLP	
Für eine demokratische Lösung der Palästinafrage	S.32
Über die Klassenverhältnisse in den unterentwickelt gehaltenen Ländern und die Aufgaben der palästinensischen Linken	S.33
Gründungserklärung der FPDLP	S.37
Die Palästinensische Widerstandsbewegung und die arabischen Verhältnisse	S.39
Über die Propaganda und die Massenagitation	S.43
Für die Volksräte, überall und sofort	S.47
Nationale Union der jordanisch-palästinensischen Frauen	S.48
Bericht eines Kaders der FPDLP	S.5o

Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, 69 Heidelberg, Grabengasse 14

Spendenkonto FPDLP : Heidelberger Volksbank Kto.-Nr. 5012

Druck: Jochen Noth, 69 Heidelberg